

Die Pflicht des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen“, sagte Che Guevara vor mehr als einem halben Jahrhundert. Nur: „Was für eine?“, möchte man heute fragen. Der Begriff wird inflationär verwendet. Während Lateinamerika mit der Pandemie und einer sich abzeichnenden wirtschaftlichen und sozialen Folgekrise historischen Ausmaßes ringt, kämpft der Prototyp der Revolutionen in Kuba mit der x-ten Ankündigung von Wirtschaftsreformen weiter ums Überleben (S. 25). Auch Nicaragua und Venezuela sind heute alles andere als strahlende Leuchttürme. „Nur ein kleines Land im Herzen des Halbkontinents...“ möchte man in Anlehnung an Asterix sagen: In Bolivien hat sich die Demokratie gegen die Konterrevolution durchgesetzt. Aber ist damit auch der „Prozess des

Wandels“ zurück? Welche Hindernisse gibt es und welche Perspektiven bestehen? Wir schauen in unserem Schwerpunkt aber auch in die Vergangenheit, in verschiedene Politikfelder und aus unter-

EDITORIAL

schiedlichen Blickwinkeln. Welche Versäumnisse gab es? Welche Fehler wurden gemacht? Was wurde erreicht? Bolivien kann Denkanstöße geben. Hätte man gemeinsame Zielvorstellungen entwickelt, hätte man das indigene und ökologische Lager nicht verloren, könnten in Ecuador schon nach dem ersten Wahlgang die Weichen gegen eine Fortsetzung des neoliberalen Kurses gestellt sein. Um eine

solche Weichenstellung geht es bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung auch in Chile (S. 28). Wird der überfällige Kurswechsel an der mangelnden Einheit der Linken scheitern? Einen für die Frauenbewegung in ganz Lateinamerika wegweisenden Erfolg brachte die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Argentinien (S. 32).

Mit der Abwahl von Donald Trump atmet die Welt auf. Präsident Biden kennt Lateinamerika so gut wie keiner seiner Vorgänger. Einerseits stand er in der Vergangenheit nicht gerade für progressistische Politik in der Region. Andererseits hat er sich mehrmals als lernfähig erwiesen. Eine Prognose zu wagen, schien uns noch zu früh. Wir werden Washingtons Politik in der Hemisphäre jedenfalls im Auge behalten. **Robert Lessmann**

INHALT

THEMA: BOLIVIEN: REVOLUTION AUF RATEN?

Revolution auf Raten?	4
Von Robert Lessmann	
Wer ist der neue Präsident?	7
Von Ralf Leonhard	
„Wieder wir werden!“	8
Vizepräsident David Choquehuanca zum Amtsantritt von Luis Arce	
Ein Jahr nach den Massakern: Erinnerungen von Angehörigen und Opfern	11
Von Roxana Baspineiro	
Autonomía indígena: ein schwieriger Prozess	14
Von Robert Lessmann	
Boliviens Erdgasboom	16
Von Bret Gustafson	
Ein Sieg von Boliviens indigener Justiz	18
Von René Kuppe	
Trinkwasserpolitik verschärft soziale Ungerechtigkeit.	19
Von Steffen Heinzelmann	
Eva Copa und der Mut der Schwachen	20
Von Maria Galindo	

AKTUELLES & ANALYSE

Lateinamerika: Die ungleiche Welt im Corona-Spiegel	22
Von Jürgen Kreuzroither	
Kuba: Der „Tag Null“	25
Von Jürgen Kreuzroither	
Guatemala: Ein Jahr Regierung Giammattei im Windschatten Trumps.	26
Von Eva Kalny	
Kolumbiens Sonderjustiz nimmt Fahrt auf	27
Von Ralf Leonhard	
Chile: „Jetzt erwartet uns der steilste Teil des Weges“ Interview mit Claudia Vera und José Horacio Wood	28
Von Jürgen Schübelin	
Peru: Diffuser Wahlkampf	30
Von Eny Angenvoort	
Argentinien: Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs	32
Von Azul Cordo	
Wie Diego das Empire vernaschte	34
Von Tomás Bartoletti	
Das neue Gesicht des Weltsozialforums	36
Von Leo Gabriel	
Kurznachrichten	38
Buchbesprechungen	40
Splitter, Offenlegung	43



REVOLUTION AUF RATEN?

Als im Dezember 2005 Evo Morales und sein *Movimiento al Socialismo* (MAS) die Wahlen mit einem Erdrutschsieg (54 Prozent) gewannen, sprachen viele Beobachter von einer Revolution mit dem Stimmzettel. Die indigene Bevölkerungsmehrheit hatte sich durchgesetzt und der erste „Indígena-Präsident“ hatte sich mit seiner Regierung eine „Entkolonisierung“ und eine „Neugründung Boliviens“ vorgenommen. Der französische Soziologe Alain Touraine sah im angestrebten *proceso de cambio* ein neues Paradigma für Lateinamerika, ein mögliches Modell auch für andere Länder, die unter Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung leiden. Mit dem Sturz von Morales und der Machtergreifung durch eine rechte „Interimsregierung“ am 12. November 2019 schien diese Hoffnung begraben. Doch am 18. Oktober 2020 brachte eine weitere „Revolution mit dem Stimmzettel“ die MAS mit 55 Prozent der Stimmen zurück. Und mit ihr auch den Prozess des Wandels? Was bedeutet das für Bolivien und Lateinamerika? Welche Lehren lassen sich daraus ziehen? Aber auch: Wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Von Robert Lessmann

weil es gar zu frivol schien, dass der dienstälteste Militärdiktator nur sieben Jahre nach seinem Sturz demokratischer Präsident würde.

Die Wahlen vom 7. Mai 1989 gewann dann „Goni“ Sánchez de Lozada von der MNR (25,7 Prozent) vor Hugo Banzers ADN (25,2 Prozent) und Jaime Paz Zamora (MIR, 21,8 Prozent). Jaime Paz, der im Wahlkampf noch gesagt hatte: „Von Banzer trennen uns Ströme von Blut“, schloss mit ihm den *acuerdo patriótico* und wurde Präsident. Nur ein Jahrzehnt nach seinem Sturz war Banzer Königsmacher im demokratischen Bolivien – 1997 wurde er dann selbst zum Präsidenten gewählt. Damit begann die *politiquería*, die letztlich zur Delegitimierung der Parteien und des politischen Systems führte. Persönliche Ambitionen und Machtstreben bei inhaltlicher Beliebigkeit führten zum Vertrauensverlust.

Die Revolution von 1952/53

Warum dieser historische Exkurs? Weil sich bereits hier die Geschichte wiederholte! Bolivien musste seit seiner Unabhängigkeit 1825 mehr Regierungen erdulden, als Jahre ins Land gingen, hat mehr als 50 Prozent seines Territoriums verloren und war synonym für kurzlebige Oprettensregimes. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschten drei Zinnbarone, Patiño, Hochschild und Aramayo, die wirtschaftlichen und politischen Geschicke des Landes.

Es herrschten brutale Ausbeutungsverhältnisse, doch mit dem technischen Fortschritt kamen auch neue Ideen aus Europa: Im Jahr 1914 wurde eine Sozialistische Partei gegründet und mit der *Federación Obrera de Trabajo* entstand 1926 ein erster Vorläufer des Gewerkschaftsbundes COB, 1941 erfolgte die Gründung des *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR). Die Demokratie war nicht aufzuhalten. Die MNR gewann 1951 mit 43 Prozent die relative Mehrheit, doch eine Militärjunta annullierte die Wahlen. Die Revolution brach aus, in deren Zentrum die bewaffneten Milizen der Bergarbeiter standen. Am 11. April 1952 handelte Revolutionsführer Hernán Siles Zuazo mit General Torres einen Waffenstillstand aus. Die Revolution hatte gesiegt!

Im Herbst 2019 schaffte es Lateinamerika länderübergreifend in die Schlagzeilen: „Flächenbrand in Lateinamerika?“, fragte die *Journaille*. Neben den Dauerkrisenherden Venezuela und Nicaragua erregten Unruhen in Chile, Ecuador, Kolumbien und Bolivien die Aufmerksamkeit. In diesen Ländern waren im Herbst 2019 die sogenannten Sicherheitskräfte brutal vorgegangen, was einige Beobachter zur Frage nach einer möglichen Rückkehr der Generäle inspirierte. Überall spielte das Militär in den Auseinandersetzungen wieder eine wichtige Rolle. Ein Drittel der Kabinettsmitglieder von Jair Bolsonaro in Brasilien hat – wie er selbst – einen militärischen Hintergrund.

In Chile hatten Fahrpreiserhöhungen, in Ecuador gestiegene Benzinpreise das Fass zum Überlaufen gebracht und zu Protesten gegen das neoliberale Modell geführt. In Ecuador wurde der Ausnahmezustand ausgerufen und der Regierungssitz kurzfristig von Quito nach Guayaquil verlegt. Größere Veränderungen brachten die Proteste in Chile mit einer Kabinettsumbildung und dem Prozess zu einer neuen Verfassung. Die gültige stammt noch von 1980 aus den Jahren der Pinochet-Diktatur.

Bolivien war – wieder einmal – anders. Hier handelte es sich nicht um Protest gegen Neoliberalismus, sondern um den Sturz eines Gegenmodells, vielbeachtet vor allem, weil mit Präsident Evo Morales ein Hoffnungsträger stürzte, mit indigener Herkunft und aus einfachsten Verhältnissen.

Kein Lernen aus der Geschichte?

„*Rebellion in the Veins*“ (Rebellion in den Venen) lautet ein Standardwerk über die politische Entwicklung in Bolivien, das der britische Politikwissenschaftler James Dunkerley im Jahr 1984 veröffentlichte, als nach 18 Jahren Militärdiktaturen seit zwei Jahren die Demokratie zurück war. Das Land war wirtschaftlich am Boden und international isoliert. Trotzdem – oder gerade deshalb – glaubten viele linke Aktivist:innen, die Revolution stünde vor der Tür. Der mächtige Gewerkschaftsbund COB verlangte ein *co-gobierno*, paritätische Teilhabe an den Ministerposten. Linksparteien wie das *Movimiento de la Izquierda Revolucionaria* (MIR), die wie die Gewerkschaften einen hohen Blutzoll im Kampf gegen die Diktaturen bezahlt hatten, übertrafen sich in der Radikalität ihrer Forderungen – und spalteten sich mehrmals.

Die gemäßigt linke Regierung von Präsident Siles Zuazo (UDP) stand mit dem Rücken zur Wand. Der Absturz der Zinnpreise, damals Boliviens wichtigstes Exportgut, gab ihr den Rest. Eine fünfstellige Hyperinflation war die Folge und führte zum Rücktritt. Die erste neoliberale Strukturanpassung nach den Vorgaben des IWF unter demokratischen Verhältnissen (die in Chile erfolgte nach dem Pinochet-Putsch vom 11. September 1973) wurde 1985 unter Nachfolger Víctor Paz Estensoro (MNR) eingeleitet, dem Wahlsieger Hugo Banzer das Amt überlassen hatte,



Foto: Robert Lessmann

Denkmal in Potosí: Bewaffnete Milizen der Bergarbeiter-Gewerkschaft spielten eine zentrale Rolle bei der Revolution von 1952/53

Diese zweite lateinamerikanische Revolution nach der mexikanischen (1910) und vor der kubanischen (1959) brachte das allgemeine Wahlrecht – auch für Frauen, Arme, Analphabeten und Indios, Partizipation für 70 Prozent der Bevölkerung, die bisher ausgeschlossen gewesen waren. 1955 folgte die verpflichtende, unentgeltliche Grundschule für alle. Am 31. Oktober 1952 wurde der Bergbau verstaatlicht, am 2. August 1953 folgte eine Landreform. Beide Projekte blieben auf halbem Weg stecken. Unter der Führung des Staatskonzerns COMIBOL wurde der Bergbau zur Melkkuh für die Staatskasse. Modernisierungen wurden auf die lange Bank geschoben. Die Landreform führte im kargen Hochland zu unproduktiven Minifundien. Ins Tiefland reichte ihr Arm meist nicht. Und mit ihrem individualistischen Slogan „das Land dem, der es bebaut“, war sie nicht nur gegen den Großgrundbesitz gerichtet, sondern auch gegen indigene Kollektivstrukturen.

Angeführt wurde die Revolution gleich von drei charismatischen Führern: Víctor Paz Estenssoro, der Kopf aus dem Exil, wurde Präsident – und drei Jahrzehnte später zum Exekutor der neoliberalen Reformen. Ihm zur Seite standen der Revolutionsführer Hernán Siles Zuazo und Juan Lechín, der federführend war bei der Gründung des Gewerkschaftsbundes COB (17. April 1952); mit Ñuflo de Chávez und Walter Guevara Arce waren es eigentlich

sogar fünf. Die Erwartungen waren hoch. Die Gewerkschaften bekamen Ministerposten (*co-gobierno*), es kam – vor allem um die Inflationsbekämpfung – zu Meinungsverschiedenheiten, Streit und Spaltungen, wobei auch Washington eine Hand im Spiel hatte. Das Ende vom Lied: Ab 1964 folgten 18 düstere Jahre zum Teil blutiger Militärdiktaturen. Der Staatskapitalismus blieb dabei erhalten.

Revolution mit dem Stimmzettel

Unter neoliberaler Vorzeichen gelang ab Mitte der 1980er Jahre eine makroökonomische Stabilisierung bei hohen sozialen Kosten. Doch der wirtschaftliche Motor wollte nicht anspringen. Ein nennenswertes Privatunternehmertum gab es nicht. Privatisierungen in größerem Umfang erfolgten erst ein knappes Jahrzehnt später – durch ausländisches Kapital. Dafür wurde Bolivien nach der Überwindung der Militärdiktaturen zum Hätschelkind und Vorzeigeland der internationalen Entwicklungskooperation. Oft hatten deren Berater ihre Büros gleich in den Ministerien. Um die Jahrtausendwende entsprach „Entwicklungshilfe“ rund zehn Prozent des BIP. Bescheidene Exporterlöse und nicht unerhebliche Einnahmen aus dem Kokaingeschäft komplettierten das Modell. In der Drogenpolitik zeigte sich die ausländische Einmischung am klarsten. Sie folgte dem Diktat Washingtons. Im Widerstand gegen

die Politik der Kokavernichtung wurden Evo Morales und sein *Movimiento al Socialismo* groß – und sie wurden zum Kristallisationskern für die Unzufriedenen im Land.

Fünf Krisenfaktoren waren es, die schließlich zum Kollaps des Modells und zum Erdrutschsieg der MAS bei den Wahlen vom Dezember 2005 führten: 1. Die *sozio-ökonomische Krise*. Bolivien war das ärmste Land Südamerikas mit krassen sozialen Ungleichheiten. 2. Die *sozio-kulturelle Krise*. Die indigene Bevölkerungsmehrheit fühlte sich ausgegrenzt. 3. Das *Ressourcentrauma*. Das ressourcenreiche Land fühlte sich als Bettler auf dem goldenen Thron; die Gewinne flossen ins Ausland. 4. Die *Souveränitätskrise*. Man hatte das Gefühl, die wichtigen Kursbestimmungen würden im Ausland vorgenommen, und in Verbindung damit: 5. Die *Legitimitätskrise* von Parteien und politischem System. Der *politiquería* gehe es nur um Posten und Pfründe und ihre Kompetenz sei begrenzt.

Gegen all das stand Morales wie kein Zweiter: aufgrund seiner Herkunft, seiner Karriere, seiner Programmatik. Getragen wurde er von den starken sozialen Bewegungen. Die bolivianische Gesellschaft ist in hohem Maße organisiert. Gewählt wurde er, weil er „einer von uns“ war. Noch klarer als der Wahlsieg der MAS im Dezember 2005 war der Abgang der Altparteien. Nicht Partei wollte die MAS sein, sondern politisches Instrument, und ihre Regierung eine der sozialen Bewegungen. Eine Neugründung Boliviens hatte man sich vorgenommen, eine Entkolonisierung im Rahmen eines *proceso de cambio*.

Mit der neuen Verfassung von 2009 wurde Bolivien zum Plurinationalen Staat. Die Rechte der Indigenen wurden aufgewertet, ihre Organisationsformen sollten gleichwertig sein (vgl. Beitrag zur Autonomie). Die Rohstoffe gehören nun dem Volk, verwaltet von der Regierung. Das Kokablatt wurde mit Artikel 384 zum andinen Natur- und Kulturerbe. Und während die Welt gebannt auf Bolivien schaute und fürchtete, nunmehr mit Kokain überflutet zu werden, gelang es gerade unter einem Kokabauern, den Anbau und das Drogengeschäft einzudämmen: durch soziale Kontrolle, nicht gegen, sondern durch die Bauern und ihre Gewerkschaftsorganisationen. So konnten die Dauerkonflikte beendet und die Gewalt aus dem Thema genommen werden.

⇒ von Seite 5: REVOLUTION AUF RATEN?

Die Nationalisierung der Erdöl- und Erdgasressourcen erfolgte medienwirksam am 1. Mai 2006. Im Wesentlichen wurden die Gewinne neu verteilt: weniger für die ausländischen Investoren, mehr für die Staatskasse. Die jährlichen Einnahmen stiegen von 247 Mio. US Dollar auf 2,8 Mrd. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 327 Prozent: Platz eins beim Wirtschaftswachstum in Lateinamerika zusammen mit Uruguay. Und Platz zwei hinter Peru für das einstige Armenhaus ohne Bonität bei den Devisenreserven im Verhältnis zur Wirtschaftskraft.



Der historische Marsch der Tieflandvölker „für Land und Würde“ von 1990

Der Ressourcenboom ermöglichte eine Sozial- und Umverteilungspolitik. Ein Mindestlohn wurde eingeführt und eine Mindestrente – beide mehrfach angehoben, ein konjunkturabhängiges 14. Jahresgehalt ab einem Wirtschaftswachstum von vier Prozent, ein Mutter- und Kind-Bonus sowie eine Schuljahresabschlussprämie. Die Schulbesuchsquote lag bei 98 Prozent, die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 64,4 (2004) auf 71,2 Jahre (2018). Die extreme Armut im Land konnte von 38 auf 18 Prozent gesenkt werden; 1,7 Millionen Bolivianerinnen und Bolivianer (rund 15 Prozent der Bevölkerung) stiegen aus der Unterschicht in eine Kategorie „gefährdete Mittelschicht“ auf. Morales war damit der erfolgreichste Präsident seit Langem. Er hat das Leben einer großen Zahl von Bolivianerinnen und Bo-

livianern verbessert, für die Vorgängerregierungen nur Missachtung, manchmal Verachtung übrig hatten.

Sparguthaben und Binnenkaufkraft wuchsen und federten erste Krisensymptome ab. Denn bereits seit 2015 gibt es Defizite. Die Devisenreserven schmelzen und liegen heute gerade noch bei einem Drittel ihres Höchststandes von 2014. Das Erfolgsmodell beruhte auf Extraktivismus, dem Export nicht erneuerbarer Rohstoffe, und war mit dem Fall der Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas gefährdet. Ein Strukturwandel fand nicht statt, eine Diversifizierung der Wirtschaft höchstens ansatzweise. Die Einkommen stiegen. Doch nach wir vor sind die meisten Arbeitsver-

hältnisse prekär. Gleichbleibend seit der Jahrtausendwende sind 58 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ganz oder teilweise auf den informellen Sektor angewiesen. Frauenlöhne liegen um 44 Prozent unter denen der Männer.

Politische Krisenwurzeln

Aber es war (noch) keine Wirtschaftskrise, die die politische Krise nach den Wahlen vom Oktober 2019 auslöste. Es war

politisches Versagen, die Hybris der Macht: einsame Entscheidungen, autoritäre Tendenzen, Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit (etwa in der Umwelt- und Indígena-Politik) und der Verlust der Mittelschichten, gerade auch der Linksintellektuellen, durch zunehmend sterile und inhaltsleere Diskurse. Neue Ideen suchte man vergeblich. Einigendes Band und quasi einziges Thema der schwachen und fragmentierten Opposition war aber *F21*. Bolivien hatte seit 2005 Jahre ungekannter demokratischer Stabilität erlebt: Präsidentschaftswahlen, Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, ein Abwahlreferendum und das Referendum zur Annahme der neuen Verfassung – die MAS hatte sie alle mit komfortablen absoluten Mehrheiten gewonnen und verfügte über eine Zweidrittelmehrheit in beiden

Kammern des Parlaments. Doch am 21. Februar 2016 entschied sich eine knappe Mehrheit im Referendum gegen eine Änderung des Verfassungsparagraphen 168, der nur eine Wiederwahl des Präsidenten in Folge erlaubt. Morales setzte sich über dieses Votum hinweg und die Menschen sahen sich nun um das neue Demokratieerlebnis betrogen, das er ihnen zuvor beschert hatte.

So gelang es einer schwachen und zersplitterten Rechten mit einem ansonsten inhaltsleeren Anti-Morales/Anti-MAS- und Wahlbetrugsdiskurs im November 2019, das Ruder herumzureißen. Das konterrevolutionäre Projekt des Kleinbürgertums scheiterte ein Jahr später an eigener Unfähigkeit. Es fehlte die Führung durch „die Botschaft“: Seit 2008 waren die diplomatischen Beziehungen zu Washington gekappt und Präsident Trump hatte – abgesehen von Kuba und Venezuela – kein Interesse an Lateinamerika. Es zerschellte darüber hinaus an den wiedererstarkten sozialen Bewegungen, die mit ihren Straßenblockaden im August die Wahlen durchgesetzt hatten – und an den Wahlurnen.

Die MAS hatte 2019 zwar noch eine deutliche Mehrheit errungen, aber 14 Prozentpunkte gegenüber den Wahlen 2014 verloren. Handelte es sich dabei zum Teil um eine Abstrafung des „Evismo“, so war das Votum vom November 2020 eines für die Demokratie und eine ordentliche Regierung angesichts von Pandemie und Wirtschaftskrise. Regional und sektorial konnten Stimmen von der MAS zurückgewonnen werden. Und es war ein Votum für die Fortsetzung des *proceso de cambio*.

Neuanlauf: Stabilität, Glaubwürdigkeit, Einheit

Indes: Fast 43 Prozent der Bolivianerinnen und Bolivianer haben für den liberalkonservativen Carlos D. Mesa oder den Rechtsaußen Fernando Camacho gestimmt. Einige demonstrierten nach dem Wahlerfolg der MAS vor den Kasernentoren für eine Machtübernahme durch das Militär. Die bolivianische Gesellschaft ist tief gespalten, es gibt Rassismus und der November 2019 hat gezeigt, dass die MAS-Regierung die Sicherheitskräfte nicht unter Kontrolle hatte. Im Jahr 2005 konnte die MAS Stimmen aus der Mittelschicht gewinnen, die sich ein Ende der Dauerkonflikte erhofften, und weil sie für Stärkung der nationalen Souveränität stand. Auch heute könnte Stabilität ein einigendes Band sein: die Bewältigung der Pan-

WER IST DER NEUE PRÄSIDENT?

Finanzminister erfreuen sich selten großer Beliebtheit. Das war auch bei **Luis Arce Catacoro** so, der Evo Morales zwölf Jahre als Minister für Finanzen und einige Jahre auch als Wirtschaftsminister diente. Der Mann, der wenig im Rampenlicht stand, war aber eine der Schlüsselfiguren der reformistischen MAS-Regierungen und gilt als Vater des Wirtschaftswunders, das einen großen Teil der bolivianischen Bevölkerung aus der Armut katapultiert hat.

Von Ralf Leonhard

Der 1963 in La Paz geborene Ökonom mit einem *Master of Economics* von der englischen *University of Warwick* passt auf den ersten Blick so gar nicht in das Schema der Sozialreformer um den charismatischen Anführer der Kokabauern-Gewerkschaft. Allerdings ist er keineswegs mit dem goldenen Löffel aufgezogen worden. Seine Eltern verdienten karge Gehälter als Lehrer an öffentlichen Schulen. In der eigenen Schulzeit fragte er sich, warum in einem Land, das mit so reichen Ressourcen gesegnet ist, so viele Menschen in Armut leben müssen. Später sollte er diese Frage als Motiv für seine Berufswahl sehen. Er erwarb eine Lizenz an der staatlichen *Universidad Mayor de San Andrés* (UMSA) in La Paz, bevor er mit einem Stipendium nach England ging. Schon als Student definierte sich Arce als Sozialist und trat der 1971 gegründeten Sozialistischen Partei Boliviens (PSB) bei. Deren Gründer Marcelo Quiroga Santacruz, Jurist, Philosoph und Politiker, der von den Diktaturen der 1960er und 1970er Jahre verfolgt, ins Exil getrieben und eingesperrt wurde, nennt Arce als sein großes Vorbild. Quiroga wurde 1980 während des blutigen Staatsstrechs von Luis García Meza ermordet.

Nach dem Studium trat Arce in den Dienst der Bolivianischen Nationalbank, wo er 19 Jahre lang eine Abfolge von Regierungen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung erlebte. Seine damals immer wieder geübte Systemkritik drang wenig an die Öffentlichkeit. Ende der 90er Jahre, als der Neoliberalismus sich in fast ganz Lateinamerika als herrschende Doktrin



Foto: Freddy Zarco

durchgesetzt hatte, gründete Arce mit anderen Mitgliedern der inzwischen aufgelösten PSB den Debattenzirkel *Los Duendes* (die Heinzelmännchen), in dem die wirtschaftliche Umgestaltung des Landes diskutiert wurde. „Unsere erste Herausforderung war zu zeigen, dass wir Linke die Wirtschaft besser gestalten konnten als die Rechte“, wird Arce 2014 im konservativen *Wall Street Journal* zitiert. Bei den *Duendes* lernte Arce auch den späteren Vizepräsidenten Álvaro García Linera kennen, der ihn einlud, gemeinsam am Regierungsprogramm von Morales zu arbeiten.

Dass Evo Morales Luis Arce 2006 in seine Regierung holte, wurde als Signal der Kontinuität interpretiert. Während Morales und viele seiner Mitstreiter der Regierungspartei Bewegung zum Sozialismus (MAS) den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft ungestüm angehen wollten, hielt sich Arce lieber an Karl Marx, der die Entwicklung der Produktivkräfte als Voraussetzung für eine sozialistische Transformation postulierte. „Daran arbeiten wir“, sagte Arce. Die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasreserven und die hohe Besteuerung der ausländischen Unternehmen, die diese ausbeuteten, war der erste wichtige Schritt. Von der Verdoppelung der Gehälter der Staatsbeamten und der Beschlagnahme der Aktiva ausländischer Erdgasgesellschaften gleich im ersten Regierungsjahr konnte er Morales abhalten.

2011 präsentierte Arce das *Nuevo Modelo Económico, Social, Comunitario y Productivo*: „Das ist ein Modell des Übergangs zum Sozialismus, in dem viele so-

ziale Probleme schrittweise gelöst und die wirtschaftlichen Grundlagen für eine angemessene Verteilung der Überschüsse konsolidiert werden“. Ein Kernelement des Modells bestand in der Schaffung und Stärkung von leistungsfähigen Staatskonzernen in Bereichen wie Rohstoffe, Energie, Telekommunikation und Luftverkehr. Die Gewinne daraus wur-

den für den Ausbau der Grundversorgung der Bevölkerung und die Förderung von genossenschaftlich organisierten Kleinunternehmen, insbesondere unter der Landbevölkerung, eingesetzt. Gleichzeitig versuchte man, die Rohstoffabhängigkeit zu senken, die inländische Wertschöpfung zu steigern und wissenschaftliche Kapazitäten aufzubauen. Das gelang nur zum Teil, vor allem, was den Anteil der Rohstoffe an den Exporten betrifft.

Bolivien erlebte in der Folge einen Boom, der nicht nur ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4,9 Prozent jährlich auslöste, sondern auch die Armut um 42 Prozent und die extreme Armut um 60 Prozent schrumpfen ließ. Dass auch die Mittelklasse profitierte, bescherte dem Land ein Jahrzehnt relativer politischer Stabilität und Evo Morales zwei weitere Wahlsiege. Als sich Arce 2017 aus gesundheitlichen Gründen für 18 Monate aus der Politik zurückzog, begann eine durch den Verfall der Rohstoffpreise bedingte Krise, die das Verteilungsmodell in Frage stellte.

Nach den umstrittenen Wahlen vom Oktober 2019 folgte Arce seinem Chef Evo Morales zunächst ins Exil nach Mexiko und später Argentinien, wo er bei internen Wahlen der MAS zum Präsidentschaftskandidaten für 2020 bestimmt wurde. Er werde nur für eine Amtszeit zur Verfügung stehen, sagte der an einer Krebserkrankung laborierende Präsident. Am 8. November 2020 in das höchste Amt des Plurinationalen Staates eingeführt, gibt er weiterhin nebenbei Klassen an der UMSA. ■

⇒ von Seite 6: REVOLUTION AUF RATEN?

demie und der Wirtschaftskrise. Auf politischen Realismus wird es ankommen und auf Einheit. Beides darf man von Präsident Arce erwarten, der bereits erklärt hat, nur für diese eine Amtsperiode zur Verfügung zu stehen. Pandemiebekämpfung, Stärkung der Binnenkaufkraft, Umschuldung von Krediten und die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit waren bisher die Eckpunkte seiner kurzen Regierung. Kann es einen Generationswechsel geben?

Im Hintergrund steht die Riege der erfahrenen, alten Funktionäre, die noch gar nicht so alt sind und ambitioniert. Die MAS hat bei den zurückliegenden Wahlen in 300 der 339 Gemeinden gewonnen. Das gibt Parteichef Morales zusätzlich Macht. Die Parteibasis hatte auf eine Erneuerung gedrungen: keine alten Minister in der neuen Regierung. Bei der Kandidatenaufstellung für die am 7. März angesetzten Departements- und Gemeindewahlen hat die Basis in verschiedenen Departementen *dedazos* (Kandidatenbestimmung von oben) zurückgewiesen. In seiner politischen Kernbasis, dem Kokaanbaugebiet des Chapare, flogen Morales deshalb sogar „fuera, fuera!“ (raus!)-Rufe entgegen und Plastiksessel um die Ohren.

Schon jetzt führte der Fall der jungen Senatspräsidentin, Eva Copa (vgl. Portrait), zu einer Zerreißprobe innerhalb der MAS, zumindest in El Alto, der zweitgrößten Stadt des Landes. Die 34-jährige Mutter von zwei Kindern war nach der Machtergreifung der „Interimsregierung“ an die Spitze des Parlaments gekommen, nachdem praktisch die gesamte Führung der MAS ins Exil geflohen oder inhaftiert worden war. Dort hat sie unter schwierigsten Bedingungen das blaue Parteifähnlein hoch gehalten und sich dabei immer wieder auch gegen Zurufe aus dem Exil in Buenos Aires verwahrt. Präsident des neuen Senats wurde nunmehr Andrónico Rodríguez, den Morales als Nachfolger hatte aufbauen wollen.

Nachdem Eva Copa auch ein Spitzenplatz bei den bevorstehenden Departements- und Gemeindewahlen verwehrt wurde, schloss sie sich der Liste „Jallalla“ des indigenen Morales-Widersachers Felipe Quispe („El Mallku“) an, nicht ohne zu erklären, dass ihr Herz immer für die MAS schlagen werde. Sie wurde ausgeschlossen, und junge MAS-Anhänger aus El Alto folgten ihr scharenweise. In Umfragen

liegt sie bei 76,1 Prozent, der MAS-Kandidat bei 6,6. Immerhin hatte „El Mallku“ bei den zurückliegenden Präsidentschaftswahlen dazu aufgerufen, MAS zu wählen – um der Einheit willen. Mit seinem unerwarteten Tod am 19. Jänner könnte es sein, dass die ehrgeizige Eva Copa „Jallalla“-Chefin wird und sich – noch nicht gleich, aber in Zukunft – die Frage stellen wird: Eva statt Evo?

Andererseits ist die politische Rechte heute noch zersplitterter als vor den Präsidentschaftswahlen 2020. Das Parteiensystem ist schwach. Nur die MAS verfügt ansatzweise über so etwas wie einen landesweiten Parteiapparat. Ihn weiter zu festigen und zu verjüngen ist eine historische Aufgabe. Auch innerhalb der sozialen Bewegungen streiten Fraktionen nun oft handfest um Macht und Infrastrukturen wie Bürogebäude. Dem charismatischen Morales war es bisher weitgehend gelungen, ihre Vielzahl unter einem Dach zu integrieren. In der Vergangenheit hatte er laut darüber nachgedacht, ob er auf einer Stufe mit Gandhi und Mandela in die Geschichtsbücher eingehen würde. Als Parteichef und Architekt der Einheit böte sich heute eine Gelegenheit zu einem Neuanlauf. Im Weg stehen kann er sich dabei vor allem selbst. Wie wichtig Einheit und politischer Realismus – nicht nur hier – sind, zeigt die Geschichte der unvollendeten bolivianischen Revolutionsprojekte. ■

Robert Lessmann ist Autor des Buches „Das neue Bolivien“ (Rotpunkt Verlag, Zürich). Er war zuletzt im August 2019 in Bolivien, um an der UMSA ein Postdoc-Seminar zu halten.
www.robert-lessmann.com

„Die Rückkehr der MAS bedeutet die Erneuerung der Hoffnung auf eine Regierung, die ihre besten Energien auf den Kampf gegen den Klimawandel lenkt, der gleichzeitig die Herausforderung einer Überwindung der extremen Armut in einem stark rohstoffabhängigen Land beinhaltet. Für die kolumbianische Friedensbewegung ist es die Gelegenheit, einen Verbündeten auf internationaler Ebene zu finden.“

Pedro Arenas von der kolumbianischen Menschenrechts- und Umweltorganisation, Viso Mutop (www.visomutop.org) (Übersetzung aus dem Spanischen: Robert Lessmann)

„WIEDER
Vizepräsident

Mit der Erlaubnis unserer Götter, unserer älteren Brüder und unserer Vorfahren, unserer Pachamama, unserer Vorfahren, unserer Bergegeister, mit Erlaubnis der Paradiesvogelblumen, des Regenbogens und des heiligen Koka-Blatts, mit der Erlaubnis unseres Volkes, mit der Erlaubnis aller in diesem Saal Anwesenden und nicht Anwesenden möchte ich heute einige wenige Minuten in Anspruch nehmen, um Ihnen unsere Gedanken mitzuteilen. Kommunizieren ist eine Pflicht, denn der Dialog ist ein Grundprinzip des *Buen Vivir*, des Guten Lebens.

Wir, die Völker der ursprünglichen Kulturen, der Kultur des Lebens, bewahren unsere Ursprünge seit Anbeginn der Zeit. Wir sind die Erben einer alten Kultur, die versteht, dass alles miteinander verbunden ist, dass nichts getrennt ist und alles zusammengehört. Deshalb wurde uns gesagt, wir sollen alle zusammen gehen, auf dass niemand zurückbleibt, auf dass alle alles haben und niemandem etwas fehlt. Das Wohlergehen aller ist das Wohlergehen des eigenen Ichs. Helfen bedeutet zu wachsen und glücklich zu sein. Der Verzicht zum Wohle anderer stärkt uns. Unsere Einheit zu spüren und uns selbst im Ganzen zu erkennen ist unser Weg. Er ist es heute, war es gestern und wird es morgen sein. Es ist der Weg, von dem wir nie abgewichen sind.

Die Energie des Ayllu führt zur Balance der Kräfte

Das Prinzip unserer gegenseitigen Hilfe, der Gemeinschaftsarbeit, der *Ayni*, die *Minka*, die *Tumpa*, unsere *Colka*¹, sie sind die Essenz unseres Lebens, unseres *Ayllu*². Ayllu ist nicht einfach eine Form der gesellschaftlichen Organisation, Ayllu ist die auf das allumfassende Gleichgewicht ausgerichtete Organisation aller Wesen, allen Lebens, das auf unserem Planeten oder unserer Mutter Erde existiert. Jahrhundertlang waren die zivilisatorischen Grundideen von *Abya Yala* verschüttet, vieles wurde ausgerottet, unsere traditionelle Weltansicht systematisch dem kolonialen Denken unterworfen.

Aber sie konnten uns nicht vernichten, wir leben, wir sind zurückgekehrt aus Tiwanaku³, wir sind stark, wir sind hart wie

WIR WERDEN!“

David Choquehuanca zum Amtsantritt von Luis Arce



Foto: @LaramaDavid via presenza

Stein, wir sind *Cholke*, wir sind *Sinchi*, wir sind *Rumy*, wir sind *Jenecheru*⁴, lebendiges Feuer der Hoffnung, das nie erloschen ist, wir kommen aus der Inka-Stätte *Samaipa*, wir sind der Jaguar, wir sind *Túpac Katari*⁵, wir sind Comanchen, Maya, Guaraní, wir sind Mapuche, Mojeño, Aymara, Quechua, Joki und alle Menschen, die die Kultur des Lebens in sich tragen, die rebellisch und auch weise ist. Heute befinden wir uns in Bolivien und in der Welt in einer Zeit des Übergangs, der sich gemäß dem Zyklus der Zeit alle 2000 Jahre vollzieht. Von der Un-Zeit brechen wir auf in eine neue Morgenröte, eine neue Zeitenwende, *Pachakuti*, in unsere Geschichte. Uns erwartet eine neue Sonne, ein neuer Ausdruck in der Sprache des Lebens, wo die Empathie für andere und das kollektive Wohl den egoistischen Individualismus ersetzen. Wo wir Bolivianer einander als Gleiche betrachten und wissen, dass wir vereint viel mehr erreichen.

Jiwasa: Es ist an der Zeit, wieder wir zu werden

Es ist an der Zeit, wieder wir zu werden, *Jiwasa*, nicht ich, nicht du, sondern wir. *Jiwasa* überwindet den Egozentrismus, den Anthropozentrismus und den Theozentrismus. Es ist an der Zeit, wieder *Jambae* zu werden. Diesen Ausdruck haben unsere Guaraní-Brüder für uns bewahrt. *Jambae* ist die Person, die niemandem gehört. Niemand auf dieser Welt darf sich einbilden, irgendjemanden oder irgendetwas zu besitzen. Seit 2006 arbeiten

wir in Bolivien hart daran, unsere individuellen und kollektiven Wurzeln miteinander zu verbinden, um wieder wir selbst zu werden, zu unserer Mitte zurückzufinden, zum *Taypi*⁶, zur *Pacha*⁷, zum Gleichgewicht, aus dem die wichtigsten Weisheiten der Zivilisationen unseres Planeten entspringen.

Wir sind dabei, unser Wissen zurückzugewinnen, die Grundlagen der Kultur des Lebens, des zivilisatorischen Kanons einer Gesellschaft, die in inniger Verbindung mit dem Kosmos, mit der Welt und mit der Natur lebt. Wir streben danach, als Individuen und in kollektiver Verbundenheit unser *Buen Vivir*, unser Gutes Leben und unsere Gemeinschaft aufzubauen und das Wohlergehen des Einzelnen und der Gemeinschaft zu sichern. Wir sind dabei, unsere Identität zurückzugewinnen, unsere kulturellen Wurzeln neu zu entdecken. Wir haben kulturelle Wurzeln, wir haben unsere Philosophie, unsere eigene Geschichte, wir haben alles, wir sind Menschen, und wir haben Rechte.

Einer der unerschütterlichen Stützpfeiler unserer Zivilisation ist das Wissen um die *Pacha*, das uns vererbt wurde. Wer Ausgewogenheit in Zeit und Raum zu bewahren weiß, kann auch mit der kosmischen Energie umgehen, die vom Himmel kommt, und mit jener, die aus der Erde aufsteigt. Aus dem Zusammenspiel dieser kosmischen und tellurischen Kräfte entsteht, was wir Leben nennen: *Pachamama* als der sichtbare Teil und *Pachakama* als der rein spirituelle. Indem wir das Leben als ein Produkt der kosmischen Energie verstehen, haben wir die Möglichkeit, die komplementäre Beschaffenheit von Gegensätzen für uns zu nutzen und unsere Geschichte, die Materie und unser Leben als Zusammenwirken der *Chachawarmi*-Kraft, der sich ergänzenden Dualität, zu verändern. Die neue Zeit, die für uns an-

bricht, wird getragen von der Energie des *Ayllu*, der Gemeinschaft, des Konsens, der horizontalen Ausrichtung, des komplementär angelegten Gleichgewichts und des Gemeinwohls.

Die Unantastbarkeit der Macht, das Manko der Revolutionen

Historisch gesehen wird Revolution als ein politischer Akt verstanden, der die Gesellschaftsstruktur und damit das Leben der Individuen verändert. Trotzdem ist es keiner der Revolutionen gelungen, das Wesen der Macht umzukrempeln. Macht hat weiterhin die Funktion, die Kontrolle über die Menschen zu erhalten. Das Wesen der Macht wurde nicht verändert, stattdessen hat die Macht es geschafft, den Verstand von Politikern zu vernebeln. Macht macht korrupt, und es ist sehr schwierig, den Einfluss der Macht und ihrer Institutionen zu regulieren. Aber wir werden uns dieser Herausforderung mit der Weisheit unserer Völker stellen. Unsere Revolution ist die Revolution der Ideen, sie ist die Revolution des Einklangs, denn wir sind überzeugt: Um die Gesellschaft, die Regierung, die Verwaltung, die Gesetze und das politische System verändern zu können, müssen wir uns als Individuen verändern.

Der Kondor fliegt nur, wenn seine Flügel im Einklang sind

Wir werden das Aufeinandertreffen von Widersprüchen nutzen, um Lösungen zu finden: den Widerspruch zwischen Rechts und Links, zwischen der Rebellion der Jugend und der Weisheit der Großeltern, zwischen den Grenzen der Wissenschaft und der unbeirrbareren Natur, zwischen den kreativen Minderheiten und den traditionellen Mehrheiten, zwischen den Kranken und den Gesunden, zwischen den Machhabern und den Regierten, zwischen dem offiziellen Glaubensdiktat und der Gabe, anderen zu dienen. Unsere Wahrheit ist ganz einfach: Der Kondor fliegt nur, wenn sein rechter Flügel in perfektem Einklang mit dem linken Flügel ist.

Unser Bemühen, uns zu ausgeglichenen Individuen zu entwickeln, wurde vor Jahrhunderten brutal unterbrochen. Wir konnten unsere Entwicklung nicht abschließen und stehen nun mitten in der *Ayllu*-Ära, der Ära der Gemeinschaft. Sie fordert uns auf, als freie, ausgeglichene Individuen harmonische Beziehungen mit unseren Mitmenschen und mit unserer Umwelt aufzubauen. Es ist dringend

weiter Seite 10 ⇨

⇒ von Seite 9: DAVID CHOQUEHUANCA ZUM AMTSANTRITT VON LUIS ARCE

erforderlich, dass wir in der Lage sind, für uns selbst und für die Gemeinschaft ein Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wir befinden uns in der Zeit der Brüder der *apanaka pachakuti*, der Brüder des Umbruchs. Unser Kampf war nie nur für uns selbst, sondern auch für die anderen und nicht gegen sie. Wir streben danach, unsere Bestimmung zu erfüllen und suchen nicht die Konfrontation, sondern Frieden.

Wir vertreten nicht die Kultur des Krieges oder der Herrschaft. Unser Kampf richtet sich gegen jede Art von Unterwerfung und gegen koloniales, patriarchales Denken, woher auch immer es kommt. Ausgehend von der Idee der Begegnung von Geist und Materie, von Himmel und Erde, von Pachamama und Pachakama glauben wir daran, dass Frau und Mann gemeinsam die Menschheit, den Planeten und das schöne Leben auf dieser Erde heilen und unserer Mutter Erde ihre Schönheit zurückzugeben können. Wir werden die heiligen Schätze unserer Kultur gegen jeglichen Eingriff schützen, wir werden unsere Völker⁸, unsere natürlichen Ressourcen, unsere Freiheiten und unsere Rechte verteidigen.

Wir werden zu unserem *KapakÑan* zurückkehren, dem erhabenen Weg der Einigkeit, dem Weg der Wahrheit, dem Weg der Brüderlichkeit, dem Weg der Einheit, dem Weg des Respekts vor unseren Autoritäten, vor unseren Schwestern, dem Weg des Respekts vor dem Feuer, dem Weg des Respekts vor dem Regen, dem Weg des Respekts vor unseren Bergen, dem Weg des Respekts vor unseren Flüssen, dem Weg des Respekts vor unserer Mutter Erde, dem Weg des Respekts vor der Souveränität unserer Völker.

Die Spaltung überwinden

Brüder, zum Schluss noch dieses: Wir Bolivianer müssen die Spaltung überwinden, den Hass, den Rassismus, die Diskriminierung zwischen Landsleuten. Keine Verfolgung der Meinungsfreiheit und keine Kriminalisierung politischer Positionen mehr. Schluss mit dem Machtmissbrauch! Die Aufgabe der Macht ist zu helfen. Macht muss rotieren, Macht, und insbesondere wirtschaftliche Macht, muss umverteilt werden. Macht muss zirkulieren, muss fließen wie das Blut in unserem Organismus. Wir sagen: keine Straffreiheit mehr, sondern Gerechtigkeit, Brüder. Wir

brauchen eine Justiz, die wirklich unabhängig ist. Beenden wir Intoleranz und Missachtung der Menschenrechte und der Rechte unserer Mutter Erde. Der Anbruch dieser neuen Zeit bedeutet, die Botschaft unserer Völker zu hören, die aus tiefstem Herzen kommt, Wunden zu heilen, einander mit Respekt zu betrachten, unsere Heimat wiederzugewinnen, gemeinsam zu träumen, Brüderlichkeit, Harmonie, Einklang und Hoffnung aufzubauen, um Frieden und Glück für die kommenden Generationen zu schaffen. Nur so können wir das Gute Leben erreichen und uns selbst regieren.

Jallalla Bolivien! ■

Übernommen von Nachrichtenpool Lateinamerika, Übersetzung redaktionell bearbeitet; lizenziert unter Creative Commons, Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international

¹ Bezeichnungen für gemeinschaftliche Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft

² Aymara-Wort für Gemeinschaft

³ Tiwanaku war eine indigene Siedlung im Westen Boliviens (100 v.u.Z.-1.000 n.u.Z.) und bezeichnet sowohl eine Aymara-Kultur als auch die erste größere Stadt im Andenraum. Für die Indigenen Boliviens dient sie als Ausgangspunkt einer neuen Regierungsperiode, um „die Energie der überlieferten Gottheiten, der Pachamama und des Kosmos zu empfangen“. Dort fanden die Amtseinführungen von Evo Morales und Álvaro García Linera

sowie von Luis Arce und David Choquehuanca im Rahmen einer indigenen Zeremonie statt.

⁴ *Sinchi*: stark, mutig, widerstandsfähig; *Rumy*: Fels; *Jenecherú*: Version des Wortes *jendi sheru* aus dem Guarani, „mein Vater des Feuers“; die *Glut*, mit der das Feuer zum Brennen gebracht wird und die nie erlischt

⁵ Der Aymara-Anführer Túpac Katari bildete eine Armee von etwa 40.000 Mann, um gegen die spanischen Kolonisatoren zu kämpfen. 1781 gelang es ihm, die Stadt La Paz zu belagern. Er wurde von den Spaniern gefangen genommen und dazu verurteilt, „zerstückelt“ zu werden. Ihm wird die Prophezeiung zugeschrieben: „Sie können mich töten, aber ich werde millionenfach zurückkehren“.

⁶ Aymara-Wort für Zentrum als Ort, an dem Gegensätze oder konträre Dinge vermittelt werden können

⁷ Erde, Welt

⁸ In Bolivien leben 36 anerkannte indigene Nationen oder Völker.

„In Lateinamerika geht der Wandel von konservativen Regierungen zu progressistischen im Prinzip langsamer vonstatten als die dramatischen und schnellen Brüche, die durch autoritäre rechtsgerichtete Regierungen bewirkt werden. Allerdings symbolisiert die Rückkehr der MAS in Bolivien keinen wirklich teleologischen Wechsel, sondern zeigt den Wunsch, Regierungen zu überwinden, die Neofaschismus, Neoliberalismus und Nekropolitik miteinander verbinden.“

Prof. Dr. Claiton Marcio da Silva, Ass.Prof. der Universidade Federal da Fronteira Sul (UFFS), Brasilien. (Übersetzung aus dem Portugiesischen: Ursula Prutsch)

DAVID CHOQUEHUANCA

Als Kandidat für die Vizepräsidentschaft an der Seite von Luis Arce hat David Choquehuanca Céspedes, den die indigene Basis gern als Spitzenkandidaten gesehen hätte, wesentlich zum Wahlsieg der MAS beigetragen. Die hohe Glaubwürdigkeit des 1961 in Cota Cota Baja im Departement La Paz geborenen Aymara wurzelt in seinem langjährigen Engagement für die Rechte und Interessen dieses Volkes. So war er Mitte der 80er Jahre Mitbegründer der Bauernbewegung *Movimiento Campesino Indígena*, dann Nationaler Koordinator der indigenen Kleinbauernbewegung NINA und Mitorganisator der Kampagne *500 Años de Resistencia*. Nach Lehrtätigkeiten an der UMSA (Geschichte und Anthropologie)

und der *Universidad Cordillera* (Rechte von indianischen Völkern) wurde er Berater von Evo Morales und fungierte in dessen Regierung zwischen 2006 und 2017 als Außenminister.

Als im September 2011 die indigenen Völker im Nationalpark TIPNIS gegen einen geplanten Straßenbau protestieren, forderten sie Choquehuanca als Vermittler an (um ihn dann für einige Stunden als Geisel festzuhalten). In den letzten Jahren war es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Morales und Choquehuanca gekommen, womit auch sein Wechsel in das politisch weniger relevante Amt des Generalsekretärs der ALBA (Bolivianische Allianz für die Amerikas) zusammenhängen dürfte. Seit dem 8. November amtiert er nun als Vizepräsident von Bolivien.

EIN JAHR NACH DEN MASSAKERN: ERINNERUNGEN VON ANGEHÖRIGEN UND OPFERN

Die Machtergreifung, mit der ab November 2019 versucht wurde, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, war von Gewaltexzessen und einer beispiellosen Kampagne der politischen Verfolgung und Einschüchterung begleitet.

Von Roxana Baspineiro

Eine Schweigeminute zum Gedenken an die Gefallenen von Senkata, Sacaba, Montero, Betanzos, Ovejuyo und El Pedregal“. Mit diesen Worten leitete der neugewählte Präsident Luis Arce und sein Vize David Choquehuanca am 8. November 2020 in Bolivien ihren Regierungsantritt ein.

Zahlreiche Tote und Verletzte

Nach den Präsidentschaftswahlen 2019 hatte insbesondere die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse in Zweifel gezogen. Nach dem erzwungenen Rücktritt von Evo Morales breiteten sich im ganzen Land Proteste aus, deren brutale Niederschlagung in einer politischen und sozialen Krise mündete. Die ersten Massaker wurden am 11. November, einen Tag vor Añez' Selbsternennung zur Interimspräsidentin, im äußersten Süden von La Paz in Los Almendros, Los Rosales, El Pedregal und Ovejuyo verübt. Hier kam es zu massiven gewalttätigen Polizeieinsätzen. Schon am 15. November wurden erneut Menschen Opfer polizeilicher und militärischer Repression, diesmal in der Gemeinde Sacaba, Cochabamba. Zwölf Menschen starben, 125 weitere wurden verletzt.

Ein weiteres Massaker ereignete sich am 19. November in der Stadt Senkata, El Alto. Im Zuge einer Polizei- und Militäroperation wurden zehn Menschen getötet und Dutzende verletzt. Bewaffnete Zivilisten mischten bei den Angriffen kräftig mit und machten kein Hehl aus ihren rassistischen Motiven: Die Angriffe richteten sich vor allem gegen die indigene Bevölkerung und gipfelten in der öffentlichen Verbrennung der *wiphala*, der Fahne der indigenen Völker. Im Internet zirkulierten Angriffe und Beleidigungen gegen indigene Frauen, die für Empörung sorgten. Die indigene Bevölkerung reagierte mit Protesten. In-

terimspräsidentin Añez beeilte sich, wenige Tage nach ihrem Amtsantritt das umstrittene Dekret 4078, das das Militär von jeder strafrechtlichen Verantwortung befreit, auf den Weg zu bringen.

Verbrechen gegen die Menschheit

Die bolivianische Ombudsstelle *Defensoría del Pueblo de Bolivia* stuft die Angriffe auf die Zivilbevölkerung in ihrem Bericht „Staatskrise und Menschenrechtsverletzungen in Bolivien, Oktober-Dezember 2019“ als Verbrechen gegen die Menschheit ein. Ein Jahr nach den von der Übergangsregierung Jeanine Añez begangenen Massakern und dem erzwungenen Rücktritt von Evo Morales sprach *Brasil de Fato* mit Angehörigen der Toten und Verwundeten. Auch ein internationaler Menschenrechtsanwalt wurde um Stellungnahme zu den Gewaltexzessen im November 2019 und der Realität der betroffenen Familien gebeten.

gruppen griffen gemeinsam mit der Polizei die Bevölkerung an. Ein Anwohner hat uns später erzählt, dass die Menschen Angst bekamen. Einige gingen von Tür zu Tür, um die Nachbarschaft zu mobilisieren. Also ging mein Bruder auf die Straße. An der Ecke traf er auf die Polizei. Sie haben ihn aus nur drei Metern Entfernung erschossen.“ In verschiedenen Teilen des Landes kam es darauf zu spontanen Gewaltausbrüchen durch verschiedene Gruppierungen, Angriffen auf Mitglieder der MAS sowie Bränden auf dem Gelände politischer Parteien und sozialer Verbände und in Polizeistationen.

Durch die Berichterstattung in den etablierten Medien und in sozialen Netzwerken wurde der hasserfüllte Diskurs gegen die MAS weiter angeheizt: „Wildgewordene Horden marodieren durch die Straßen und hinterlassen eine Spur der Zerstörung, Plünderung und Gewalt“; „MAS-Abgeordnete und Kandidaten stiften [...] Überfälle auf Busbahnhöfe an“; „Bolivia-



15.11.2019, Sacaba: Polizei und Militär kesseln Demonstrationszug ein

La Paz

„Mein Bruder lebte seit acht Jahren mit seiner Familie in El Pedregal. Von ihm wussten wir schon, dass die Lage sehr ernst war und dass die Polizei sehr brutal auftrat“, erzählt Frida Conde Noguera. Ihr 31-jähriger Bruder Percy Romer Conde Noguera wurde am 11. November von Polizisten erschossen. „Schon am Vormittag ging es los. Bewaffnete Zivilisten-

nische Streitkräfte [...] retten die Menschen, die von Evo Morales' perversen Horden grausam angegriffen und getötet werden“. Dazu Frida Conde: „Sie wollten Verwirrung stiften und es so aussehen lassen, als seien die MAS-Leute für die Plünderungen, die Brandstiftung und das allgemeine Klima der Bedrohung verantwortlich. Aber so war es nicht. Die bewaffneten Zivilisten begannen die Menschen an-

⇒ von Seite 11: EIN JAHR NACH DEN MASSAKERN

zustacheln. Von allein hätte doch niemand einen Grund zu randalieren“, so Conde.

In Los Rosales wurde der 23-jährige Beltrán Paulino Condori Aruni Opfer der Polizeigewalt. An diesem Tag hätten sich schon vorher auffällig viele Polizisten und Paramilitärs in der Gegend aufgehalten, erzählt sein älterer Bruder Plácido A. Aruni. „Die Nachbarn haben alles gefilmt. In den Videos ist deutlich zu erkennen, dass es die Polizei war. Sie haben mit ihren Schüssen seinen ganzen Körper durchbohrt. Aber nicht nur das. Sie haben ihn auch getreten und bespuckt“, erzählt Aruni über den Mord an seinem Bruder. „Ich glaube, sie wollten gezielt die Menschen in den ärmeren Vierteln einschüchtern, die die MAS unterstützen, damit sie nach Evos Rücktritt nicht hinausgehen und demonstrieren. So nach dem Prinzip: Wenn wir heute drei Menschen töten, trauen sie sich morgen nicht mehr heraus, dann haben wir Ruhe vor ihnen.“

Huayllani-Sacaba

In der Stadt El Alto, La Paz, formierten sich Proteste, Demonstrant:innen forderten den Rücktritt von Añez. „Unsere Schwestern und Brüder wurden bei den Demonstrationen buchstäblich überrollt. Der Anblick von so viel Gewalt und Diskriminierung war sehr schmerzhaft. Hier im *Trópico*, einer von der Regierung Añez kriminalisierten Region, haben wir daraufhin beschlossen, einen Protestmarsch zu starten: erst nach Cochabamba und dann nach La Paz“, erinnert sich Hernán Maldonado Rosales, Mitglied der Gewerkschaft *Tamborada 3* aus der Region Trópico. Später sollte er durch eine Kugel sein rechtes Auge verlieren.

Das Massaker von Sacaba ereignete sich am 15. November 2019. Der von Aktivist:innen der Organisation *Seis Federaciones del Trópico de Cochabamba* angeführte Marsch wurde an der Huayllani-Brücke von Polizei und Militär umstellt. „An der Huayllani-Brücke trafen wir auf Polizei, Panzer und Militär. Sie wollten uns nicht durchlassen, wir haben stundenlang gewartet. Es wurde bereits dunkel, also machten wir Druck, damit sie uns passieren lassen, und plötzlich begannen sie, Gas einzusetzen. Wir wurden nur so eingenebelt. Unter uns waren auch Frauen mit Kindern, die versuchten zu entkommen“, erinnert sich Maldonado. „Einige wurden durch das Gas ohnmächtig. Menschen, die

hineingingen, um sie herauszuholen, riskierten, erschossen zu werden. Trotzdem habe ich meinen ganzen Mut zusammengenommen, um die Leute in Sicherheit zu bringen. Etwa fünf Menschen konnte ich retten, aber beim sechsten Anlauf traf mich ein Schuss ins Auge. Ich taumelte rückwärts, die Bullen kamen und traten auf mich ein. Ich verlor das Bewusstsein und wachte erst zwei Tage später wieder auf.“

Senkata

Das Massaker von Senkata, einem Stadtteil von El Alto, war so gewalttätig, dass selbst im Ausland davon Notiz genommen wurde. In Senkata befindet sich ein Gaswerk, das dem staatlichen Unternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* (YPFB) gehört. Jeden Tag versorgt das Gaswerk die Hauptstadt und andere Teile des Landes: Eine Blockade dieses Werks hätte also unmittelbare Auswirkungen auf das Land. „Nach der Verbrennung der *wiphala* und den Demütigungen durch die faschistischen Gruppen in Santa Cruz und Cochabamba sind wir auf die Straße gegangen, um zu protestieren“, berichtet Marley Lazo Choque, Präsidentin der Vereinigung der Opfer, Verletzten, Toten und Inhaftierten von Senkata. Zum Ausdruck der Empörung der Bevölkerung von Senkata über die vom Staat verübte Gewalt wurde das Gaswerk mehrere Tage lang blockiert und nur einige Gastanks durchgelassen.

„Erst gab es Tränengas, und dann fielen die Schüsse“, erinnert sich Lazo. „Die Streitkräfte versuchten, die Blockade gewaltsam zu brechen. Sie behaupteten, dass wir in Senkata versuchen würden, das Gaswerk in die Luft zu jagen, was einen Anschlag auf ihr Leben bedeutet hätte. Wäre das Werk in die Luft geflogen, hätte das aber nicht nur sie getroffen. Wir leben hier, wir haben Kinder, sie gehen hier zur Schule, sie arbeiten hier. Wieso also sollten wir versuchen, den Ort in die Luft zu jagen, an dem unsere Familien leben?“, fragt Lazo, deren Ehemann bei den Polizeiübergriffen schwer am Bein verletzt wurde. „Mein Mann hatte sich aus Empörung den Protesten angeschlossen. Er wurde in der Nähe einer Tankstelle verwundet. Nachdem ihn der erste Schuss getroffen hatte, fiel er hin, sie schossen noch ein zweites Mal, als er schon am Boden lag“, schimpft Lazo. Viele der Toten und Verletzten in Senkata hatten eigentlich nur das Haus verlassen, um zu arbeiten, einzukaufen oder zur Schule zu gehen. Die Polizeiangriffe trafen sie völlig unvorbereitet.

Unabhängige Untersuchungen belegen polizeiliche Massaker

Während der gesamten Dauer der Añez-Regierung hofften die Betroffenen vergebens auf Gerechtigkeit, obwohl mehrere nationale und internationale Organisationen, darunter die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) und die Vereinten Nationen, nach dem Putsch von 2019 die Ereignisse als schwere Menschenrechtsverletzungen anprangerten. Das internationale Human Rights-Programm der Harvard Law School veröffentlichte in Kooperation mit dem Universitätsnetzwerk für Menschenrechte einen Bericht mit dem Titel „Sie haben uns abgeknallt wie Tiere. Der blutige November und die Übergangsregierung in Bolivien“, der im ersten Monat der Regierung Añez „beunruhigende Muster von Menschenrechtsverletzungen“ feststellt. Die Studie enthält die Ergebnisse einer siebenmonatigen unabhängigen Recherche. „Unserer Einschätzung nach haben in Sacaba und Senkata und im südlichen Teil von La Paz Massaker stattgefunden. An allen Orten wurde durch den Staat Gewalt ausgeübt und Menschen von der Polizei getötet“, so der Menschenrechtsanwalt Thomas Becker.

Becker hat an der Studie mitgearbeitet und wurde selbst Zeuge des Massakers von Sacaba. „Ein Teil des Berichts befasst sich mit der Frage, woher genau die Kugeln kamen, wir haben ihre Flugbahn untersucht und die Winkel gemessen, um herauszufinden, wo die Kugeln herkamen. Sämtliche Einschusslöcher befanden sich auf der Seite, wo die Einwohner:innen standen, nicht auf der, wo die Soldaten waren. Alle von uns analysierten Schüsse kamen von der Huayllani-Brücke, wo sich die Soldaten befanden“, erklärt Becker. „Damit steht für uns fest, dass es ein Massaker war“, ein bewaffneter tödlicher Angriff auf unbewaffnete Menschen.

Verschleppte Ermittlungen, fehlerhafte Berichte

Erst kürzlich hatte die bolivianische Ombudsstelle sich kritisch darüber geäußert, dass die Untersuchung der Todesfälle seit letztem Jahr stagniert und die Vorfälle weiterhin ungestraft bleiben. Grund dafür sei die Weigerung von Polizei und Streitkräften, sich zu den Ereignissen zu äußern. „Es gibt eine Menge Beweise, die damals nicht aufgenommen wurden, weil es an politischem Willen, überhaupt an Willen seitens der Staatsan-

waltschaft mangelte. Das hat dazu geführt, dass bereits seit einem Jahr Straflosigkeit bezüglich der Verbrechen herrscht“, so die Leiterin der Ombudsstelle Nadia Cruz bei der Gedenkfeier zum Jahrestag des Massakers von Sacaba.

„Zusammen mit der Ombudsstelle und dem Verband der Staatsanwälte waren wir nun schon drei Institutionen, die das Verteidigungsministerium aufgefordert haben, ihre Informationen preiszugeben“, beschwert sich Anwalt Becker. „Wir wollten Details über die Einsatztruppen, die Kugeln, alles Mögliche. Doch wir bekamen als Antwort nur, das seien vertrauliche Informationen. Aber wie soll man denn einen Fall untersuchen und herausfinden, wer die Verantwortung trägt, wenn die Regierung die entscheidenden Infos für sich behält?“ Ein riesenproblem sei definitiv der mangelnde Aufklärungswille seitens der Polizei, ein weiteres die Ungereimtheiten in den Berichten der eingesetzten Ermittler.

„Als die Untersuchungen in diesem Jahr an liefen, nahm ich die Aussagen meiner Schwägerin, meiner Mutter, meines Onkels und anderer Personen auf und bot sie den Ermittlern an, um bei der Entwicklung des Verfahrens mitzuhelfen, aber der Ermittler tat überhaupt nichts. Also habe ich ihm gesagt, dass ich die Videos erst dann präsentieren werde, wenn die neue Regierung kommt, da es sich um wichtige Aussagen handelt“, so Plácido Aruni aus Los Rosales.

Ein aufwühlendes Jahr für Opfer und Angehörige

Zusätzlich zum unbefriedigenden Verlauf der Ermittlungen habe die Übergangsregierung auch mit Victim-blaming nicht gespart. Alles in allem sei es ein sehr schwieriges Jahr für die Familien gewesen, so die Einschätzung von Anwalt Becker. „Die Regierung behauptete, alle hätten aufeinander geschossen, das Ganze sei ihre eigene Schuld, das seien alles Terroristen, Drogenhändler, wildgewordene Indios und Linksradikale außer Rand und Band“.

„Die Operationen, meine Schmerzen, alles das war eine große Belastung für meine Familie. Ich bin dankbar für die Unterstützung, die mir zuteil wurde. Als ich die Nachricht erhielt, dass ich ein Auge verloren hatte, wollte ich erst gar nicht wieder aufwachen“, erinnert sich Maldonado. „Meine Kameraden, die verletzt wurden, leiden bis heute an den Folgen, sie gehen an Krücken, sind arbeitsunfähig.

Trotzdem: Auch ein Jahr später fordern wir immer noch Gerechtigkeit“.

„Es war ein sehr hartes Jahr für die Familien. Nicht nur, dass ein Verwandter gestorben ist, nein, die Regierung hat ihre Angehörigen getötet und behauptet nun obendrein, das alles sei die Schuld der Opfer“, erklärt Becker. Nach einem Jahr der Verfolgung und Einschüchterung hatte die Übergangsregierung es immerhin geschafft, die Angst soweit zu schüren, dass viele Zeug:innen sich scheuten auszusagen. Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung nach den Wahlen vom 18. Oktober be-

steht nun wieder neue Hoffnung auf Gerechtigkeit, und auch den Zeug:innen fällt die Entscheidung, im Zusammenhang mit den Ereignissen auszusagen, nun viel leichter.

Ermittlungen kommen wieder in Gang

„Die neue Regierung muss den Prozess nun voranbringen. Ich glaube, dass der Kongress dem Antrag auf eine gerichtliche Entscheidung hinsichtlich der Verantwortung von Janine Añez und den beteiligten Ministern entsprochen hat. Aber wie sich der Prozess entwickeln wird, ist zu diesem Zeitpunkt schwer zu sagen“, meint Becker. Der neue Justizminister Iván Lima hatte am 16. November den Besuch von fünf Experten der Interamerikanischen Menschenrechtskommission angekündigt, die die Massaker von Sacaba und Senkata untersuchen sollten. Die Expertengruppe traf am 23. November in Bolivien ein. Dem Interamerikanischen Menschengerichtshof würden sämtliche Unterlagen der bolivianischen Polizei, der Streitkräfte und des Ministeriums zur Feststellung der „intellektuellen und materiellen Urheber“ der Ereignisse zur Verfügung gestellt, betonte der Minister. Sollte es Probleme im bolivianischen Justizprozess geben, könne man immer auf andere Optionen wie den Interamerikanischen Menschengerichtshof oder den Internationalen Strafgerichtshof zurückgreifen. Dazu bestehe die Möglichkeit, dass die Verantwortlichen in den Län-

dern, in die sie geflohen sind, vor Gericht gestellt werden.

„Nach meinen Gesprächen mit Opfern und Angehörigen kann ich sagen, dass die Menschen in Sacaba, in Senkata und auch



Messe für die Opfer des Massakers von Senkata

in der südlichen Zone von La Paz weiterkämpfen werden, und wenn es hier keine Gerechtigkeit gibt, werden sie vor die internationalen Gerichte ziehen“, sagte Becker. „Unser Hauptziel ist unnachgiebig zu bleiben, um Gerechtigkeit zu erlangen“, resümiert die Präsidentin des Verbands der Opfer, Verletzten, Verstorbenen und Inhaftierten von Senkata.

Hoffnung auf Gerechtigkeit

„Für uns Angehörige ist die Hoffnung auf Gerechtigkeit alles, denn kein Geld der Welt kann das Leben meines Bruders aufwiegen, und nichts wird ihn wieder zum Leben erwecken. Er war 31 Jahre alt, er hatte sein ganzes Leben vor sich“, sagt Conde weinend. Nach einem Jahr der Straflosigkeit sind die Wunden und der Schmerz, die die Massaker hinterlassen haben, immer noch im Leben der Familien zu spüren. Doch trotz Erschöpfung und Verzweiflung bleiben die Hoffnung auf Gerechtigkeit und die Liebe zu den Verstorbenen und geben ihnen die Kraft, den Kampf fortzusetzen. „Ehre und Ruhm für die Gefallenen von Senkata und Sacaba“. Die ersten Worte Luis Arces als gewählter Präsident ermutigen sie, diese Hoffnung nicht aufzugeben. ■

Dieser Beitrag wurde am 29.11.2020 auf www.npla.de erstveröffentlicht und ist lizenziert unter Creative Commons; Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

AUTONOMÍA INDÍGENA: EIN SCHWIERIGER PROZESS

Große Hoffnungen verbanden sich mit der Amtsübernahme durch den ersten indigenen Präsidenten im Januar 2006 und der angekündigten „Neugründung Boliviens“ als plurinationalem Staat mit einer „Entkolonisierung“. De jure erfolgte sie mit der neuen Verfassung (CPE – *Constitución Política del Estado*), die im Januar 2009 mit einer Volksabstimmung angenommen wurde. Ihr Artikel 1 führt Autonomien als konstitutives Element des plurinationalen Staates ein: Autonomien der neun Departements, der Regionen, der 112 Provinzen, 342 Gemeinden und „Autonomías Indígenas Originarias Campesinas“ (AIOC).

Von Robert Lessmann

Sie alle sollen jeweils ihre Regierung oder Verwaltung selbst direkt wählen, ihre ökonomischen Ressourcen selbst verwalten, sich ihre eigenen „Gesetze“ und Regeln geben sowie Finanzen und Exekutive selbst kontrollieren. Dies alles natürlich innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens. Mit den AIOC sollen insbesondere die spezifischen Lebensweisen und Organisationsformen der 36 indigenen Völker Boliviens als gleichwertig anerkannt werden, die sich durch Jahrhunderte der Kolonisierung, „Ausrottung des Aberglaubens“, republikanischer Geringschätzung, Diskriminierung, Missachtung und Nivellierungspolitik in unterschiedlicher Intensität – sozusagen als Parallelgesellschaften – erhalten hatten. „Die Rechte der Indigenen werden erst anerkannt, wenn sie aufhören Indigene zu sein“, beschrieb die Soziologin Silvia Rivera Cusicanqui die Vereinheitlichungs- oder Bolivianisierungspolitik nach der Revolution von 1952/53.

Autonomie im politischen Prozess

Erste Schritte zu einer Dezentralisierung und einer Anerkennung des indigenen Charakters Boliviens hatte es bereits im Zuge der neoliberalen Reformen zweiter Generation Mitte der 1990er Jahre gegeben. Durch eine Verfassungsänderung definierte sich Bolivien als „*multiétnico y pluricultural*“. Eine Bildungsreform führte 1994 (theoretisch) zweisprachigen Schulunterricht ein und durch das „*Ley de la Participación Popular*“ vom Mai 1994 bekamen 342 Gemeinden erstmals den Status einer eigenständigen juristischen Person mit eigenem Budget und Kompetenzen. Das hatte unerwartet weitreichende Folgen, denn so wurde der Weg geebnet zum Aufstieg der MAS.

Bei den ersten Bürgermeisterwahlen unter dem neuen Gesetz im Januar 1996 fielen alle *alcaldías* und *subalcaldías* im Kokaanbaugebiet des Chapare an *dirigentes* der Kokabauern-Gewerkschaften. Damals kandidierten sie noch auf der Liste der kleinen Splitterpartei *Izquierda Unida* (IU). Bei den Parlamentswahlen 1997 holte die IU insgesamt vier Direktmandate, alle durch *dirigentes* der *sindicatos* aus dem Chapare, darunter Evo Morales, der mit 69 Prozent das landesweit am besten unterstützte Direktmandat gewann. Man empfand diese Kandidaturen auf einer fremden Liste freilich als unbefriedigend und so erfolgte 1999 die Registrierung eines eigenen *instrumento político*, der MAS/IPSP (*Movimiento al Socialismo/ Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos*). Spitzenkandidat Morales landete bei den Parlamentswahlen 2002 mit 21 Prozent auf Anhieb nur ganz knapp hinter „Goni“ Sánchez de Lozada in der Stichwahl um das Präsidentenamt. Der Rest dürfte bekannt sein.

Die Dezentralisierungsdebatte wurde während dieser Zeit im linksliberalen Milieu weiter geführt, von den neoliberalen Regierungen jedoch blockiert, weil sie einen weiteren Machtverlust fürchteten. Mit dem Erdrutschsieg der MAS bei den Wahlen vom Dezember 2005 änderte sich das. Noch deutlicher als die 54 Prozent für die MAS war der Abgang der Altparteien, von denen es nur das traditionsreiche MNR noch über die Dreiprozenthürde schaffte. Das Thema Autonomie wurde nun zum zentralen Streitthema innerhalb und außerhalb der seit 6. August 2006 tagenden Verfassungsgebenden Versammlung. Für die alten Eliten und die parteipolitisch heimatlos gewordene politische Rechte wurden die Autonomiebestrebungen der Tieflanddepartements zum Banner,

hinter dem sie sich versammelten. Mit ihren Erdöl- und Erdgasvorkommen hatten sich insbesondere Santa Cruz und Tarija zu neuen wirtschaftlichen Gravitationszentren Boliviens entwickelt. Die dortigen Eliten verstanden sich als dynamisches Herz des Aufschwungs, wollten mehr vom Kuchen der Exporterlöse behalten und wandten sich gegen Indigenismus und „politischen Radikalismus“ des Hochlands. Ihre Autonomie- und Separationsbestrebungen radikalisierten sich bis zu dem Punkt, wo man entgegen der noch immer gültigen alten Verfassung Autonomiestatuten erarbeitete und darüber abstimmen ließ. Das alles gipfelte im gescheiterten Zivilputsch vom September 2008.

Projekt Latautonomy¹

In Reaktion darauf war das Thema Autonomie für die MAS in dieser Zeit insgesamt tabu, obwohl der Vizepräsident und Soziologe Álvaro García Linera selbst zum Thema indigener Autonomien gearbeitet hatte. Bei meinem Besuch im Präsidentenpalast (er fungierte in diesen Tagen in Abwesenheit von Evo Morales als Staatsoberhaupt) zeigte sich Álvaro García im Jahr 2010 angetan von unseren *Latautonomy*-Forschungsergebnissen und dem Vorschlag, eine Serie von Seminaren und Workshops zum Thema *autonomía indígena* auch mit indigenen Experten aus anderen Ländern im ganzen Land zu organisieren, um einen indigenen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Unter der Leitung von Leo Gabriel hatte ein Konsortium von Instituten und Indígena-Organisationen zwischen 2001 und 2005 in zwölf Regionen von acht Ländern (sechs davon aus Lateinamerika) Modelle multikultureller Autonomie (nicht alle waren rein indigen) im Hinblick auf Nachhaltigkeit untersucht. Gesponsert wurde die Arbeit von der Europäischen Union. Mit dabei waren führende Experten aus Lateinamerika und Indígena-Aktivistinnen sowie unter anderem die LAA-Autoren Georg Grünberg und René Kuppe. Unser Counterpart in Bolivien war damals Oscar Coca, der dann ab 2006 insgesamt viermal Minister unter Morales war.

Mit Präsident Morales selbst hatten wir bereits während seines Wien-Aufenthalts im März 2009 über unseren Vorschlag gesprochen. Erarbeitet wurde im Latauto-

Foto: Robert Lessmann



Carlos Romero, Minister für Autonomie der MAS-Regierung

nomy-Projekt ein Strukturkonzept von Autonomie, das nicht Modell sein wollte, sondern „ein Vorschlag Lateinamerikas für andere Weltregionen“, wie Leo Gabriel das ausdrückte – oder auch für andere Regionen oder Länder in Lateinamerika.

Álvaro García verwies mich unmittelbar anschließend an seine Mitarbeiter in der Vicepresidencia weiter, um Details zu besprechen. Doch schon bei einem Gespräch mit dem damals zuständigen Minister für Autonomien, Carlos Romero, zeigte sich dieser wenige Tage später nur mäßig sachkundig und enthusiastisch. Auf einen *letter of intent* der bolivianischen Regierung, mit dem wir bei unseren Regierungen oder der EU um Finanzierung hätten ansuchen können, warteten wir vergeblich. Stattdessen wurde das Projektvorhaben von der GTZ gekapert, bei der wir uns auch um Finanzierung bemüht hatten. Mit dieser zusammen organisierte die bolivianische Regierung dann ein Seminar mit internationalen Experten zum Thema. Darunter war kein einziger Indigener. Dafür brachte die GTZ die Finanzierung gleich mit.

Schwierige Umsetzung indigener Autonomie

In dieser Zeit entdeckte die MAS das Thema der *autonomía indígena* wieder. Mit den zunehmenden Spannungen und

dem Zivilputsch vom September 2008 als Höhepunkt war klar geworden, dass man die Departementsautonomien in der neuen Verfassung nicht würde abwenden können. Gewissermaßen als Korrektiv führte man nun kurz vor Torschluss Autonomien auch auf unteren Verwaltungsebenen ein – nicht zuletzt die AIOC.

Ob es mit der Latautonomy-Expertise besser gegangen wäre, lässt sich nicht sagen. Jedenfalls hatten wir den Eindruck, dass das Thema – auch angesichts der vielen anderen brennenden Probleme – weder mit Priorität noch mit einem schlüssigen Konzept zur Implementierung angegangen wurde. Bis zur

Verabschiedung eines Rahmengesetzes (*Ley 031 Marco de Autonomías y Decentralización* im Juli 2010) dauerte es einhalb Jahre. Seither haben nur elf Gemeinschaften diesen Weg eingeschlagen und lediglich drei haben ihn erfolgreich abgeschlossen. Jonathan Alderman und Alexandra Tomaselli, die Autoren einer im Oktober 2020 vorgelegten Studie² dazu, sehen darin „...den Höhepunkt von hunderten von Jahren des Kampfes der indigenen Völker Boliviens gegen koloniale und quasi-koloniale Regierungen und des Kampfes ländlicher Organisationen gegen das assimilationistische Modell der Beziehungen zwischen dem bolivianischen Staat und seinen indigenen Völkern, das nach der Revolution von 1952/53 nochmals bekräftigt wurde“. Einen Erfolg in der Umsetzung sehen sie dagegen nicht, und die Gründe dafür sind vielfältig.

Das in Betracht stehende „Land der Vorväter“ muss eine Mindestbevölkerung aufweisen. Kleinere Gruppen, wie die *Yupquis*, scheiden dadurch aus. Mehr noch: Im amazonischen Tiefland weisen 58,2 Prozent der fraglichen Territorien „territoriale Diskontinuitäten“ auf, was nicht weiter verwundert in einem Land, wo mitunter selbst Grenzziehungen zwischen Provinzen und Departements umstritten sind. Es gibt unterschiedliche Interessen. Die Territorien sind heute auch von nicht-indige-

nen Siedlern bewohnt. Letztlich ist aber ein Konsens erforderlich: Die Statuten müssen mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Schließlich ist indigenes Selbstverständnis an sich auch von politischen Konjunkturen abhängig. Im Zensus von 2012 verstanden sich 41 Prozent der Bevölkerung als indigen; 2001 waren es noch 62 Prozent gewesen.

Exemplarisch zeigten sich die Probleme im ersten Autonomiegebiet von Charagua im Departement Santa Cruz. Dort gibt es auf dem 74.000 Quadratkilometer großen Gebiet neben reichen Rohstoffvorkommen 32.164 Einwohner, darunter vier *Guaraní capitánías*, zwei städtische Zentren, Bolivianer:innen europäischer Abstammung, sowie Quechua- und Aymara-Siedler, die aus dem Hochland zugezogen sind. Die Guaranies (63,1 Prozent) stimmten für das Autonomiestatut, der Rest mehrheitlich dagegen. Und während die Guaranies sonst bei Wahlen meist gegen die MAS votierten, ermöglichten sie den ersten Erfolg beim Projekt der AIOC. Die Interessenunterschiede in Charagua bewirkten auch, dass der Autonomierat zwar im April/Mai 2010 gewählt wurde, aber erst im November zusammentrat. Die Guaranies sehen im AIOC eine Ausweitung ihres Konsensmodells der indigenen Entscheidungsfindung, die Europäischstämmigen bevorzugen ein repräsentatives Modell.

Ähnliche Erfahrungen gab es in Charazani, das mit seiner Quechua-Mehrheitsbevölkerung auf 3.200 Metern im Hochland östlich des Titicacasees liegt und für seine Heiler- und Schamanenkultur, die *Kallawayas*, bekannt ist, die im Jahr 2003 von der UNESCO zum immateriellen Weltkulturerbe erklärt wurde. Hier gab es interessanterweise auch Interessenkonflikte zwischen alteingesessenen Indígenas und den Jungen, die häufig in die 250 Kilometer entfernte Metropole La Paz/El Alto pendeln.

Schließlich und endlich handelt es sich um einen komplexen Prozess mit hohen bürokratischen Hürden. Im ersten Schritt muss die betreffende Gemeinschaft ein entsprechendes Referendum durchführen, ob sie Autonomie anstrebt, und sodann einen Autonomierat wählen, der drittens ein Autonomiestatut entwirft und verabschiedet. Dieses muss – viertens – vom Verfassungsgerichtshof abgesegnet werden; sieben Anträge wurden dort wegen Fristüberschreitung oder fehlender Dokumentation zurückgewiesen. Bis zu einer

⇒ von Seite 15: INDIGENE AUTONOMIE

Gesetzesreform im Jahr 2019 war fünftens ein abermaliges Referendum zur Annahme des Autonomiestatus nötig.

All dies war von den Gemeinschaften selbst zu organisieren und zu finanzieren, wozu auch die Mithilfe der aktuellen Verwaltung, zum Beispiel der Bürgermeister, notwendig war, die ihre Position in Gefahr sahen. Alderman und Tomaselli sprechen zudem von einem abnehmenden Interesse und seit 2012 explizit von einem „feindseligen Verhalten“ der Zentralregierung den AIOCs gegenüber, verbunden mit einem Rückgang der Ressourcen, weshalb auch das Interesse der internationalen Gemeinschaft, solche Prozesse zu fördern, abgenommen habe.



Foto: Robert Lessmann

Indigene vom Jäger-, Sammler- und Fischervolk der Yuquis im Chapare

Ein Autonomieminister warf wegen des geringen Interesses seiner Regierung am Thema das Handtuch und im Jahr 2017 wurde das Autonomieministerium zugunsten eines Vizeministeriums im *Ministerio de la Presidencia* abgeschafft. Man kann nur hoffen, dass im indigensten Land Lateinamerikas das beispielhafte Vorhaben der landesweiten Einführung indigener Autonomien in der neuen Regierung wieder auf politischen Willen trifft und erneut Fahrt aufnimmt. Klar ist aber auch, dass es sich dabei um schwierige Prozesse handelt und langer Atem notwendig ist. ■

¹ vgl. www.latautonomy.com

² Alderman/Tomaselli: „*Indigenous Originary Peasant Autonomy in Bolivia*“, Oct. 2020

BOLIVIENS ERDGASBOOM

Der Autor des Buches „*Bolivia in the Age of Gas*“ (Duke University Press, 2021) zieht eine positive Bilanz der durch die Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung finanzierten Umverteilungspolitik der Regierung Morales.

Von Bret Gustafson

Zwischen 2005 und 2017 hatten die Förderung und der Export von Erdgas in Bolivien Hochkonjunktur. Die sich als sozialistisch und nationalistisch verstehende Regierung von Evo Morales, dem ersten indigenen Präsidenten des Landes, hatte die Verträge mit ausländischen Unternehmen neu ausgehandelt und dem Staat einen größeren Anteil gesichert. Auch wenn Morales das als „Nationalisierung“ bezeichnete, war es nicht besonders radikal. Dennoch waren die gestiegenen Preise von Öl und Gas sowohl für die Regierung als auch für die Konzerne sehr einträglich.

Zwar sind genaue Zahlen Mangelware, doch nahmen die staatlichen und multinationalen Firmen aus ihrer Tätigkeit in Bolivien zwischen 2007 und 2017 etwa 15 Mrd. US\$ an Profiten ein, wovon die bolivianische YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*, wurde 2006 unter Morales wieder zur vollwertig staatlichen Öl- und Gas-Gesellschaft) und ihre Subfirmen 42 und die privaten Multis 58 Prozent erhielten. Die bolivianische Regierung sowie die Regierungen der Departements erzielten in dieser Periode annähernd 22 Mrd. US\$ an Einnahmen durch Steuern und Lizenzgebühren. Das ist für bolivianische Verhältnisse viel und sicherte dem Land in dieser Dekade einen Spitzenplatz in Sachen Wachstum.

Wie Ökonomen wissen, kann die Verwendung von in Boomphasen erzielten Überschüssen negative Folgen haben und oft, wie in Boliviens jüngerer Vergangenheit, eher zu Stagnation als zu Wachstum führen. Bolivien ist jedoch mit dem Boom relativ gut umgegangen. Armut und Ungleichheit nahmen ab, denn die Regierung konnte mehr umverteilen. Sie investierte enorme Beträge aus dem Gasgeschäft in öffentliche Bauarbeiten, Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, direkte Geldtransfers,

monumentale Stadien und verschiedene Formen von Subventionen.

Nimmt man die relative Stabilität und seine wiederholte Wahl zum Maßstab, gelang es Morales, zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen zu vermitteln, von den Kapitalisten in Boliviens Osten über die städtischen Aymara- und Quechua-Kaufleute, die Kokabauern bis zu etlichen anderen, die materiell und psychisch von diesen Überschüssen abhängig geworden waren.

Doch nicht alles war in den 14 Regierungsjahren von Evo Morales positiv. Im Lauf seiner letzten Periode, die im November 2019 mit massiven sozialen Protesten und einem Militärputsch endete, war er zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert. Seine Probleme waren sowohl politisch-ökonomischer als auch kultureller Natur. Erstere wurzelten vor allem in den schwindenden Gasreserven und sinkenden Gaspreisen. Letztere hatten sowohl mit eigenen Fehlritten als auch einer konzentrierten rechten Kampagne zur Zerstörung seiner Popularität zu tun. Als 2014 die Preise zu sinken begannen, bei gleichzeitiger Unsicherheit über den brasilianischen und argentinischen Markt, begannen Kritiker und Oppositionsparteien, die sich den Sturz von Morales erhofften, mehr und mehr über verschwenderische Ausgaben zu reden. Die Regierung nahm verstärkt Kredite auf und setzte finanzielle Anreize für die ausländischen Gas- und Ölfirmen. Sie erhoffte sich Investitionen und die Erschließung neuer Lagerstätten.

Um Morales eine vierte Amtszeit zu erlauben, setzte die MAS für den 21. Februar 2016 ein Referendum an, das eine dem entgegenstehende Verfassungsbestimmung aufheben sollte. Vor diesem Referendum setzte die Opposition auf eine einzige Strategie: das Charisma von Morales durch eine Politik der Gefühle zu zerstören. Dazu wurde die Sensationsgeschichte von einer Ex-Geliebten des Präsidenten und einem angeblich gestorbenen gemeinsamen Kind in den Medien lanciert; wie sich später herausstellte, hat es dieses Kind nie gegeben. Zusätzlich wurde in den sozialen Medien mit Hilfe manipulierter Bilder der Vorwurf der Wahlmanipulation durch die Regierung erhoben. Der Vorwurf war zwar falsch, doch letztlich verlor Morales das Referendum mit einem Abstand von 1,5%.

Foto: Robert Lessmann



Gemeinsam mit der Firma Doppelmayr errichtete die MAS-Regierung in La Paz das mit über 30 km weltweit dichteste Seilbahnnetz für den öffentlichen Nahverkehr.

Obwohl (oder weil) die Rechte es nicht schaffte, Wahlen zu gewinnen, setzte sie alles daran, Evo (und die Wahrheit) durch gefälschte Informationen und die Macht der sozialen Medien zu zerstören. Das sollte der Welt eine Lehre sein: Die Taktiken der bolivianischen Rechten haben sich von jenen der Unterstützer:innen Trumps in den USA nicht wesentlich unterschieden. Im November 2019 schaffte sie es schließlich durch soziale Medien und Straßenproteste, Morales zu stürzen, obwohl sie die Wahlen wieder verloren hatte.

Beim Rückblick auf die Amtszeit von Evo Morales ist es wichtig, sich nicht durch Fake news und Geschichten über moralische Verfehlungen ablenken zu lassen. Es lohnt sich, den Gasboom unabhängig davon zu betrachten, ob Morales als Held oder als moralisch fehlerhafte Figur gesehen wird. Es wurde ein wirkliches Umverteilungsprojekt umgesetzt. Seine Regierung war dabei jedenfalls erfolgreicher als vorhergehende Regierungen, Überschüsse zu erzielen und zu verteilen. Skeptiker führen das auf den damals hohen Gaspreis zurück. Doch es lohnt, sich zu erinnern, dass die Bilanz von Kapitalismus und freiem Markt in Bolivien in Sachen Senkung der Armut sehr schlecht ist. Die MAS war hier viel erfolgreicher. Wenn auch alles andere als revolutionär, bewahrte sie sich zumindest ein wenig Souveränität gegenüber jenen Instanzen, die in den 90er Jahren über den wirtschaftlichen Abstieg des Landes gewacht hatten.

Bolivianische Behörden erinnerten den IWF, der die Finanzen des Landes noch

immer Jahr für Jahr „prüft“: „Die Befolgung der IWF-Bedingungen zwischen 1985 und 2005 hat Boliviens Wirtschaftsprobleme nicht gelöst, die in Defiziten, erheblichen Verlusten von Währungsreserven, hoher Auslandsverschuldung und großer finanzieller Abhängigkeit zum Ausdruck kamen. Im Gegenteil, seit 2006 hat Bolivien seine Wirtschaftspolitik souverän umgesetzt und wird keinem IWF-Rezept folgen.“ (Artikel IV-Konsultation 2017, IWF Länderbericht 17/395)

In Boliviens Politik kam ein starkes Engagement für die Umverteilung des Gasbedingten Reichtums zum Ausdruck, worin sich historische Erfahrung ebenso spiegelt wie die Ablehnung neoliberaler Politik. Durch eine lange kämpferische Geschichte hat sich das kollektive Bewusstsein herausgebildet, Anspruch auf einen gerechten Anteil an den natürlichen Reichtümern des Landes zu haben. Während das Dilemma, für diese Politik der Umverteilung auf extraktive Industrien angewiesen zu sein, weiterhin ungeklärt ist, ist anstelle des Mythos, dass Entwicklung allen Vorteile bringe, eine neue Politik der Umverteilung zugunsten der Armen nötig, ein „Kampf darüber, wer Zugang zu Wohlstand und Einkommen haben soll“¹. Das kann Transferzahlungen bedeuten, aber auch kollektive Einschränkungen für Wohlhabende, Umverteilung von Eigentum, höhere Steuern usw. Worüber die Bolivianer:innen verfügen und was der Neoliberalismus nicht zerstören konnte, ist ein starkes Verständnis dessen, was ihr

„gerechter Anteil“ ist, und sie sind entschlossen, dafür zu kämpfen.

Wie gut Morales und die MAS den Gasboom auch verwaltet haben, hat er Boliviens Probleme nicht gelöst. Angesichts bestehender und neuer Schulden und der Abhängigkeit von Investitionskapital, ist Boliviens finanzielle Souveränität nach wie vor höchst beschränkt. Linke Kritiker argumentieren, Bolivien sei stärker denn je von ausländischem (fossilem) Kapital abhängig. Carlos Arze Vargas, Ökonom am Forschungszentrum CEDLA, zeigte auf, dass ausländische Unternehmen weiterhin mehr Reserven und Produktion kontrollieren als die Regierung. Die Abhängigkeit des Budgets von den Einnahmen aus Kohlenwasserstoffen hat seit 2010 sogar zugenommen, trotz der Aussagen der MAS und von Evo über wirtschaftliche Diversifizierung. Bolivien hat die Abhängigkeit von ausländischem Kapital nicht überwunden.

Aber Progressive und Linke, die nach einer Alternative zum neoliberalen Extraktivismus suchen, könnten schlimmere Beispiele finden als das von Bolivien und des individuellen Charakters von Evo Morales. In einer Welt, die progressiven sozialen Wandel nicht begünstigt, hat es Bolivien geschafft, sowohl seine fragile Demokratie zu bewahren, als auch kleine und doch bedeutende Änderungen seiner von Rassismus und wirtschaftlicher Ungleichheit geprägten Strukturen zu erreichen. Keine Kleinigkeit. ■

Der Autor lehrt an der Washington University in St Louis, USA. Übersetzung aus dem Englischen und Kürzung: Hermann Klosius

¹ Li, Tania Murray. 2017. „After Development: Surplus Population and the Politics of Entitlement“. *Development and Change* 48(6):1247-61.

„Zum überzeugenden Triumph der MAS, von Luis Arce und David Choquehuanca kann man nur sagen: „Das Volk ergibt sich nicht! Wie beim berühmten Schrei des Túpac Catari ist es zurückgekehrt ... und es sind Millionen!“

Hugo Cabieses Cubas (*Perú*) in: *América Latina en Movimiento*, 23.10.2020. (Übersetzung aus dem Spanischen Robert Lessmann)

EIN SIEG FÜR BOLIVIENS INDIGENE JUSTIZ

Von René Kuppe

Die Verfassung Kolumbiens aus 1991 anerkannte das Recht der Autoritäten indigener Völker, Rechtsprechung in Einklang mit eigenen Normen und Verfahren auszuüben. Eine Anerkennung dieser Art war staatspolitisch unwälzend: Wird doch vom Monopol des Staates abgegangen, durch Gerichtsbarkeit die öffentliche Ordnung zu kontrollieren; stattdessen wird offiziell ein Pluralismus nebeneinander bestehender Normordnungen anerkannt. Auch praktisch gesehen stellt die Anerkennung der indigenen Rechtsprechung eine Herausforderung dar: Die Verfassung Kolumbiens überlässt die Abstimmung der indigenen Rechtsprechung mit der staatlichen – „ordentlichen“ – Gerichtsbarkeit einem eigens zu erlassenden Koordinierungsgesetz. Kolumbien blieb nicht allein, diesen Weg zum Rechtspluralismus zu beschreiten:

Auch Peru, Bolivien, Ecuador und Venezuela anerkannten bis zum Jahr 2000 in fast gleichlautenden Bestimmungen die Rechtsprechung indigener Autoritäten, doch vielfach wurden rechtsprechende indigene Autoritäten wegen angeblicher Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung oder Erpressung strafverfolgt. Staatliche Organe argumentierten, dass vorgesehene Koordinierungsgesetze noch nicht erlassen wurden und daher indigene Justiz nicht legitim ausgeübt werden könne. In der Praxis beschränkte sich die indigene Rechtsprechung vielfach auf Bestrafung der sprichwörtlichen „Hühnerdiebe“.

Neue Impulse erhielt das Thema im verfassungsgebenden Prozess Boliviens. Eine umstrittene Forderung der sozialen Bewegungen, die diesen Prozess prägten, fand ausdrücklich Eingang in die Verfassung von 2009, nämlich dass indigene und ordentliche Rechtsprechung auf gleicher hierarchischer Ebene liegen. Diese Anerkennung ist Ausdruck der Logik des neu geschaffenen „Plurinationalen Staates“ Bolivien: Im Gegensatz zum liberalen Multikulturalismus, wo Indigene im Rahmen kultureller „Nischen“ am liberalen Mainstream teilhaben sollen, beansprucht der plurinationale Staat eine pluralistische Umgestaltung seiner gesamten Institutionalität.

Plakativer Fall zur weiteren Entwicklung des „Neuen“ Bolivien ist die Ausweisung des Bergbauunternehmers

Oscar Bellota aus der Aymara-Gemeinschaft *Zongo*, die sich im Departement La Paz, in einer ökologischen Übergangszone vom Bergland in die tropischen Niederungen des Nordostens, befindet. Das *ayllu Sunqo* geht auf einen vorhispanischen Lokalverband zurück, mit langer Tradition anticolonialen Widerstands. Im Zuge der Agrarreform 1952 wurde das *ayllu* durch eine syndikalistische Organisationsform überlagert, die *Central Agraria de Zongo* (CAZ).



Zongo-Autoritäten

1975 kam kam Bellota in die *Zongo*-Gemeinde Cahua Grande, gründete die Bergbaufirma *Mauricio Alexander* und begann mit dem Abbau des Minerals Scheelit (Tungstein). Durch Versprechen von Arbeitsplätzen und sozialer Wohlfahrt wurde er zunächst gerne akzeptiert und konnte sich immer mehr Land billig aneignen; durch Übernahme einer kommunalen Funktion wurde er sogar Gemeindeglied. Die Anwesenheit Bellotas verwandelte sich jedoch in einen Albtraum: Arbeitsrechtsverletzungen und Misshandlung der Minenarbeiter standen bald auf der Tagesordnung. Die vielfältigen landwirtschaftlichen Aktivitäten – unter anderem Kokaanbau – wurden durch Erweiterung der Mine und Umweltverschmutzung immer mehr eingeschränkt, aufkommende Kritik mit Drohungen und Einschüchterung unterdrückt.

Doch das Inkrafttreten der neuen Verfassung gab den *comuneros* Mut: In einer außerordentlichen Versammlung der CAZ wurde Bellota, gestützt auf kommunales

Recht, 2010 aus der Gemeinschaft ausgestoßen, mit drei Peitschenhieben bestraft und die kommunale Enteignung der Mine ausgesprochen. Bellota reagierte mit Drohungen und stellte den traditionellen Autoritäten Strafanzeigen in Aussicht. 2012 wurden drei führende Funktionäre des Syndikats verhaftet und in der Folge in La Paz in Untersuchungshaft genommen. Gegen etwa 30 weitere Autoritäten der Gemeinschaft gab es Haftbefehle.

Die sich in der Folge abspielenden Ereignisse werfen ein ernüchterndes Bild auf die Realität im „Plurinationalen Bolivien“. Die Strafverteidiger versuchten zunächst die Freilassung der Häftlinge über das staatliche Verfahrensrecht zu erreichen. Erst eine von Zongo eingesetzte „Rechtshilfekommission“ aus traditionellen Autoritäten entwickelte die Strategie, auf Unzuständigkeit des staatlichen Strafgerichts zu plädieren. Nach einem paradoxen Verfahren – die Eingabe beim bolivianischen Verfassungsgericht wurde wegen fehlender anwaltlicher Zeichnung zunächst verweigert – anerkannte 2014 schließlich ein Urteil, gestützt auf die Verfassung, die alleinige Zuständigkeit der Autoritäten von Zongo für diesen Fall (Sentencia 0874/2014). Danach weigerte sich Untersuchungsrichter Morales Díaz, die in Haft befindlichen Autoritäten freizulassen, da er „für den Fall nicht mehr zuständig sei“ (!).

Ihre endliche Freilassung nach zwei Jahren Gefängnis war schließlich nur ein Etappensieg für die *comuneros*. Nach wie vor wurden sie von Bellota bedroht und rechtlich angegriffen. Er berief sich auf seine „gültige“ staatliche Bergbaukonzession und wandte sich per Verfassungsbeschwerde gegen die Autoritäten von Zongo an das Kreisgericht von La Paz. In einem neuerlichen bahnbrechenden Urteil hat dieses Gericht (*Resolución Constitucional* 117/2020) im September 2020 diese Beschwerde abgewiesen und nicht nur die Ausweisung Bellotas durch die indigene Justiz bekräftigt, sondern bestätigt, dass alle Staatsorgane an der Durchsetzung der indigenen Entscheidung mitzuwirken haben und die Autoritäten von Zongo zu Recht die Konzession des Bergbauministeriums für nichtig erklärt haben. ■

Nähere Einblick in die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung eines plurinationalen Staates am Beispiel Zongo unter: <https://www.youtube.com/watch?v=C-HE1TN2dzI&t=304s>

TRINKWASSERPOLITIK VERSCHÄRFT SOZIALE UNGERECHTIGKEIT

Der Wasserkrieg von Cochabamba leitete im Jahr 2000 den Anfang vom Ende des Neoliberalismus in Bolivien ein. Zum ersten Mal seit eineinhalb Jahrzehnten erlebten die sozialen Bewegungen wieder, dass sie erfolgreich sein können. Auf Druck einer *junta del agua* musste die Privatisierung des Trinkwassers der Stadt zurückgenommen werden. In der neuen Verfassung von 2009 ist sie explizit verboten. Doch verbessert hat sich die Wasserversorgung nicht.

Von: Steffen Heinzelmann

In Cochabamba, der viertgrößten Stadt Boliviens, war und ist Wasser immer auch ein politisches Thema. Lange galt Cochabamba als „Stadt des ewigen Frühlings“ inmitten der Kornkammer Boliviens. Doch inzwischen herrscht hier jedes Jahr monatelang Trockenheit. Da immer mehr Menschen in die Großstadt ziehen, ist Trinkwasser für viele knapp und teuer. Vor zwanzig Jahren entbrannte hier sogar die *Guerra del Agua*, der Krieg um das Wasser.

Eklatante Unterschiede innerhalb derselben Stadt

Es ist ein kostbares Gut, das Juan aus einem Rohr in den riesigen Tank seines Lastwagens rauschen lässt: Wasser. Sein Laster steht in einer langen Reihe mit anderen *cisternas*, dicht an dicht im Norden der Stadt Cochabamba. Hier gibt es grüne Parks mit blühenden Bäumen, hier sprudelt noch Wasser aus Quellen und Leitungen, und hier kann Juan es kaufen und damit den Tank seines Lastwagens füllen. Wenn der Tank voll ist, fährt er ganz ans andere Ende der Stadt in die Zona Sur, um seine Fracht zu verkaufen. Denn im Süden Cochabambas herrscht Wassermangel, die Leitungen der städtischen Wasserversorgung SEMAPA reichen nicht bis dorthin, wo die Stadt besonders schnell wächst. Das Wasser spiegelt die sozialen Unterschiede Cochabambas, der Großstadt im Herzen Boliviens, wider: Im wohlhabenden Norden sprudelt es aus dem Boden, im ärmeren Süden sitzen die Menschen meistens auf dem Trockenen.



Szene aus dem „Wasserkrieg“ 2000: Das Wasser gehört uns, verdammt!

Wasser aus dem Brunnen reicht nicht

Vor mehr als zwanzig Jahren ist María Eugenia Flores mit ihrer Familie nach Cochabamba gezogen, wegen der Trockenheit in ihrem Dorf. Während sie davon erzählt, sitzt sie im Parque La Torre im Stadtzentrum, und hier blühen lilafarben die *Jacarandas*, es gibt einen Springbrunnen, und in den Häusern am Platz bewässern die Bewohner:innen ihre großen Gärten. Für sie sei Wasser direkt aus dem Wasserhahn und das 24 Stunden lang jeden Tag wie ein schöner Traum, sagt María. „An dem Brunnen in meiner Nachbarschaft bekomme ich nur einmal pro Woche für eine Stunde Wasser. Das reicht einfach nicht. Bei mir in der Zona Sur leben die Menschen sehr dicht nebeneinander, in einem Haus leben hier oft drei, vier Familien. Da reicht so wenig Wasser nicht, und wir müssen auf anderem Weg an Wasser kommen: zum Beispiel indem wir es von den Wasserlastern kaufen.“

Der Handel mit Wasser: ein lukratives Geschäft

Bei María Eugenia Flores ein paar Kilometer weiter im kargen Süden der Stadt fehlen eine Kanalisation für Abwasser und Leitungen für Trinkwasser. Für Wasser müssen sie und ihre Nachbar:innen deshalb sogar viel mehr bezahlen als die Menschen

im Zentrum und im Norden der Stadt. Der Preis steht mit Farbe auf die Tanks der Wasserlaster gesprüht: 7 Bolivianos für ein Fass. Das sind mehr als 85 Eurocent für 200 Liter, zehnmal so viel, wie das städtische Leitungswasser kostet. Für die Händler mit den Tankwagen und vor allem die Verkäufer:innen im Norden ist Wasser ein sehr gutes Geschäft. „Das ist soziale Benachteiligung. Wir können es sogar Rassismus nennen, denn bei uns in der Zona Sur leben vor allem indigene Menschen“, erklärt María. „Der Staat und die Stadt räumen den Vierteln im Stadtzentrum Vorrang ein, weil sie sagen, dass dort die Menschen Steuern zahlen. Das tun wir in den ärmeren Vierteln aber auch. Aber das sind die rassistischen Reden hier, wenn die Leute sagen: Die Armen zahlen sowieso keine Steuern. Oder: Was brauchen die Armen Wasser, die waschen sich sowieso nicht.“ María ist wütend über diese Benachteiligung. Auch deshalb ist sie vor 20 Jahren bei der Selbstorganisation und den Protesten für Wasser dabei gewesen: Anfang 2000 privatisierte die Regierung Boliviens auf Druck der Weltbank die Wasserversorgung in Cochabamba. Ein internationales Konsortium um den US-Konzern *Bechtel* übernahm und verdreifachte innerhalb kurzer Zeit den Wasserpreis. Die Menschen wehrten sich mit heftigen Protesten und einem Generalstreik, die Regie-

⇒ von Seite 19: TRINKWASSERPOLITIK IN COCHABAMBA

Die Regierung verhängte das Kriegerrecht und schoss scharf. Sechs Menschen wurden bei den Auseinandersetzungen getötet, fast 200 verletzt. Nach vier Monaten des Aufstands, im April 2000, nahm Boliviens Regierung die Privatisierung zurück. Der Konflikt hat die Stadt geprägt.

„Wasser ist ein Allgemeingut“

Oscar Olivera ist so etwas wie ein Held dieses Wasserkriegs vor zwanzig Jahren. Als Gewerkschaftsführer und Aktivist stand er damals in der ersten Reihe der Proteste gegen die Privatisierung. Heute wolle er gar nicht mehr darüber reden, so Olivera in einem Gespräch an seinem Arbeitsplatz, der Gärtnerei *Planta y Flores* weit im Westen Cochabambas. Dann tut er es aber doch: „Die Menschen erklärten: Das Wasser ist keine Ware, sondern ein Allgemeingut. Und die Verantwortung dafür soll bei den Menschen liegen. Mit Verantwortung meinen sie nicht Eigentum, sondern die Verwaltung, die Entscheidungen über die Verwendung des Wassers. Darum haben sie wirklich im Wasserkrieg gekämpft, es ging um mehr als um die Tarife der städtischen Wasserversorgung SEMAPA.“ Aber trotz des Aufstands habe sich die Situation nicht wirklich verbessert, so Oscar weiter. Vor 20 Jahren habe etwa die Hälfte der Menschen in Cochabamba einen Anschluss an die Wasserversorgung gehabt; seitdem ist die Stadt kontinuierlich auf fast eine Million Einwohner:innen gewachsen, und mittlerweile sei es sogar deutlich weniger als die Hälfte, die einen Wasseranschluss hat. Als Grund dafür nennt er vor allem die schlechte Verwaltung: Der Staat habe den Menschen die Möglichkeit genommen, ihr Wasser selbst zu verteilen.

„Die Menschen müssen sich organisieren“

Oscar Olivera arbeitet für die Stiftung *Fundación Abril*, die in den Stadtvierteln ein Netz von gemeinschaftlichen Wassertanks aufbaut und auch an Schulen große Tanks installiert, in denen Regenwasser für die Bäder und die Gärten der Schulen gesammelt wird. „Für mich sind Gemeinschaften von Menschen ohne eine Form der Organisation nicht möglich. Wenn die Leute sich nicht organisieren, existieren sie nicht. Das muss allerdings von unten kommen, muss neu sein, transparent wie das

Wasser, und ohne politische Einfärbung. Die Menschen wissen selbst, was sie brauchen“, betont der Aktivist.

Wie Oscar Olivera setzt auch María Eugenia Flores wenig Hoffnung in die Regierung in La Paz oder die Stadtverwaltung von Cochabamba. In ihrer Not seien die Menschen im Süden der Stadt zu wahren Expert:innen im Sparen und Wiederverwenden von Wasser geworden, erklärt sie. Wichtig sei aber, sich zu organisieren und deutlich zu machen, dass der Zugang zu Wasser für alle ein Recht sei. Und nicht der Verlust eines guten Geschäfts, mit dem sich einige wenige auf Kosten der Allgemeinheit bereichern können. „Das Thema Wasser interessiert die Politiker:innen doch nicht. Jemand hat uns gesagt: Wenn man ein Vorhaben nicht sehen kann, lohnt es sich für Politiker:innen nicht. Und Wasserrohre fallen nicht ins Auge wie ein neuer Platz, ein neuer Park oder ein neues Fußballfeld. Wir bemerken aber, dass das Thema Wasser die Menschen mobilisiert, weil es lebensnotwendig ist, und dass die Leute sich organisieren, um dafür zu kämpfen.“



Preis: 7 Bolivianos pro Fass

Ineffizientes, marodes Leitungssystem

Irgendwann, so hofft María, und das verspricht die Stadtverwaltung seit langem, soll Wasser aus dem Stausee Masicuni ganz am anderen Ende der Stadt bis in den Süden Cochabambas fließen, durch 20 Kilometer lange, riesige Rohre. Im Stausee Masicuni, auf den grünen Hügeln im Norden gelegen, gibt es reichlich Wasser, das einfach nicht genutzt wird. Nur neun Prozent des Wassers kommt bei den Menschen an, weil die Leitungen nicht bis in die Stadt gebaut werden. Und in den alten Wasserrohren, die durch das Zentrum führen, versickert die Hälfte des Wassers, bevor es irgendeinen Wasserhahn erreicht. ■

Dieser Beitrag wurde am 7. Jänner 2021 auf www.npla.de veröffentlicht und ist lizenziert unter Creative Commons, Namensnennung; Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

EVA COPA

Das Portrait handelt von Eva Copa Murga, der Frau, die sich um das Plurinationale Parlament kümmert, und vom Gewicht, das sie trägt, weil sie nicht geflohen ist und sich angesichts des faschistischen Putsches, der die Macht ergriffen hat, um einen demokratischen Ausweg bemüht.¹

Von Maria Galindo

Während man in der Stadt El Alto die Ermordeten in gependeten Särgen wegstellt und Gerechtigkeit für die Toten sucht, während die ganze Stadt diese Toten trägt, um den Rücktritt von Jeanine Añez zu fordern, taucht wie aus dem Nichts Eva Copa Murga auf, wird als Senatspräsidentin angelobt und wird zufällig zur zweiten Frau im Staat. Sie gehört der Fraktion der MAS an und steht kurz davor, ihr Mandat zu beenden. In diesen fünf langen Jahren haben wir nie ihre Stimme gehört. Die sichtbaren Machtpositionen nahmen die zur MAS gehörende weiße und schriftkundige Mittelschicht und die männlichen Führer ein, die imstande waren, Evo zu imitieren und ihm zu gehorchen. Daher kannte niemand Eva.

Deshalb erscheint jetzt, wo sich mit Evos Rücktritt ein riesiges Machtvakuum aufgetan hat, wo jeder wie er konnte die Flucht ergriffen hat und die Partei innerlich zerbricht, Eva und übernimmt die Verantwortung, aus Tapferkeit und Mut. Nicht aus jener Tapferkeit der Starken, sondern aus der Tapferkeit dessen, der sich als schwach erkennt und der weiß, dass das Wissen um seine Schwäche eine unendliche Quelle ist, wo die Lösungen zu finden sind, um das Land aus der Sackgasse zu befreien. Und so kam es, dass der faschistische und rassistische Putsch, der alles in Besitz nehmen wollte, auf Eva Copa Murga stieß, die die Unterwerfung zügelte.

Sie ist 32 Jahre alt, aus El Alto, und schläft aus Sicherheitsgründen seit Wochen nicht mehr im eigenen Haus. Sie studiert Sozialarbeit an der *Universidad Pública de El Alto* (...) Sie ist keine *chola*² – ihre Mutter und Großmutter sicherlich schon – sie ist *birlocha*². Sie trägt eine bequeme Hose und das lange, schwarze Haar ohne Zöpfe offen. Ihre kaffeefarbenen Lippen

Foto: Steffen Heinzelmann

UND DER MUT DER SCHWACHEN



Foto: Wilson Aguilar

Eine Frau mit Charisma: Eva Copa bei einer politischen Veranstaltung

pen, die von der Sonne des Altiplano verbrannten Wangen und mehr als alles andere ihre unverwechselbare Art zu sprechen – mit einer eigentümlichen Mischung aus Sparsamkeit, Festigkeit und Schüchternheit – machen sie zu einer politischen Antithese zu Jeanine Añez.

Während Añez eine Leinwand ist und daher die zierliche Puppe des makabren faschistischen Spiels gibt, das Bolivien regiert, ist Eva authentisch. Sie ist eine Frau, die die Last übernahm, vor der andere geflohen sind. Als ich sie fragte, wieso sie dazu bereit war, sagte sie: „Weil ich alteña bin, weil ich keinen anderen Ausweg habe, weil ich nicht aus Bolivien weggehen werde und auch keinen Grund habe zu fliehen“. Und als ich sie fragte, warum so viele geflohen sind: „Sie sagen, aus familiären Gründen.“

Seit dreizehn Jahren interviewe ich für *Radio Deseo* alle möglichen Personen von Angesicht zu Angesicht und nie habe ich für mein Gegenüber so viel Respekt verspürt wie für Eva. Als wir fertig waren und nicht mehr auf Sendung haben wir uns lange umarmt – und am Schluss begann sie zu weinen. Ich hielt mich zurück, nicht weil ich mich stärker fühlte, sondern weil ich ihr Schluchzen hören wollte. Ich drückte sie und spürte ihre Zerbrechlichkeit. Sie gehört zu jenen, die ihre Zerbrechlichkeit nicht vergessen.

Eva ist jetzt Opfer aller möglichen Belästigungen und Repressalien. Die Polizisten, die den Regierungsbezirk bewachen, lassen sich immer wieder ihren Ausweis zeigen, um sie mit ihrer Präpotenz daran zu erinnern, auf welcher Seite heute die Waffen sind. Eva erleidet außerdem die chronische Unsichtbarkeit, die Frauen in der Politik ertragen müssen. Die Medien sehen sie nicht, aber ihre Parlamentskollegen von der Rechten mustern sie von Kopf bis Fuß, um sie einzuschüchtern. Eva kommt aus der Welt der Unsichtbaren, und das ist heute ihre größte Stärke. Niemand glaubte, dass sie irgendeine Rolle spielen würde, noch viel weniger, dass sie sich an die Spitze der *Asamblea Legislativa Plurinacional* stellen würde.

Wenige Tage im Amt, hat sie sich als parlamentarische Alternative zur De-facto-Regierung etabliert. Sie hat es geschafft, sich an die Spitze ihrer Fraktion zu stellen und zu erklären, dass Evo Morales das Amt verlassen hat. Sie hat es getan, um das Parlament nicht in endlose Diskussionen darüber zu führen, ob es seinen Rücktritt annehmen soll oder nicht. Und das bedeutet heute in Bolivien, den Tod zu bremsen und ihn mit bloßen Armen aufzuhalten. Das bedeutet auch, sich nicht an den *caudillo* zu binden, sondern nach dem eigenen Gewissen zu handeln, wissend, dass es nicht darum geht, ob es Evo gut geht oder schlecht, denn was auf dem Spiel steht, ist

die Demokratie. So hat sie es geschafft, Arbeitskommissionen zu bilden und von Null zu beginnen, den Wahlgerichtshof wiederzuerwecken und Wahlen auszurufen. Die De-facto-Regierung – da sie die juristischen Formen wahren möchte, die ihre Diktatur als Demokratie schminken – hatte keine andere Wahl, als ihr Gesetzesprojekt dem Senat vorzulegen und nicht per Dekret und nach ihrem Gutdünken Wahlen anzusetzen.

All dies hat Eva getan und dabei die Last der Umstände auf ihren Schultern getragen und dabei wie auf einem Gletscher spaltiges Terrain durchquert, das sie mit jedem Schritt hätte verschlucken können.

El Alto ist eine Stadt, wo Frauen tag-ein, tagaus in ihren *aguayo*-Tüchern große Lastenbündel auf dem Rücken tragen: Waren, ihre Kleinkinder, ihre Ängste oder ihre Hoffnungen. Eva trägt auch ein Bündel: die Hoffnungen, einen Bürgerkrieg abzuwenden, den Balsam, um die Gewalt der Mörder zu bannen. Sie trägt das Bündel der Träume der Ermordeten, das Bündel der Tränen der Trauernden, die nicht aufhören können zu weinen, und sie stellt damit einmal mehr klar, dass wir Frauen unsere Zerbrechlichkeit und unseren Schmerz nicht verbergen wollen.

Eva ist die Antithese zu Jeanine Añez, aber auch zu Evo. ■

Maria Galindo ist Psychologin und Journalistin; sie bezeichnet sich selbst als Anarcho-Feministin.

Sie ist Mitbegründerin der radikalfeministischen Gruppe *Mujeres Creando*. Dieses Portrait von Eva Copa wurde bereits am 29.11. 2019 in *lavaca.dream.press* veröffentlicht. Übersetzung und Bearbeitung: Robert Lessmann.

¹ *Wir haben uns für diesen Text entschieden, weil er aus feministischer Perspektive Einblick in die Dramatik jener Tage gewährt – und weil der Fall Eva Copa heute das Potenzial einer Spaltung der MAS in sich trägt.*

² *Cholo/chola sind ursprünglich abfällige Bezeichnungen für mestizo, werden aber seit mindestens drei Jahrzehnten auch als soziologische Kategorie gebraucht für Personen zwischen ländlicher und städtischer Kultur – neuerdings auch emanzipatorisch-offensiv und kulturell eigenständig (siehe cholo-Architektur oder cholo-Barock). Das Idealbild einer Marktfrau (cholita) trägt lange Zöpfe unter dem klassischen Bowler-Hut und mehrere Röcke (pollera) übereinander. Von den cholas als birlochas (ursprünglich: Knallbonbon) bezeichnet werden mestizische Frauen, die sich westlich frisieren, schminken und kleiden.*

DIE UNGLEICHE WELT IM CORONA-SPIEGEL

Bevor es weiter unten um die krasse Ungleichheit punkto Impfmöglichkeiten geht, zunächst ein paar Zahlen zum unterschiedlichen Verlauf der Pandemie: Zwar weisen die USA die mit Abstand höchsten absoluten Infektions- und Todeszahlen auf (27,5 Millionen/484.000)*, doch im Vergleich mit Lateinamerika und der Karibik (LAC) fällt die unterschiedliche Gewichtung beider Maßzahlen auf. Bei einem Bevölkerungsanteil von 64 Prozent weist der Südteil des Doppelkontinents 42 Prozent aller „amerikanischen“ Infektionen, aber 57 Prozent der Todesopfer auf. Ein anderer Vergleich macht die ungleichen Überlebenschancen noch deutlicher: Von 58 infizierten NordamerikanerInnen überlebt eineR die Infektion nicht. Von 32 LateinamerikanerInnen verlässt eineR das Krankenhaus nicht mehr lebend, falls er/sie überhaupt ein solches von innen gesehen hat. Auch ein Blick nach Europa als dem weltweit am zweitstärksten getroffenen Kontinent bestätigt das Bild: Von 46 Infizierten fällt eineR dem Virus zum Opfer.

Über die Gründe für die überproportionale Betroffenheit der Amerikas sind eine Reihe von Thesen aufgestellt worden. Im Fall der USA ist die nur als kriminell zu bezeichnende Hintertreibung jeglicher Vorsorgemaßnahme durch die Trump-Regierung zusammen mit dem vernachlässigten öffentlichen Gesundheitssystem zu nennen. Ein Blick über die nördliche Grenze macht sicher: US-BürgerInnen infizieren sich fast viermal wahrscheinlicher mit dem Covid-19-Virus und haben ein zweieinhalb Mal so großes Risiko daran zu sterben wie jene Kanadas.

Gesundheitssystem und Sterberaten

In Lateinamerika ist das Bild komplizierter: Ausgerechnet die beiden Bevölkerungsschwergewichte Brasilien und Mexiko werden von nationalen Regierungen geführt, die der Pandemie nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmen. Der mexikanische Präsident López Obrador vertritt immerhin noch den diskutierbaren Standpunkt, dass in einem Land mit großem prekär lebendem Bevölkerungsanteil die Folgen eines Lockdowns tödlicher sein können als die Pandemie selbst. Im Ver-

Nur einen Tag nach Überschreiten der 100 Millionen-Grenze an Covid-19-Infektionen weltweit (26.01.) hat die Pandemie in den Amerikas einen weiteren traurigen Meilenstein erreicht: Die Marke von einer Million Todesopfern wurde überschritten. Von 1.000 BewohnerInnen des Doppelkontinents ist somit einer dem Virus zum Opfer gefallen. Auch bei den Infektionen sieht die „Neue Welt“ alt aus: 48,8 Millionen Fälle* sind ebenfalls Weltspitze. Gleichzeitig läuft die Impfkampagne unterschiedlich, aber insgesamt schleppend an. Vor allem kommt hier einmal mehr das Machtgefälle zwischen Nord- und Südhälfte des Kontinents zum Ausdruck.

Von Jürgen Kreuzroither

gleich argumentiert sein rechtsextremer Amtskollege in Brasilien beliebiger, sodass in Zusammenschau mit seinen sonstigen Handlungen bzw. Unterlassungen der Vorwurf einer genozidalen Politik bereits juristisch Fahrt aufgenommen hat.

Mit einem Drittel der EinwohnerInnenzahl der Region Lateinamerika und Karibik (651 Millionen) verzeichnet Brasilien die Hälfte aller Covid-19-Infektionen, reiht sich aber bei den Todesopfern wieder in den Durchschnitt ein (241.000 Tote von 648.000 in LAC)*. Mexiko überrascht hier in zweifacher Hinsicht: Es weist unter den großen Flächenstaaten die weitaus geringsten Infiziertenzahlen auf (1,5% der Gesamtbevölkerung; Brasilien: 2,4%), aber gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit, im Fall einer Infektion zu Tode zu kommen, die höchste in der Region (8,5%; Ecuador: 6,0%; Brasilien: 2,4%).

Für Regierende auf den ersten Blick wenig motivierend ist ein weiterer Ländervergleich: Peru hat im Frühjahr 2020 schnell rigorose Quarantänemaßnahmen gesetzt und auch erhebliche finanzielle Anstrengungen (12% des BIP) unternommen, um Wirtschaft und Privathaushalte zu stützen. Dennoch blieb die „Belohnung“ im Vergleich zur konfusen bis quertreibenden Politik Bolsonaros aus. Zwar ist der Infektionsanteil in Peru niedriger, doch die Todesrate liegt gleich um ein Drittel höher als in Brasilien.

Ist es also egal, wie die Politik reagiert? Das wäre ein fataler Schluss: Vielmehr dürften auf politischen Strategien beruhende Strukturen anlassbezogenes Handeln übertrumpfen. Peru war jahrzehntlang ein neoliberaler Musterschüler in der Region, gelobt für seine Wachstumsraten und Exportüberschüsse. Auf der Strecke blieb dabei unter anderem das Gesundheitssystem, und der Anteil informell Be-

schäftigter hielt sich bei 70%. Brasilien baut ungeachtet gleicher Ausrichtung der aktuellen und der vorangegangenen Regierung Temer auf einem anderen Grundstock auf. Ausfluss dessen sind ein zwar erheblicher, aber doch deutlich kleinerer informeller Sektor (45%) und robustere Institutionen im Krankenwesen. Anders ausgedrückt: Bolsonaro samt seinem Finanzminister und Pinochet-Verehrer Guedes hatten schlicht nicht genügend Zeit für ihr Vernichtungswerk an den staatlichen Strukturen.

Noch ein Hinweis in dieselbe Richtung: Kolumbien weist gleichfalls einen höheren Infektionsanteil auf als Peru. Für manche überraschend verfügt Kolumbien aber über eine bessere staatliche Versicherungsabdeckung als sein südlicher Nachbar. Das bedeutet einen besseren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und resultiert in einer niedrigeren Sterbehäufigkeit im Infektionsfall (2,6%; Peru: 3,6%).

Zum Abschluss des Zahlenreigens darf Kuba nicht fehlen: Nicht nur verfügt die Insel über bemerkenswerte medizinische Forschungskapazitäten (siehe weiter unten), sondern sie schneidet auch bei jedem inneramerikanischen Covid-19-Vergleich um Längen am besten ab. So weist Kuba die mit Abstand niedrigste Infektionsrate auf (17-mal niedriger als Brasilien und auch noch sechsmal niedriger als Mexiko). Die Todesrate pro Infektionsfall liegt unter einem Prozent und der Anteil der Covid-Toten an der Gesamtbevölkerung nur im Promillebereich*. Anzumerken bleibt noch, dass die Datenlage zum kubanischen Gesundheitsbereich als transparent und nachvollziehbar gilt, was beispielsweise für die ebenfalls niedrigen venezolanischen Pandemiezahlen nicht angenommen wird.



Foto: Bruno Kelly

Manaus, Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaats Amazonas, 6.2.2021: Wie weiter?

Tödlicher Impfnationalismus

Sehr bald nachdem im Frühjahr 2020 klar wurde, dass sich die Covid-19-Infektion zur globalen Pandemie ausweiten und dass noch zu entwickelnde Impfungen der entscheidende Baustein zu deren Überwindung darstellen würden, kam die Frage des Umgangs mit diesen auf, sprich wie in der gegebenen ungleichen Welt die Verteilung geschehen sollte. Viele politisch Verantwortliche hatten noch die unschönen Bilder vom Gezerre um Masken & Co vor Augen und gelobten Besserung. Vollmundige Versprechen der gerechten Verteilung ungeachtet der materiellen Möglichkeiten – mit der selbstredenden Ausnahme Trumps – machten die Runde und es wurden auch Initiativen gesetzt.

Bereits im April 2020 wurde auf Veranlassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Europäischen Union und Frankreichs die Initiative *Access to Covid-19 Tools Accelerator* (ACT) gegründet. Es ging um die Zusammenführung von Regierungen, Gesundheitsorganisationen, Herstellern, Wissenschaftlern, der Zivilgesellschaft und deren philanthropischen Einrichtungen mit dem Ziel, einen gerechten Zugang zu Covid-19-Diagnostika, -Behandlungen und -Impfstoffen zu ermöglichen. Für den Bereich der Impfstoffe wurde die Organisation COVAX (*Covid-19 Vaccines Global Access*) geschaffen. Deren zentrales Ziel ist es, jedem teilnehmenden Land ein Impfkontingent zukommen zu lassen, um 20% der jeweiligen Be-

völkerung bis Ende 2021 schützen zu können.

Bis November 2020 sind 184 Staaten beigetreten. Die Hälfte davon sind Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Für diese 92 Teilnehmer stellt COVAX oft den bisher einzigen Zugang zu Impfstoffen da, weil sie im Wettbewerb um bilaterale Abkommen mit den Herstellern gegenüber den reicheren Ländern keine Chance haben.

Nichtsdestotrotz sah die Lage zum Jahreswechsel düster aus. Von den anvisierten zwei Milliarden Impfdosen für 2021 waren nur Mittel für ein gutes Drittel davon vorhanden. Das lag einerseits an den mangelnden (freiwilligen) Finanzierungsversprechen der reicheren Mitgliedsländer und andererseits an der einsetzenden Doppelstrategie derselben Ländergruppe. EU, USA, Großbritannien & Co begannen mit bilateralen Abkommen den Markt quasi leerzukaufen. So haben bis dato Länder mit 16% der Weltbevölkerung 60% der Impfdosen für sich reserviert.

Wiewohl sich die Situation inzwischen leicht entspannt – die USA unter Biden haben zu COVAX endlich einen nennenswerten Beitrag geleistet (USD vier Milliarden) und mehrere Länder, die über eigene Herstellerverträge verfügen, verzichten auf ihre COVAX-Zuteilungen –, kommt es zu neuen Komplikationen. Neben nachvollziehbaren Schwierigkeiten, die Produktion schnell genug hochzufahren, bedeutet das Gerangel um Verträge, deren

entscheidende Inhalte praktisch immer geheim bleiben, dass Vorzugsbehandlung erkaufte werden kann. So sieht sich COVAX im ersten Halbjahr lediglich in der Lage, seinen Mitgliedsländern eine Maximalmenge von 340 Millionen Impfdosen in Aussicht zu stellen. Es handelt sich überwiegend um den *AstraZeneca*-Impfstoff, der wiederum zum größeren Teil vom weltgrößten Vakzinhersteller, dem indischen *Serum Institut*, produziert wird. Da bei diesem Produkt zwei aufeinanderfolgende Impfungen notwendig sind, können so nur etwas mehr als drei Prozent der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten einen Schutz erhalten.

Durch das Aufkommen neuer, infektiöserer Virusvarianten gewinnt die Verzögerung der Impfkampagne zusätzliche Brisanz. Die Länder des Globalen Südens werden so länger den menschlichen und wirtschaftlichen

Verlusten der Pandemie ausgesetzt sein und das Virus gewinnt Zeit, durch unweigerlich auftretende Mutationen die Effizienz der Impfungen zu gefährden. Vor allem bei der südafrikanischen Variante wurde dieser Effekt bei einzelnen, teils noch im Entwicklungsstadium befindlichen Impfstoffen bereits festgestellt – und die in Manaus derzeit grassierende brasilianische Variante ist sehr ähnlich.

Damit scheint eine Situation einzutreten, die mit ein Grund für die COVAX-Initiative war: Neben ethischen Erwägungen stand die Erkenntnis Pate, dass nur ein gleichmäßiges Voranschreiten der Impfkampagne mit Personenerfassung nach Gefährdungsgrad den maximal möglichen Schutz für alle bringen kann. Wie die Dinge jetzt liegen, könnte es bis 2023 dauern, die kritische Grenze von 70% Impfschutz in allen Ländern zu erreichen. Die dann früher erreichte 100%ige Durchimpfung der Bevölkerung im Globalen Norden könnte sich so aus den oben erwähnten Gründen als nicht ausreichend erweisen.

Angesichts dieser verzwickten Lage gewinnt der von Indien und Südafrika gemachte Vorstoß an Fahrt, die Patente auf Covid-19-Impfstoffe zeitweise auszusetzen, um die Produktionskapazitäten schneller hochfahren zu können. Über die Hälfte der 164 Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) unterstützt inzwischen die Initiative. Das Problem: Zuvor erst die USA und die EU blockieren und in der WTO gilt das Einstimmigkeitsprinzip.

⇒ von Seite 23: WELT IM CORONA-SPIEGEL

Lateinamerikas schleppende Impfkampagne

Das beschriebene globale Ungleichgewicht lässt sich auch exemplarisch zwischen Nord- und Südamerika festmachen. In Kanada und den USA sind mit Stand 02. Februar zehnmal so viele Impfungen (34 Millionen) verabreicht worden wie in den 25 Staaten südlich des Rio Grande.

Dabei werden in der südlichen Hemisphäre unterschiedliche Strategien gewählt. Abgesehen von den erwarteten COVAX-Zuteilungen, deren erste Lieferung noch für Februar oder März anvisiert ist und zum überwiegenden Teil von AstraZeneca stammen dürfte, setzen die verschiedenen Regierungen auf das russische Produkt *Sputnik V* und die beiden chinesischen Hersteller *Sinovac* und *Sinopharm*.

Argentinien ist das erste große Land nach Russland, das stark auf den Sputnik V-Impfstoff setzt. Das sich wirtschaftlich schon länger in Bedrängnis befindliche Land hatte auch wenig Alternativen. Immerhin hat das wegen der überstürzten Propagierung durch die russische Regierung schlecht beleumundete Produkt jetzt Unterstützung aus Wissenschaftskreisen erfahren. Die renommierte Zeitschrift *The Lancet* hat erste Ergebnisse aus der dritten Testphase veröffentlicht, die auf eine ausreichende Schutzwirkung sogar bei nur einmaliger Impfung hindeuten. Allerdings kommt es auch hier zu Lieferverzögerungen, und es ist bemerkenswert, dass in Russland selbst noch nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung geimpft wurde.

Dennoch zeigt die Pionierstellung Argentiniens, das sich proaktiv mit den Russen zwecks der notwendigen Zulassungsdaten auseinandergesetzt hat, lateinamerikaweit Wirkung. Entsprechende Unterlagen wurden von Buenos Aires aus auch Bolivien, Peru und Mexiko zur Verfügung gestellt. Bolivien, Venezuela und Mexiko haben bereits erhebliche Impfdosenmengen in Moskau geordert und auch Brasilien steht in Verhandlungen. Neben der einfacheren Handhabung liegt auch der Preis um 50% und mehr unter jenen von *BionTech/Pfizer* und *Moderna* (AstraZeneca ist günstiger).

Die Sputnik-Produktion für diese Bestellungen erfolgt übrigens zur Gänze außerhalb Russlands – derzeit in Südkorea, Kasachstan und Indien. Eine spätere



Am 31.12. wurde der Bolivianer Edin Maldonado in Argentinien mit Sputnik V geimpft.

Lizenzproduktion in Lateinamerika ist angedacht.

Das potentere Chile hat einen größeren Anteil von Pfizer und AstraZeneca im Plan, setzt aber auch stark auf Sinovac, während Peru, das nach Venezuela den größten Wirtschaftseinbruch zu verzeichnen hat (-12,9%) bei Sinopharm 38 Millionen Dosen geordert hat.

In Brasilien hat Präsident Bolsonaro lange gegen chinesische Impfstoffe polemisiert, so wie er – ganz auf Trump-Linie – das „chinesische Virus“ wahlweise verharmloste und dann wieder Schadenersatz von China forderte. Vor allem sind ihm die Bemühungen des rechten Gouverneurs von São Paulo, João Doria, um die Zulassung von *Coronavac* ein Dorn im Auge, das noch dazu vom heimischen *Butantan-Institut* zusammen mit Sinovac entwickelt wurde. Da sich die Regierung in Brasilia aber auch nicht besonders um Alternativen kümmerte und die Lage, ausgehend von der erwähnten neuen Virus-Variante aus Manaus, vollends außer Kontrolle zu geraten droht, war der chinesische Impfstoff plötzlich doch willkommen und Bolsonaro forderte die Herausgabe des größeren Teils der für die Impfkampagne im Bundesstaat São Paulo gedachten Menge.

Trotz der ständigen Anfeindungen aus Brasilia sind die Chinesen sogar bereit, eine beschleunigte Produktion durch das Butantan-Institut zu unterstützen. Letzteres soll allerdings mit einem Deal zum Ausbau des 5G-Netzes in Brasilien durch *Huawei* verbunden worden sein.

Insgesamt laufen die Impfkampagnen in Lateinamerika und der Karibik sehr unterschiedlich an. Es lassen sich drei Län-

dergruppen identifizieren: Jene, die mit Herstellern direkt verhandelt haben und bereits Impfdosen erhalten haben (z.B. Argentinien, Chile, Mexiko); jene, die zwar Verträge abgeschlossen haben, aber noch keine Lieferung erhalten haben (z.B. Peru, Kolumbien) und jene, die praktisch vollständig von den COVAX-Zuteilungen abhängig sind. Letzteres ist meistens in Mittelamerika und der Karibik der Fall.

Als einziges Land der Region arbeitet schließlich Kuba an der eigenständigen Entwicklung von gleich vier Covid-19-Impfstoffen. Einer davon, *Soberana 02*, ist so weit gediehen, dass noch im Februar die Phase drei mit 150.000 Testpersonen im Iran begonnen hat. Kuba hätte gar nicht das notwendige virale Geschehen, um diese Testphase im eigenen Land durchführen zu können.

Bezugsinteresse wurde jedenfalls schon von Iran, Pakistan, Indien und Venezuela angemeldet. Allerdings könnte die Insel unvermutet schnell erhöhten Eigenbedarf haben. Die teilweise Öffnung Ende Dezember für die dringend benötigten Deviseneinnahmen aus dem Tourismus hat zu einem exponentiellen Wachstum der Infektionszahlen und zur Einschleppung der Südafrika-Variante des Virus geführt. Erneute Quarantänemaßnahmen wurden unumgänglich. ■

* Zahlen vom Covid-19 Dashboard der WHO, Stand 18.02.2021. Die amerikaweite Infektionszahl bedeutet die dreieinhalbfache Inzidenz des globalen Durchschnitts. Die Zahl der Todesopfer (1,15 Millionen per 18.02.2021) beträgt fast die Hälfte der weltweiten Opfer bei 13,1% Bevölkerungsanteil!

DER „TAG NULL“

Die lange diskutierte Abschaffung des Doppelwährungssystems wurde mit dem Jahreswechsel Realität. Sie ist zentraler Baustein einer Reihe von Reformen, die Finanzsystem, Arbeitsmarkt und Preisgefüge grundlegend verändern. Das Umfeld für die Reformen ist denkbar ungünstig und das Risiko für die Machthaber ungewöhnlich groß – allein der drohende Finanzkollaps des Staates ließ ein Weiter-so nicht mehr zu.

Von Jürgen Kreuzroither

Zusätzlich zu den systemimmanenten Schwächen und diese verschärfend erlitt Kubas Wirtschaft in den vergangenen Jahren einen Schlag nach dem anderen. Die Trump-Regierung zog die Sanktionenschraube kontinuierlich an und nahm damit wichtige Devisenquellen Kubas ins Visier, allen voran die wichtigste, den Tourismus auf die Insel, der US-Bürgern erschwert wurde. Im Vorfeld der US-Wahlen wurden auch noch private Devisenüberweisungen (ca. drei Milliarden USD pro Jahr) begrenzt.

Die Sanktionierung von Tankschiffen mit venezolanischem Öl für die Insel hatte schon ab Herbst 2019 die Lage bei der Energie- und Nahrungsmittelversorgung zusätzlich angespannt. In der Landwirtschaft mussten teils wieder Arbeitstiere die Traktoren ersetzen. Die Pandemie ließ die Tourist:innenzahlen dann noch einmal dramatisch sinken (1,1 Millionen 2020; 4,7 Millionen zum Höhepunkt 2018). Am Ende stand eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um elf Prozent – ein seit der „Sonderperiode“ in den 1990er Jahren nicht mehr verzeichnetes Tief. Die Importe mussten um 40% gekürzt werden.

Hausgemachte Schwächen

Diese außenwirtschaftlichen Schocks trafen eine ohnehin wenig produktive Ökonomie, was unter anderem auf das Doppelwährungssystem zurückzuführen ist. In Kuba zirkulierten seit 1994 zwei Währungen: neben dem *Peso Cubano* (CUP) zunächst der US-Dollar; seit 2004 der sogenannte *Konvertible Peso* (CUC), dessen Wert an den US-Dollar gekoppelt war. Der offizielle Wechselkurs betrug (und beträgt jetzt für den CUP) 24:1. In der Buch-

führung von staatlichen Unternehmen und Banken dagegen wurde in der Regel mit einem Kurs von 1:1 gerechnet.

Die Einführung des CUC stabilisierte zwar zunächst den Außenwert des an sich nicht konvertiblen CUP (also den Schwarzmarktpreis), führte aber zu einem perversen Anreizsystem: Wenn eine kubanische Firma Produkte im Wert von USD 500 auf dem Weltmarkt absetzte, erhielt sie aufgrund des Wechselkurses lediglich CUP 500 (USD 20). Wurde für USD 500 importiert, musste sie eben diesen Betrag in CUP aufbringen. Durch die künstliche Überbewertung des Pesos wurden Exporteure „bestraft“ und Importe zugleich unverhältnismäßig günstig. Im Ergebnis musste ein enormes Handelsbilanzdefizit mit den Deviseneinnahmen aus anderen Quellen gedeckt werden.

Tabula rasa

Die Abschaffung des CUC zu Jahresbeginn bedeutet eine Abwertung und soll die Exporte befördern. Für die Betriebe besteht der Anreiz darin, dass sie jetzt über 80 Prozent ihrer Gewinne selbst verfügen können. Das offizielle Ende des Doppelwährungssystems erfordert jedoch weitergehende Reformen. Praktisch handelt es sich um die tiefgreifendste Umgestaltung seit der Revolution 1959.

Die Preise sollen die wahren (betriebswirtschaftlichen) Kosten widerspiegeln, Subventionen bis auf wenige Ausnahmen zurückgefahren werden. Die bisher künstlich niedrige Kaufkraft der Löhne (Durchschnitt USD 37/Monat) gibt das nicht her. Deshalb wurden parallel zur Hinaufsetzung der Preise die Löhne im Schnitt verfünffacht. Gelingt es aber nicht binnen kurzer Zeit, die Produktivität der Wirtschaft zu erhöhen, wird die sich beschleunigende Inflation das Projekt zum Kippen bringen.

Wie notwendig die Anhebung des Produktionsniveaus ist, zeigt ein Blick auf die Landwirtschaft: Obwohl erstaunliche 20% der aktiven Bevölkerung hier tätig sind, müssen fast 70% des Nahrungsmittelbedarfes importiert werden!

Darum muss die aufgrund fehlender Leistungsanreize darniederliegende Wirtschaft einen Neustart hinlegen. Der Lebensunterhalt soll wieder durch Erwerbs-

einkommen gedeckt werden, denn derzeit gehen nur geschätzte 64 Prozent der arbeitsfähigen KubanerInnen einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nach.

Zwischenergebnisse

Die großen Veränderungen, die trotz jahrelanger Diskussion recht kurzfristig bekanntgegeben wurden, führten zu starker Unsicherheit und auch Unzufriedenheit bei den KubanerInnen. So kostet Leitungswasser pro Person und Monat (für Haushalte ohne Verbrauchszähler) umgerechnet USD 0,30 statt zuvor USD 0,05. Für 430 kWh Elektrizitätsbezug sind USD 57 zu entrichten, zuvor waren es USD 17. Die Verteuerung des zum Kochen wichtigen Flüssiggases wurde nach breitem Protest teilweise zurückgenommen.



Foto: Robert Lessmann

Prekäres Geschäft der „cuentapropistas“

Nicht unerwartet wurden bereits im Jänner über 80.000 Menschen bei den Arbeitsämtern vorstellig. Knapp die Hälfte konnte an Staatsunternehmen vermittelt werden. Damit dürfte allerdings deren Kontingent ausgeschöpft sein.

2021 gilt noch als Jahr des Übergangs, in dem der Staat die Verluste seiner Betriebe decken soll. Spätestens ab kommenden Jahr werden Stellen im Staatssektor abgebaut werden müssen. Die große Frage wird sein, wie schnell die Privatwirtschaft anspringt, um Arbeitssuchende aufzunehmen. Jetzt werden Unternehmensgründungen radikal vereinfacht und die meisten Berufsfelder dafür freigegeben (Ausnahmen: Bildung, Medizin, Sicherheit). Die *cuentapropistas*, Kleinunternehmer und ihre Beschäftigten, machten schon einmal 13% der Beschäftigten aus, bevor die Krise mehr als ein Drittel zur Aufgabe zwang.

Es bleibt eine riskante Wette, die Kubas Machthaber wohl auf einen Ausgang à la Vietnam oder China setzen lässt. ■

EIN JAHR REGIERUNG GIAMMATTEI IM WINDSCHATTEN TRUMPS

GUATEMALA

Die Regierung von Präsident Alejandro Giammattei Falla nutzte ein Jahr lang die Allianz mit Washington, um das Justizwesen ungestraft zu schwächen und die Korruption zu vertiefen – und dafür kam auch Corona sehr gelegen. Die neuen Töne aus Washington lösen Unbehagen aus.

Von Eva Kalny

Alejandro Giammattei, Präsidentschaftskandidat seit 2007 für vier verschiedene Parteien, konnte am 14.1.2020 erst mit mehrstündiger Verspätung angelobt werden – sein Vorgänger Jimmy Morales benötigte Zeit, um vorbei an wütenden Demonstrant:innen ins Gebäude des Zentralamerikanischen Parlaments zu flüchten und sich dort Immunität zu sichern. In seiner aggressiven Antrittsrede¹ kündigte Giammattei an, per Gesetz kriminelle Banden zu terroristischen Gruppen zu erklären, sowie den im Rahmen der Friedensverträge geschaffenen Sicherheitsdienst SAAS aufzulösen, um wieder das Militär mit dem Schutz des Präsidenten zu beauftragen.

Bereits am 17.1. verhängte Giammattei in drei Munizipien den Notstand und beschimpfte einen Richter, der seinem Antrag auf Hausdurchsuchungen nicht stattgab. Kurz darauf folgte die Verhängung des Notstands in weiteren Munizipien. Vorwand für die Einschränkung der Grundrechte war die Bekämpfung der Kriminalität – womit wohl auch Bürger:innen-Engagement gegen Megaprojekte gemeint war. Dem öffentlichen Angriff auf die Justiz folgten Attacken auf die Presse, wo diese sich gegen Megaprojekte aussprach oder Korruptionsfälle recherchierte.

Erste Fälle von mit Covid-19 infizierten Personen boten Gelegenheit für weitere martialische Auftritte, und mit 6. März traten Notstandsregeln mit rigorosen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und anderer Grundrechte in Kraft. Zahlreiche im informellen Sektor Beschäftigte reisten überstürzt und in überfüllten Bussen aus den Städten in ihre Dörfer. Giammattei kündigte die Schließung der Grenzen des Landes, Hilfszahlungen an Bedürftige und die Errichtung spezieller Covid-19-Kran-

kenhäuser an. Er vermittelte in zahlreichen Medienauftritten den Eindruck, Regierungsverantwortung wahrzunehmen und nötige Maßnahmen zu setzen, und so stiegen vorübergehend seine Zustimmungswerte.

Doch bald wurde klar, dass die versprochenen Hilfen kaum ankamen. Nur wer einen Stromanschluss hatte, konnte Geld erhalten, doch Zahlungsrückstände wurden direkt von den mageren Hilfszahlungen abgezogen. Berichte über dysfunktionale Spitalsbauten und mangelnde Infrastruktur häuften sich. Wiederholt protestierte medizinisches Personal wegen mangelnder Schutzkleidung, nicht ausbezahlter Gehälter und fehlender Verträge und Krankenversicherungen. Zahlreiche Ärztinnen und Ärzte sowie Pfleger:innen verstarben an Covid-19, ohne je für ihre Arbeit bezahlt worden zu sein.

Präsident ohne Plan

Je länger die Pandemie dauerte, desto sichtbarer wurde, dass der Präsident keinen Plan hatte: Ausnahmezustände und Ausgangssperren wurden willkürlich verhängt, der Strompreis angehoben. Es gibt kein Konzept für den Bildungsbereich, und während zahlreiche Tätigkeiten im informellen Sektor untersagt wurden, durften Minenunternehmen ungestört und unkontrolliert weiter tätig sein. Die fehlende Hilfe für die Betroffenen der Wirbelstürme Eta und Iota und vernichtete Ernten in zahlreichen Gebieten vergrößerten die Not der Bevölkerung.

Giammattei nutzte die Panik vor dem Virus, um Parallelstrukturen zur Umgehung staatlicher Institutionen zu schaffen. Offensichtlichstes Beispiel dafür war das *Centro de Gobierno*, das offiziell zwischen Regierungsmitgliedern und dem Präsidenten koordinieren sollte und bis zu seiner Auflösung Ende Dezember an die 700.000 Euro Steuergelder kostete. Sein Leiter Miguel Martínez verfügte weder über entsprechende Ausbildung noch Berufserfahrung, galt als Geliebter des Präsidenten und soll sich nach Panama abgesetzt haben.

Der Kongress ist weitgehend dysfunktional, auch wegen des Tauziehens um die Neubesetzung des Obersten Gerichtshofs CSJ: Die Kandidaten erfüllen laut Verfassungsgerichtshof nicht die Voraussetzun-

gen, gegen mehrere von ihnen sind Verfahren wegen Korruption und Manipulation der Justiz anhängig. Der Kongress und die Regierung wollen jedoch zuerst das Verfassungsgericht unter Kontrolle bringen, um dann ungestört das Höchstgericht mit Richtern zu besetzen, die offene Korruptionsfälle einstellen und involvierte Mitglieder der Oligarchie, des Militärs und der organisierten Kriminalität freisprechen.

Die zahlreichen Versprechen der Antrittsrede des Präsidenten scheinen nach einem Jahr wie die Negative der Bilder, die nun zu sehen sind: So meinte Giammattei, die Reduktion der Unterernährung von Kindern sei Priorität seiner Regierung und kündigte einen „Kreuzzug“ dagegen an. Ein Jahr später ist die Ernährungslage schlechter denn je und sind keine Maßnahmen in Sicht. Er sei nicht Harry Potter, er könne nicht zaubern, meinte Giammattei auf Nachfrage. Seiner Zusage, intrafamiliäre Gewalt zu bekämpfen, stehen steigende Zahlen an Frauenmorden gegenüber.² Die Ankündigung, Indigene nicht weiter zu exkludieren, kontrastiert mit Willkür bei den Covid-19-Maßnahmen und fehlender Rücksprache mit traditionellen Autoritäten. Den Auslassungen zur Rechtsstaatlichkeit und dem Ende der Korruption stehen Druck auf die Justiz, Missachtung bestehender staatlicher Strukturen und Korruptionsvorwürfe auch gegen ihn selbst gegenüber. Impfungen gegen Covid-19 sind für bloß 20% der Bevölkerung vorgesehen, ein Impfplan liegt nicht vor.

Giammattei scheint allerdings den Versprecher in seiner Rede wahrzumachen: Er meinte, er werde „stets dafür kämpfen, in vier Jahren ein Vermächtnis an Wohlstand und Armut³“ – und korrigierte sich: „und Fortschritt⁴ übergeben“. Sowohl sein Wohlstand als auch die Armut weiter Teile der Bevölkerung sind gewachsen. Zahlreichen ihm nahe stehenden Personen aber wurden bereits ihre US-Visa entzogen, und die Regierung Biden kündigte eine regionale Kommission an, die an den Erfahrungen von CICIG und MACCHI anknüpfen soll. ■

¹ Ansprache am 14.1.2020: https://www.youtube.com/watch?v=dc5ZGB_8teA

² 66 Femizide bis 28. Jänner

³ pobreza

⁴ progreso

KOLUMBIENS SONDERJUSTIZ NIMMT FAHRT AUF

Kolumbiens Sonderjustiz für den Frieden (JEP) ist vier Jahre lang Ziel von Anfeindungen gewesen. Vor allem die Gegner des Friedensprozesses warfen ihr vor, ein Instrument zur Verfolgung von Regierungssoldaten zu sein. Jetzt hat sie eine erste offizielle Anklage gegen acht hochrangige Mitglieder der ehemaligen FARC-Guerilla wegen Kidnappings eingebracht.

Von Ralf Leonhard

Am 28. Jänner trat die kolumbianische Sonderjustiz für den Frieden (JEP) mit einer überraschenden Mitteilung an die Öffentlichkeit. Sie habe gegen den ehemaligen Oberkommandierenden der FARC und sieben weitere *comandantes* Anklage erhoben. Vorgeworfen wird ihnen, über 21.000 Entführungen angeordnet oder ausgeführt zu haben. Diese „Einbehaltungen“ (*retenciones*), wie sie die FARC beschönigend nannten, dauerten manchmal nur wenige Tage, in einigen Fällen aber viele Jahre. Das Völkerrecht sieht sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als solche fallen sie in die Zuständigkeit der JEP, die für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen geschaffen wurde.

Angeklagt ist Rodrigo Londoño, alias Timochenko, der die FARC die letzten Jahre angeführt hatte und jetzt die jüngst in *Comunes* umbenannte politische Partei der Ex-Guerilleros leitet. Von ihm soll seit 1982 die Politik der erpresserischen Entführung ausgegangen sein. Jahrelang konnte man auf vielen kolumbianischen Überlandstraßen nicht sicher sein, ob man sein Ziel erreicht. Gruppen von Guerilleros errichteten Straßensperren und nahmen Reisende wahllos als Geiseln. Erst wenn sie oder ihre Angehörigen Lösegeld zahlten, wurden sie wieder freigelassen. Diese Praxis, auch „wundersame Fischzüge“ genannt, kam weitgehend aus der Mode, als Präsident Álvaro Uribe ab 2002 die wichtigsten Straßen militariserte. Uribe, der hinter den Kulissen noch immer die Politik diktiert, verdankt einen großen Teil seiner Popularität der Dankbarkeit der Stadtbevölkerung, die sich wieder weitgehend unbehelligt Überland bewegen konnte.

Neben dem Kidnapping als Geldquelle gab es politische Entführungen und Festnahmen von Politikern und Soldaten zwecks Austauschs gegen gefangene Guerilleros. Milton de Jesús Toncel alias Joaquín Gómez, der vor dem Friedensabkommen von 2016 den *Bloque Sur* der FARC kommandierte, ist für die Entführung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin einer Grünen-Partei Ingrid Betancourt Pulecio verantwortlich. Sie war 2002 bis zu ihrer Befreiung durch die Armee 2008 mehr als sechs Jahre in Geiselhaft.



Rodrigo Londoño alias Timochenko

Von den weiteren Angeklagten ist einer am Tag vor der Mitteilung der JEP gestorben. Zwei haben Sitze im Kongress inne, die ihnen durch das Friedensabkommen unabhängig vom Wahlergebnis zustehen.

Den acht Angeklagten drohen bis zu 20 Jahre Haft. Wenn sie sich allerdings zu ihren Taten bekennen und Wiedergutmachung versprechen, können ihre Strafen in alternative Strafen umgewandelt werden. Das sind die Regeln der JEP, die für alle Akteure des bewaffneten Konflikts gleichermaßen gelten. Ihre Mandate würden die Verurteilten allerdings verlieren.

„Ich glaube, den Feinden des Friedensprozesses werden immer mehr die Argumente ausgehen, mit denen sie die Institutionen attackieren“, sagte Eduardo Cifuentes, der Präsident der JEP, Ende Jänner in einem Zeitungsinterview: „Der vereinbarte Friede ist ein Friede ohne Straflosigkeit. Nach der Übergabe der Waffen woh-

nen wir jetzt der Übergabe der Wahrheit bei“. Einer der erbittertsten Feinde ist Uribe, der die JEP als Erfindung der FARC verteufelt und es nicht ertragen will, dass „Terroristen“ und Militärs sich vor demselben Tribunal verantworten müssen.

Demnächst will die JEP die Verantwortlichen für die sogenannten *Falsos Positivos* zur Rechenschaft ziehen. Dabei geht es um Hunderte junge Menschen, die von Soldaten wahllos aus Armenvierteln geholt, in Guerillauniformen gesteckt, getötet und als tote Guerilleros präsentiert wurden. Diese Praxis begann unter der Regierung von Álvaro Uribe (2002-2010) und seinem Verteidigungsminister, dem späteren Präsidenten Juan Manuel Santos (2010-2018).

Verantwortliche für Kriegsverbrechen, die von der Justiz überführt werden, aber sich nicht den Regeln der JEP unterwerfen – also Geständnis, Reue und Wiedergutmachung –, können von den regulären Gerichten zu hohen Strafen verurteilt werden.

Ein Fall für die JEP ist auch der systematische Mord an Mitgliedern der Linkspartei *Unión Patriótica* (UP) in den 1980er und 1990er Jahren. Wie erst vor wenigen Wochen bekannt wurde, ist die Auslöschung des politischen Gegners auf höchster Ebene beschlossen und geplant worden. Die UP wurde im Zuge von Friedensverhandlungen zwischen den FARC und dem konservativen Präsidenten Belisario Betancur (1982-1986) als politischer Arm der Rebellen gegründet und erzielte bald beachtliche Erfolge auf kommunaler Ebene. Präsident Virgilio Barco (1986-1990) soll von einem israelischen Berater, dem ehemaligen Mossad-Chef Rafi Eitan, dazu aufgestachelt worden sein. Beauftragt mit dem Massenmord wurde die Armee, zur Finanzierung zog man Mittel der staatlichen Ölgesellschaft *Ecopetrol* heran.

Barco und Eitan sind längst tot, aber einer der federführenden Generäle, Rafael Samudio, ist noch am Leben. Er wird auch von Barcos Friedensbeauftragtem Carlos Ossa beschuldigt. Der hat vor seinem Tod 2018 ein schriftliches Protokoll mit Aussagen des Generals hinterlegt. Der Prozess gegen Samudio wird von Senator Iván Cepeda vorangetrieben. Sein Vater, der UP-Senator Manuel Cepeda Vargas war 1994 im Zuge dieser Ausrottungskampagne in Bogotá erschossen worden. ■

Interview mit
C. Vera, J. H. Wood

Fast 80 Prozent der Wahlberechtigten in Chile stimmten am 25. Oktober 2020 in einem Referendum für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und somit für die Ablösung der 1980 vom Pinochet-Regime oktroyierten und bis heute geltenden Magna Charta. Ein ähnliches Erdrutschergebnis gab es auch beim zweiten Votum, der Entscheidung, dass es ein eigenes für diese Aufgabe demokratisch zu berufender Konvent sein wird, der die neue Verfassung innerhalb von neun Monaten erarbeiten soll – und eben nicht, wie von Präsident Piñera favorisiert, eine Mischstruktur aus bereits gewählten Parlamentariern, ergänzt durch weitere Delegierte.

Mit ihrem historischen Votum verbanden die Hunderttausenden, die durch ihre Proteste seit dem *Estallido Social*, dem Beginn der Massendemonstrationen im Oktober 2019, diesen Volksentscheid erzwungen hatten, die Erwartung, endlich in einem Land leben zu können, in dem Menschenrechte garantiert, Prinzipien eines Sozial- und Rechtsstaats durchgesetzt, bürgerschaftliche Teilhabe ermöglicht und die Rechte der indigenen Bevölkerung anerkannt werden; kurzum: dass eines der weltweit brutalsten neoliberalen Systeme überwunden werden könnte. Die Kindernothilfe-Partner in Chile hatten in den Monaten vor dem Plebiszit klar Position bezogen und für die Teilnahme am Volksentscheid mobilisiert. Darüber, wie sich die Lage vor Ort jetzt darstellt, sprachen wir mit José Horacio Wood und Claudia Vera vom Kindernothilfe-Partner *Fundación ANIDE*.

Auf der ganzen Welt waren die Menschen beeindruckt, mit welcher Entschlossenheit und vor allem, wie eindeutig die Chileninnen und Chilenen am 25. Oktober 2020 für einen Neuanfang votierten und somit einen Bruch mit dem alten System wollten. Wie nehmt Ihr die Stimmung heute, drei Monate nach diesem historischen Tag, wahr?

José Horacio Wood: Die Teams in den Projekten, die Menschen in den Armenvierteln, auf die sich das Engagement der Kindernothilfe-Partner konzentriert, die Jugendlichen und auch die Kinder erlebten diesen geschichtlichen Moment im Oktober sehr intensiv, voller Hoffnung, voller Enthusiasmus. Ein Vierteljahr danach ist immer noch der Stolz darüber zu spüren, hier dabei gewesen zu sein. Aber der Optimismus dieser magischen Nacht vom 25. auf den 26. Oktober schlägt mittlerweile in Ernüchterung um. Den Menschen wird bewusst, dass der steilste Teil des Weges noch bevorsteht. Mir persönlich wäre es sehr wichtig gewesen, bei diesem Volksentscheid gerade in den Vierteln der ärmeren Menschen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Das ist leider nicht gelungen: Am Ende mussten wir uns eingestehen, dass fast die Hälfte der Chileninnen und Chilenen nicht an der Abstimmung teilnehmen wollte.

Claudia Vera: Und mit jedem Tag wird jetzt auch deutlicher, mit welcher Strategie die Parteien, die historisch bis zuletzt hinter dem Pinochet-System standen, das zum Teil bis heute tun, und die jetzt seit März 2018 erneut die Regierungskoalition hinter Präsident Sebastian Piñera bilden, sich für den Verfassungsprozess aufstellen. Sie haben erreicht, dass die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 11. April nach ihren Regeln und mit einem sie begünstigenden Auszählverfahren ablaufen werden. Weil sie mit einer gemeinsamen Liste antreten, sind die Chancen groß, dass es ihnen gelingt, die Sperrminorität zu bilden, die sie benötigen, um alle tiefgreifenden Veränderungen abzublocken. Die Mitte-Links-Parteien der Opposition sind hingegen – wie üblich – zerstritten. Hinzu kommt, dass sie über ihren Schatten springen müssten, um den sozialen Bewegungen, Stadtteilorganisationen und engagierten Basisgruppen eine faire Teilhabe und entsprechende Listenplätze für die Wahlen zum Verfassungskonvent anzubieten.

Was wir in dieser Phase ebenfalls schmerzhaft vermissen, ist eine heilsame Selbstkritik eben dieser Parteien der *Concertación* beim Blick auf ihre eigene Rolle während der drei Jahrzehnte seit dem Ende

„JETZT ERWARTET UNS DER Kindernothilfe-Partner in Chile

des Pinochet-Regimes. Weil diese Selbstkritik aber offenkundig ausbleibt, misstrauen ganz viele Menschen der sogenannten „politischen Klasse“ zutiefst. Und das macht es jetzt so unendlich schwer, einander zu vertrauen, wo es doch so entscheidend darauf ankommt, Bündnisse zu schmieden, gemeinsame Wahllisten zu erstellen und am 11. April mit dem Rückhalt durch eine ganz breite zivilgesellschaftliche Basis die Wahlen zur *Constituyente* zu gewinnen.

Das klingt aber nicht sehr ermutigend! Gibt es denn irgendwelche Perspektiven, um den Enthusiasmus rund um das Plebiszit vom 25. Oktober doch noch bis in den April zu tragen? Was wären die Voraussetzungen dafür?

Claudia Vera: Ganz viel hängt jetzt von der Zivilgesellschaft und dabei ganz besonders von Organisationen wie den *Cabildos* und *Asambleas Territoriales* (Nachbarschaftsversammlungen) ab; davon, ob es ihnen gelingt, den Parteien, die in Chile nicht zum Lager der Pinochet-Apologeten und Verteidiger der „alten Ordnung“ gehören, ein Bekenntnis zu den unveräußerlichen Elementen, die in der neuen Verfassung stehen müssen, abzurufen. Ganz entscheidend wird es darauf ankommen, das Prinzip eines „subsidiär“ handelnden Staates, der eben nur dann unterstützend einspringt, wenn alle anderen – privaten – Ressourcen aufgebraucht sind oder nicht greifen, durch einen echten Rechts- und Sozialstaat zu ersetzen, in dem Bürgerinnen und Bürger nicht Bittsteller sind, denen je nach politischer Konjunktur und Kassenlage irgendwelche „Wohltaten“ zugestanden werden, sondern die Beziehung zwischen Staat und Bürgern auf verbrieften Rechten beruht, die notfalls vor ordentlichen Gerichten eingeklagt werden können. Die rechten Parteien benutzen in ihrem Diskurs seit Neuestem den Begriff des „solidarischen Staates“. Aber das ist nur ein Euphemismus, weil es ihnen erneut genau nicht darum geht, dass Menschen Rechte haben. Stattdessen lässt der „solidarische Staat“ seinen Untertanen bestenfalls eine Wohltat zukommen – oder eben auch nicht.

STEILSTE TEIL DES WEGES“

zwischen Zuversicht und Ernüchterung



Foto: Jürgen Schübelin



Gab es während der langen Monate der Corona-Pandemie in Chile Beispiele für diesen Grundkonflikt?

José Horacio Wood: Mir fällt da als erstes die öffentlichkeitswirksam inszenierte Verteilaktion von Kartons mit etwas Lebensmitteln und ein paar Hygiene-Artikeln in den Armenvierteln ein. Das war eine typische Regierungsaktion für die Fernsehkameras. Der Staat schenkt Familien einen Karton mit etwas zum Essen. Und wer leer ausgeht, hat eben Pech gehabt. Das Ganze dauerte dann ja auch nur zwei Wochen. Danach hat die Regierung das Interesse schnell wieder verloren. Viel nachhaltiger und wirkungsvoller wäre gewesen, den Familien durch die monatliche Überweisung eines Geldbetrags auf das Basiskonto, das alle Chilen:innen bei der Staatsbank haben, etwas Luft zu verschaffen und die Möglichkeit zu geben, selbst darüber zu entscheiden, welche Ausgaben in der deprimierenden Lockdown-Situation am dringendsten sind. In Europa haben die Menschen ein Recht auf Grundsicherung. So etwas kennt das „Modell Chile“ nicht. Auf den Punkt gebracht: Was die Menschen während dieser schrecklichen Pandemie so schmerzhaft vermissten, ist eine aktive, systematische Sozialpolitik auf der Grundlage von Gesetzen.



Spielt bei all diesen Diskussionen auch das Thema der Kinderrechte eine Rolle? Gibt es Überlegungen, wie die Kinderrechte in die neue Verfassung einfließen sollen?

Claudia Vera: Als Erstes muss erreicht werden, 31 Jahre nach dem Ende der Pinochet-Diktatur endlich auch in Chile ein Kinderrechte-Statut zu verabschieden. Die Kinderrechte müssen unbedingt in die neue Verfassung! Wir haben den Eindruck, dass es darüber unter den demokratischen Kräften im Land einen breiten Konsens gibt. Kinder und Jugendliche spielen in den Diskussionen der Nachbarschaftsversammlungen eine prominente Rolle, weil die dramatischen Zahlen von über 1.300 Todesfällen sowie 2.071 Vergewaltigungen und anderer schwerer Sexualdelikte, die es nach einer Untersuchung der Kriminalpolizei in den zurückliegenden zwölf Jahren in Einrichtungen der staatlichen Kinder- und Jugendbehörde SENAME gegeben hat, regelrechte Schockwellen auslösten. Das hat, zusammen mit der unerträglichen, systematischen Polizeibrutalität während des *Estallido Social* gerade auch gegen Kinder und Jugendliche ganz viele Menschen aufgerüttelt.

José Horacio Wood: Und es gibt die Forderung, in Chile eine nationale Kinder-

rechtskommission zu schaffen, die an allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt wird. Wir erhoffen uns aber auch einen Durchbruch bei der Entwicklung einer neuen Bildungspolitik. Es geht um einen Paradigmenwechsel, um die Forderung nach einer Bildung mit Qualität für alle Kinder, einer Schulbildung, die aufhört, in den Klassenzimmern, so wie seit über vier Jahrzehnten, extreme soziale Unterschiede zu reproduzieren und dadurch das neoliberale System zu verewigen. Aber es geht auch darum, dass Politiker:innen in diesem Land endlich aufhören, Jugendliche zu stigmatisieren und zu kriminalisieren.



Bei den Protesten seit Oktober 2019 spielte auch die prekäre Lage älterer Menschen in Chile eine ganz wichtige Rolle. Wie wirkte sich die Covid-19-Pandemie diesbezüglich aus?

José Horacio Wood: Corona hat das noch einmal überdeutlich gemacht: Wir brauchen in diesem Land ganz dringend ein neues, gerechtes Rentenversicherungssystem! Das derzeitige, ausschließlich auf Zwangsbeiträgen von Versicherten, die in Aktienfonds investiert werden, gestützte Kapitaldeckungs-System der AFPs (*Administradoras de Fondos de Pensiones*) produziert nicht Altersarmut, sondern Alterselend. Deswegen muss am Ende dieses verfassungsgebenden Prozesses ein Vorschlag für ein neues System stehen, das sich auf einen vom Staat finanzierten Grundrentenanteil, ergänzt durch Arbeitgeberbeiträge und freiwillige Sparleistungen der Versicherten stützt.



Woran lassen sich die Schleifspuren dieser furchtbaren Covid-19-Monate in Chile mit 652.525 Infizierten und 17.204 Verstorbenen (Stand 14. 1. 2021) dort, wo die Kindernothilfe-Partner in den Armenvierteln engagiert sind, am deutlichsten ablesen?

Claudia Vera: Nur zur Einordnung dieser Zahlen: Wichtig ist, sich immer wieder deutlich zu machen, dass die Bevölkerungszahl Chiles nur ein Fünftel der von Deutschland – und etwas weniger als das Doppelte der von Österreich – erreicht. Die sicherlich gravierendste Konsequenz der Pandemie-Krise in unserem Land besteht darin, dass in Chile seit März 2020 mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze verloren

⇒ von Seite 29: INTERVIEW CHILE

gingen. Und das waren eben, wie immer in wirtschaftlich schwierigen Momenten, vor allem die Beschäftigungsmöglichkeiten der Geringverdienenden, der Menschen in den prekärsten Arbeitsverhältnissen, im Einzel- und Straßenhandel, auf Baustellen, bei informellen Dienstleistungen. Diejenigen, die es hier am härtesten getroffen hat, sind Migrant:innen aus anderen lateinamerikanischen Ländern: Peru, Bolivien, Haiti, Venezuela. Unsere Kolleg:innen vom Projekt *Niños sin Fronteras* im Santiagoer Stadtteil Independencia berichten, dass unter den Familien, mit denen sie arbeiten, sieben von zehn sämtliche Einkommensmöglichkeiten verloren haben. Im Armenviertel La Victoria, im Südwesten von Santiago, wo ein großer Teil der aus Haiti eingewanderten Familien lebt, ist die Situation zum Teil noch verheerender. Hier herrschen blanke Not, Hunger und Verzweiflung. Anders lässt sich die Lage nicht beschreiben.

steckungszahlen selbst im Hochsommer nicht unter den Bereich zwischen 1.500 und 1.800. Zurzeit erleben wir wieder einen Anstieg, mit strikten Quarantäne-Bestimmungen besonders in Concepción und Puerto Montt. Hinzu kommen seit April 2020 nächtliche Ausgangssperren, die an den Nerven der Menschen zerren.

Die chilenische Regierung plant, erst im März 2021, nach den Sommerferien, wieder vollständig in allen chilenischen Schulen mit dem Präsenzunterricht zu beginnen. Was hat die Covid-19-Pandemie mit dem Recht der Kinder auf Bildung gemacht?

José Horacio Wood: Im März wird es dann ein volles Jahr sein, während dem 90 Prozent aller Schulen, Kindergärten und Universitäten geschlossen blieben und keine Präsenzaktivitäten stattfanden. In Chile waren bereits vor Corona nirgendwo die Unterschiede zwischen Arm und Reich

DIFFUSER

Am 11. April soll Peru seinen 99. Präsidenten und einen neuen Kongress wählen. Die Wahlen sollten im Zeichen der 200-jährigen Unabhängigkeitsfeier stehen, das Land befindet sich jedoch nach wie vor in einer Repräsentationskrise und kämpft gegen eine Pandemie, die fast 40.000 Leben und den Verlust von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen gefordert hat. Zu feiern gibt es daher wenig: Das Land steht vor der nächsten Quarantäne, der Impfstoff aus China lässt auf sich warten und die Euphorie der November-Proteste flaut allmählich ab.

Von Eny Angenvoort

Bisher bestand der Wahlkampf hauptsächlich darin, die Vitas der Kandidat:innen zu überprüfen, sie und ihre Parteien zu registrieren oder aufgrund von Unregelmäßigkeiten auszuschließen. Von den 24 registrierten Parteien haben 23 Kandidat:innen für die Präsidentschaft aufgestellt. Sechs Parteien haben ihre Registrierung zurückgezogen oder ihre Listen wurden für unzulässig erklärt. Von den 17 übrig gebliebenen Bewerber:innen sind bisher nur sechs gänzlich zugelassen, während die anderen durchaus noch bis zum 10. April ausgeschlossen werden könnten.

Die Parteienlandschaft in Peru ist bunt und teilweise neu, denn eigens für die Wahl wurden einige ins Leben gerufen oder haben sich umbenannt. Ihre Namen erinnern an Motivationsparolen, die Einigkeit, Tatkraft und Wandel suggerieren sollen. Die meisten Wahlprogramme lassen kaum eine bestimmte Ausrichtung erkennen, sondern gleichen Sammelsurien politischer Ismen, die mit populistischen Parolen gespickt sind. Das politische Spektrum ist dermaßen unüberschaubar, dass laut Umfragen rechte Parteien wie *Fuerza Popular* in der Wählerwahrnehmung links, rechts und in der Mitte gleichzeitig stehen können.

Unter den Kandidat:innen findet man bekannte Gesichter, darunter zwei ehemalige Präsidenten. Zum einen Ollanta Humala (*Partido Nacionalista*), bis vor kurzem im Zusammenhang mit dem „Fall Odebrecht“ in Untersuchungshaft. Des



Foto: Diego Reyey Vielma

Wird die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ein Raub der Flammen?

Aber nicht nur in den Armenvierteln, bis weit in die Mittelklasse hinein kämpfen die Menschen darum, mit einem Bruchteil ihrer bisherigen Einkommen über die Runden zu kommen. Covid-19 hat die bereits zuvor dramatische Überschuldungskrise hunderttausender privater Haushalte weiter verschärft. Und diese Existenzsorgen machen die Menschen krank, verursachen extremen Stress, innerfamiliäre Gewalt und Depressionen. In Europa kam es während der Sommermonate zumindest zu so etwas wie einem Moment des Luftholen-Könnens, zu ein bisschen „Normalität“. Das gab es in Chile nicht. Hier fielen die täglichen Neuan-

so extrem und so manifest wie beim Blick in die Schulen. Und die Pandemie wirkte auf dieses Problem wie ein Brandbeschleuniger. Dadurch, dass es in den Armenvierteln der großen Städte, aber auch in vielen ländlichen Gemeinden immer noch nur ganz schlechte Zugangsmöglichkeiten zum Digitalunterricht gab und gibt, sprechen glaubwürdige Untersuchungen inzwischen davon, dass während der Lockdown-Monate der Kontakt zu über 100.000 Schülerinnen und Schülern komplett abgerissen ist. Unser Bildungssystem hat diese Kinder einfach verloren. Das ist eine Katastrophe in der Katastrophe!■

Interview: Jürgen Schübelin

WAHLKAMPF

weiteren Martín Vizcarra, der mit der Partei *Somos Perú*, die vor wenigen Monaten noch für seine Amtsenthebung stimmte, für den Kongress kandidiert.

Die vier favorisierten Präsidentschaftskandidat:innen im Rennen sind in der peruanischen Politikszene ebenfalls bekannt: Georg Forsyth von der frisch umgetauften liberal-konservativen Partei *Victoria Nacional* führt die Umfragen derzeit an. Der ehemalige Fußballer und Bürgermeister des Lima-Distrikts La Victoria ist der jüngste Kandidat (38) und bei den Wählern zwischen 18 und 42 Jahren beliebt.

beitrat. Die einzige linke Kandidatin dieser Konstellation fordert eine Planwirtschaft mit Regulierungs- und Kontrollinstanzen sowie zwei weitere Corona-Boni für die bedürftigsten Familien.

Undurchsichtige Programme und die hohe Anzahl an Kandidat:innen und Parteien sind nicht nur verwirrend, sondern begünstigen personenzentrierte Kampagnen, die am Ende dazu führen, dass die Abstimmungswerte für den Kongress nicht mit den Präferenzen für Präsidentschaftskandidat:innen korrelieren. Diese ergeben vielmehr ein umgekehrtes Bild, in dem – laut jüngster Januar-Umfrage – die Partei *Victoria Nacional* des Favoriten Forsyth nicht einmal die 5%-Marke erreicht, während die Partei *Acción Popular*, die

len. Die Partei *Fuerza Popular* etwa, die 7% junge Mitglieder hat, startete im Juli 2020 die „Erste digitale Schule für politisches Training“ und bot u.a. Videos an, in denen Alberto Fujimori seine Version der Geschichte erzählt. Wider Erwarten hat sich aus der spontan organisierten eher jungen Bewegung vom letzten November keine zentralisierte Repräsentation gebildet, denn das wachsende politische Interesse in diesem Segment gilt nicht der Parteipolitik.

Erwartungen und Forderungen der Bevölkerung

Für die peruanische Bevölkerung sind strukturelle Korruption, Kriminalität und Arbeitslosigkeit bzw. die sich verstärkende Wirtschaftskrise die Hauptprobleme, die von einer neuen Regierung angegangen werden sollten. Mehr als die Hälfte der Peruaner:innen setzen daher ihre Hoffnung in eine neue Verfassung, die u.a. eine dominanter Rolle des Staates in der Ökonomie festschreiben soll. Von den Präsidentschaftskandidat:innen sprechen sich viele ebenfalls für eine Verfassungsreform aus, lediglich Fujimori sieht darin Verstaatlichungsabsichten der Linken und warnt ausdrücklich davor.

Die in der Pandemie gestiegene Kriminalität wollen einige der Kandidat:innen mit einer Politik der „harten Hand“ bekämpfen. Dazu gehören Fujimori und Forsyth, der in seiner Zeit als Bürgermeister die Polizei bei Razzien samt Kamera-Team zu begleiten pflegte. Weitere Forderungen, wie Ermittlungen zur im November angewandten Polizeigewalt, sind ins Stocken geraten. Vielmehr wurde im Dezember auch gegen Arbeiter des Agrarsektors gewaltsam vorgegangen, wobei ein Arbeiter ums Leben kam.

Ein durchaus mögliches Ergebnis der kommenden Wahlen ist ein Kongress, der wieder mit kleinen Fraktionen und unerfahrenen Abgeordneten auskommen muss, und ein Präsident, der im Schatten der immer noch bestehenden Klausel über „Amtsenthebung wegen moralischer Unfähigkeit“ regieren müsste. Bei diesen Aussichten wird die Rolle der jungen Generation wohl eher darin bestehen, ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Wahlpflicht nachzukommen und sich in Bereitschaft zu halten, ihre Interessen auf der Straße zu artikulieren, so wie jüngst bei einem Protest am 10. Januar in Lima, der eine Beschleunigung der Ermittlungen über Polizeigewalt forderte. ■



Foto: Ministerio der Relaciones Exteriores via Flickr

Martín Vizcarra, der gestürzt Präsident, kandidiert nun für den Kongress

Ihm folgt Keiko Fujimori (*Fuerza Popular*), gegen die weiterhin wegen Geldwäsche und Verdunklungsfahr ermittelt wird. Noch letztes Jahr saß sie in Untersuchungshaft und darf Lima nur mit richterlicher Erlaubnis verlassen. Sie will im Falle eines Sieges ihren Vater, Alberto Fujimori, begnadigen lassen. Dieser verbüßt derzeit eine 25-jährige Haftstrafe wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen und Korruption und soll wegen weiterer Verbrechen angeklagt werden.

Dritter im Bunde ist Julio Guzmán vom *Partido Morado*, der als Präsident alle Entscheidungen höchstpersönlich kontrollieren will. Die vierte favorisierte Kandidatin ist Verónica Mendoza von *Juntos por el Perú*, einer Partei, der sie erst kürzlich

einen eher schwachen Präsidentschaftskandidaten hat, die besten Werte erreicht.

Instrumentalisierung der Jugend?

Einige Parteien präsentieren neue „junge Gesichter“, um einen Generationswechsel in den eigenen Reihen zu suggerieren und junge Wähler:innen der sogenannten „Generation der 200 Jahre Unabhängigkeit“ zu erreichen. Von den 25,3 Millionen Wahlberechtigten sind 27,4% zwischen 18 und 29 Jahre alt, doch in den 24 registrierten Parteien selbst stellen die unter 30-Jährigen nur knapp 7,7% der Mitglieder. Einige Parteien haben sogar Kaderschmieden, in denen sie ihre Jugend auf eine politische Karriere vorbereiten wol-

LEGALISIERUNG DES SCHWANGERSCHAFTSABBRUCHS

ARGENTINIEN

Die Legalisierung des selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruchs ist ein historischer Erfolg für Argentinien. „Grüne Flut“, die dieses Recht in jahrelangen Mobilisierungen gefordert hat. Sie ist auch ein Meilenstein für Lateinamerikas wachsende feministische Bewegung.

Von Azul Cordo

Die Schwüle ist fühlbar, Gewitter liegt bedrohlich in der Luft, aber auch wenn es in Strömen regnete wie am 8. August 2018, so würde die Abstimmung im Senat nicht ausgehen wie damals. „Wir kommen zurück, um besser zu sein“ ist der Slogan der Regierung von Alberto Fernández und auch, wie es scheint, das Versprechen der Kampagne zur Schwangerschaftslegalisierung, die im Senat 38 Stimmen erhielt bei 29 Gegenstimmen und einer Enthaltung. Im Fall der Frauenbewegung war „Wir kommen zurück“ das Synonym für Wachstum und nicht für Rückkehr, denn nie hatte sie diesen Platz, öffentlicher Raum par excellence, verlassen. Dort hatte sie für die Rechte der benachteiligten Bevölkerungsgruppen gestritten, derer, die bis zu diesem Dienstag als Staatsbürgerinnen zweiter Klasse behandelt wurden.

Hinter der Abstimmung vom 29. Dezember liegen 15 Jahre nationaler Kampagne für den legalen, sicheren und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, in Argentinien unterstützt durch das Anwachsen von Netzwerken wie den Ersthelferinnen, die im ganzen Land Abbrüche beraten und begleiten, gemeinsam mit dem Netzwerk des Gesundheitspersonals für das Recht auf Entscheidung, die den sicheren Abbruch als Frage der öffentlichen Gesundheit verstehen, für Rechte eintreten und den hippokratischen Eid ernst nehmen. Hinter der Abstimmung steht auch das Netzwerk der Lehrkräfte für das Recht auf Abtreibung, für das dieses Thema Teil einer umfassenden Sexualerziehung sein sollte, die alle Kinder erhalten sollten. Zu erwähnen sind auch solidarische Abgeordnete und feministische Journalistinnen. Alle vereint in diesem gemeinsamen Anliegen, das Recht auf Abbruch als Teil des Rechts auf ein lebenswertes Leben zu garantieren.



Freude über den Durchbruch vor dem Kongress (in der Nacht zum 30.12.2020)

Die Politik ohne Körper ist Bürokratie. In den Tagen vor der dann weltweit gefeierten Abstimmung gab es viel Realpolitik: Treffen von Präsident Fernández, um in verschiedenen Provinzen noch Unentschlossene zu überzeugen, junge Senatorinnen und ihre Beraterinnen, die alles für eine umfassende Debatte gaben, aber vor allem die Mädchen und Pionierinnen, die wieder Straßen und Plätze füllten, um die Gleichgültigkeit zu verhindern.

Warum wird bei der Abstimmung über ein Gesetz so gezittert wie bei einer Weltmeisterschaft? Die Übertragung der Parlamentsdebatte wurde auf sechs riesigen Leinwänden außerhalb des Kongresses in Buenos Aires verfolgt: drei für den grünen Sektor, die anderen für die Gegner:innen des Gesetzes. In weiteren 60 Gemeinden des Landes trafen sich über ein Jahr nach der ersten, gescheiterten Abstimmung Abertausende in einer Vollmondnacht. Um 4:12 bestätigte sich die grüne Hoffnung.

Regionale Welle

Die Gesetzesannahme wirkt wie ein Multiplikator in der gesamten Region. Bis zu jenem Dienstag gab es in Lateinamerika und der Karibik sechs Länder, wo der Abbruch ohne Indikation während der ersten Schwangerschaftswochen möglich ist: Uruguay, Kuba, Guayana, Französisch-Guayana, Puerto Rico und Mexiko (in Mexiko-Stadt und Oaxaca). Mit Argentinien sind es nun sieben.

Von El Salvador aus, wo der Abbruch vollkommen unter Strafe steht und Dutzende Frauen wegen eines spontanen Aborts im Gefängnis sind, bezeichnete die Journalistin Laura Aguirre den argentinischen Erfolg als Rückenstärkung und als „Erinnerung daran, dass dieses Ziel, auch wenn der Weg lang und schwierig ist, mit Geduld, Schwesterlichkeit, Kampf und gegenseitiger Unterstützung erreichbar ist“. Tica Moreno vom Frauenmarsch Brasiliens beschrieb diesen Sieg als Fortschritt für alle internationalistischen Feministinnen, wenn auch der „kollektive Kampf gegen die reaktionäre, neoliberale und patriarchale Offensive in der Region“ nicht einfach sei.

Es sei zwar kein Dominoeffekt von Gesetzen zugunsten legaler Abtreibung in Lateinamerika abzusehen, so Marta Alanis von den Katholischen Frauen für das Recht zu entscheiden, „aber wir haben so viel grüne Propaganda gemacht, dass sich dieses fortschrittliche Gesetz je nach der politischen Situation der einzelnen Länder auswirken wird. Jede Bewegung muss in ihrem Land die Bedingungen dafür schaffen, denn die Legalisierung ist möglich“.

Die politische Verpflichtung, der Lage gewachsen zu sein

Um 16:08 begann die Debatte mit 34 anwesenden Senatoren und Senatorinnen von 72, zwei Abwesenden, und die übrigen waren von ihren Provinzen aus virtu-

ell zugeschaltet. 59 waren als RednerInnen vorgemerkt, von denen sechs in Bezug auf ihr Stimmverhalten als „unentschlossen“ eingestuft waren; schließlich kamen 58 zu Wort. Abgesehen von feministischen Mahnwachen folgten Tausende den Ausführungen auf dem Youtube-Kanal des Senats, mit Spitzen von bis zu 51.400 Zuseher:innen, Abertausende verfolgten die Übertragung durch Radio- und Fernsehkanäle. Zwölf Stunden später waren der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch bis zur 14. Woche und die Nachbetreuung Gesetz. Nach dieser Frist gibt es Ausnahmen für den Fall von Vergewaltigung und bei Gefährdung der Gesundheit der Frau.

erlauben ihnen nicht, ab 16 Jahren zu wählen, aber zwingen sie sehr wohl dazu, mit 10, 11, 12 Jahren Kinder auf die Welt zu bringen. Das ist ganz einfach das Bild der Frau als Gebärmaschine. 18% der Lebendgeburten in meiner Provinz werden von unter 18jährigen geboren. Werden wir sie abtreiben lassen oder werden wir sie auf das Kommissariat oder in das Leichenschauhaus begleiten?“ So rief sie ihre Parteifreunde zur Unterstützung auf, während sie ihr grünes Tuch mit der Aufschrift „Mädchen, keine Mütter“ hochhielt. Die Provinzen im Nordosten von Argentinien sind diejenigen mit der höchsten Geburtenrate im Kinder- und Jugendalter und gleichzeitig jene mit der höchsten strukturellen Armut.

Eine andere starke Pro-Argumentation, die ein Vorbote der Diskussion zur Trennung von Staat und Kirche sein könnte, kam von Gladys González (*Propuesta Republicana*), nämlich dass sie niemandem eine religiöse Doktrin aufzwingen könne: „Ist es nicht höchste Zeit zu verstehen, warum auch unsere gläubigen Frauen abtreiben? Zu spät haben wir die Bedeutung der Sexualkunde und des Gebrauchs von Verhütungsmitteln erkannt. Bestrafung und Schuldgefühle führen nur zu mehr Schmerz und zum Tod.“

Das grüne Tuch als grenzüberschreitendes Zeichen, das auch schon die Kämpfe der Mütter und Großmüttern begleitet hat, war während des ganzen Tages überall präsent. Auch die FDT-Senatorin María Eugenia Duré hatte eines auf ihrem Schreibtisch, als sie erklärte: „Wir Frauen bitten nicht um Erlaubnis, um Geschichte zu machen. Dieses Projekt wird unsere Würde als Frauen und Schwangere wiederherstellen“.

Bei seiner Argumentation für den Gesetzesantrag argumentierte Roberto Mirabella aus Santa Fe, dass der Schwangerschaftsabbruch trotz Strafandrohung immer existiert habe. Noch in den letzten Stunden zuvor hatten ihn Bischöfe zuhause besucht und unter Druck gesetzt. Und er war keine Ausnahme: Matías Rodríguez aus Feuerland eröffnete seine Rede mit einer Solidaritätsadresse an Kolleg:innen, die Einschüchterungen von „Fanatikern“ erhielten. Die GegnerInnen des Antrags drohten, belästigten und verzögerten auch während der Diskussion im Senat mit diskriminierenden, respektlosen und lügnerischen Argumenten.

Mit dem Beschluss des Gesetzes wurde auch begonnen, eine Schuld der Demokratie abzubauen: Zwischen 1983 und 2016 sind 3.040 Frauen bei unsicheren Abtreibungen gestorben. Denjenigen, die an diesen Zahlen zweifelten, hielt die aus dem Chaco kommende María Inés Pilatti vor: „Sie erinnern mich an eine Zeit, als man an den 30.000 Verschwundenen zweifelte.“

Was nachher kommt

Verweigerung aus Gewissensgründen oder institutioneller Ideologie, was in Uruguay seit der vor acht Jahren implementierten Gesetzesänderung klar als die wichtigste Herausforderung diagnostiziert wurde, ist Teil der Hindernisse, die „wir aus dem Weg räumen werden“, so Marta Alanís von den Katholikinnen für das Recht auf Entscheidung. „Wir haben viel Arbeit vor uns“, räumte sie ein, aber mit einer weitgehenden sozialen Entkriminalisierung und mit einer „intakten und für das, was uns noch bevorsteht, starken grünen Flut“, sagte sie u.a. in Anspielung auf die gerichtlichen Klagen, die die Abtreibungsgegnerin Silvia Elías de Pérez beim Obersten Gerichtshof einzubringen ankündigte. Es hat den Anschein, dass die Senatorin den existierenden Strafrahmen verschärfen will: Nach einer Untersuchung des Instituts für Sozial- und Rechtsstudien gab es seit 2012 1.532 Strafverfahren wegen Abtreibung und 37 wegen möglicher Eingriffe in 17 Provinzen.

Andernorts trafen sich Ersthelferinnen mit Frauen, denen geholfen worden war. Eine von ihnen sagte: „Als abgestimmt wurde, war ich kurz sprachlos. Aber nach einigen Minuten rollte in mir ein Film mit Gesichtern und Situationen ab, die ich mitmachte und die mein Denken und mein Leben verändert haben. Und so konnte ich dann nicht aufhören zu weinen. Trotz all meiner rationalen Kritik an diesem Gesetz war doch das Stärkste dieses Gefühl, dass das jetzt Gerechtigkeit und ein wenig Wiedergutmachung war.“

Aktivistinnen, die jahrelang in konservativen Ortschaften Anfeindungen ausgesetzt waren, erhalten pausenlos Glückwünsche von verschiedenen Seiten. Jede Botschaft ist eine Umarmung. „Das ganze Leben kämpfen wir schon dafür und nun haben wir Erfolg. Es ist sehr erschöpfend und bedeutet für uns gleichzeitig Gerechtigkeit, Schönheit und Liebe“, so Dahiana Belfiori, die Autorin des Buches „*Código Rosa, relatos de aborto*“ (Rosa Code – Berichte über Abtreibungen). ■



Foto: Sarah Pabst

Kundgebung gegen Abtreibung am 29.12.

Mit fortschreitender Uhrzeit gewann für die Unentschlossenen das Argument an Gewicht, den Zugang zur Schwangerschaftsunterbrechung als ein dringendes Problem der öffentlichen Gesundheit zu sehen, da der Eingriff trotz der Illegalität praktiziert wird: Sie verstärkt nur lebensbedrohende Risiken und die Kriminalisierung. Eine Zusammenfassung der Gründe für das Wechseln ins befürwortende Lager lieferte die Erklärung von Lucila Crexel aus Neuquén, die sich 2018 der Stimme enthalten hatte: „Ich habe meine Haltung nicht geändert, aber den Blickwinkel: Der illegale Abbruch ist ein totgeschwiegenes Thema, das viele noch immer nicht sehen wollen. Mir ist dieses Drama nicht gleichgültig. Dieses Gesetz wird für jene, die es ablehnen, keinen Unterschied machen, aber sehr wohl für jene, die auf die Unterstützung des Staates angewiesen sind.“

Ana Almirón (*Frente de Todos*, FDT), die zehn Stunden per Auto von Corrientes angereist war, beurteilte die Debatte als „großartig und umfassend“ und hielt eine der in den sozialen Medien am meisten gelobten Reden. Als Kritikerin ihrer Provinz, die sich 2011 als „für das Leben“ deklariert hatte, erinnerte sie daran, es gebe dort „kein Wahlrecht für Jugendliche, wir

DIEGO ARMANDO MARADONA (1960–2020) WIE DIEGO DAS EMPIRE VERNASCHTE

Der argentinische Historiker Tomás Bartoletti erlebte als Zehnjähriger durch Diego Maradona seine politische Taufe. Der verstorbene Jahrhundertfußballer sei den Eliten stets ein Dorn im Auge gewesen, schreibt er.

Von Tomás Bartoletti

Ich weinte nicht um Maradona in diesen Tagen der Staatstrauer. Fußball interessiert mich schon seit Jahren nicht mehr. Da sind der unerträgliche *machismo*, die millionenschwere Korruption der *Fifa* und der Regierungen auf Kosten der Ärmsten, der ausufernde Konsum der Fußballidole und so weiter und so fort. In den Tagen der Staatstrauer weinte ich nicht um Maradona, doch die Emotionen, die Diego in Argentinien und weltweit auslöste, fühlten sich vertraut an – es waren dieselben, die mich einst sein Poster an die Wand meines Kinderzimmers hängen ließen. Es war der Diego von 1981 im Trikot der *Boca Juniors*, noch bevor er Weltmeister, noch bevor er Partylöwe und Bösewicht der Presse wurde.

Aber ich habe 1994 um Maradona geweint. Damals war ich zehn Jahre alt, und in den USA fanden die Fußballweltmeisterschaften statt. Es war das erste Mal, dass ich wegen etwas weinte, das nicht mit mir zu tun hatte. Heute, viele Jahre später, begreife ich, dass dieses Ereignis für mich in einem neoliberal entpolitisierten Argentinien wie eine politische Taufe war. Wie konnte es sein, dass sie den besten Spieler der Geschichte von seiner letzten Fußballweltmeisterschaft ausschlossen? „Sie haben mir die Beine abgeschnitten“, sagte Diego in der Pressekonferenz.

Die *Fifa* hatte Stunden zuvor bekannt gegeben, dass Maradonas Dopingtest positiv ausgefallen war. Es war nicht Kokain, sondern das im freien Handel erhältliche *Ephedrin*, und zwar in einer sehr geringen Dosis. Heute wertet die Weltantidopingagentur diese Menge *Ephedrin* im Urin nicht mehr als Doping.

Von Schande und Klassenhass

„Sie haben mir die Beine abgeschnitten“ – damit bezog sich Maradona auf den damaligen *Fifa*-Präsidenten, den Brasilia-

ner João Havelange. Laut Maradona wollte Havelange, dass Brasilien nach 24 Jahren wieder Weltmeister würde – doch mit Maradona war Argentinien unschlagbar. Für mich als Zehnjährigen bedeutete diese Episode nicht nur den Fall des Nationalhelden, sondern sie lehrte mich auch, dass sich der Fußball nicht immer an die Spielregeln hält. Politische Intrigen, globale Machtkämpfe und Erpressung jeglicher Art waren an der Tagesordnung – und bestimmender als die unbestreitbaren Fähigkeiten des besten Fußballers aller Zeiten.

Während dieser Episode wurde mir die Diskussion in den Medien bewusst, die das *Ephedrin*doping auf lokaler Ebene nach sich zog. Dieselben Medien, die Maradona Jahre später als Champion in den Himmel loben sollten, sprachen von der internationalen Schande, die dieser „Drogensüchtige“ darstelle. Hinter solchen Angriffen war der Klassenhass zu erkennen, den beliebte Persönlichkeiten wie Maradona oder die Schauspielerin und Präsidentengattin Eva Perón in Argentinien hervorriefen. Da sie aus marginalisierten Schichten stammten, verzieh ihnen die Elite von Buenos Aires nie, dass sie die breite Bevölkerung begeisterten und weltweit als Ikonen Argentiniens galten. Diego sah keinen Widerspruch darin, in Villa Fiorito, einem der ärmsten Viertel von Buenos Aires, geboren zu sein und *Ferrari* zu kaufen oder *Versace* zu tragen. Er war im Gegenteil sogar stolz darauf, und dies konnte die Oberschicht nicht akzeptieren: Mochte er noch so ein guter Spieler und noch so reich sein, er war und blieb einer aus dem Elendsviertel.

Wer nicht springt

Seit dem Falklandkrieg im Jahr 1982 hört man bei Spielen der argentinischen Mannschaft in allen Stadien der Welt einen Fangesang: „*El que no salta es un inglés*“, „Wer nicht springt, der ist ein Engländer!“ Das Ritual hat einen tragischen Hintergrund und ist Teil der nationalen Identität geworden. Maradona verkörperte im gleichen Maß wie sein Landsmann Ernesto Che Guevara dieses patriotische Gefühl, das sich angesichts der fanatischen Begeisterung, die er in Indien, China und den entlegensten Regionen Afrikas auslöste, auch als antikoloniales Heldentum lesen

lässt. Man schrieb das Jahr 1986, es liefen die Viertelfinali der Weltmeisterschaft. Es war nicht einfach ein Spiel elf gegen elf, auch keine Widerspiegelung der Straßenkämpfe zwischen *Barras Bravas* und Hooligans – es war die einzige und beste Revanche für die schmachvolle argentinische Niederlage im Falklandkrieg. Nach der Diktatur war nun eine neue Zeit angebrochen, und Maradona machte den revanchistischen Traum der Argentinier:innen wahr. Ein Goal mit der „Hand Gottes“ und ein weiteres, bei dem er die englische Abwehr über das halbe Spielfeld ausspielte, führten Argentinien auf den Weg zum Weltmeistertitel. Diego ist Nationalheld und der beste Fußballer der Geschichte – er hat die Engländer vernascht! Darüber freuten sich viele Argentinier:innen, aber auch alle mit antiimperialistischer Gesinnung und die Unterdrückten der Welt.

So lässt sich auch sein Wechsel nach Neapel von 1984 bis 1990 verstehen. Die reichen Klubs des Nordens, darunter Silvio Berlusconi AC Milan, hatten die Vormachtstellung im italienischen Fußball. Diego gelang es, die italienische Meisterschaft und den italienischen Cup zum ersten Mal nach Neapel zu holen. Der arme und vom reichen Norden stigmatisierte italienische Süden gelangte zu Ruhm. Heute finden sich in allen Vierteln Neapels Tempel und Schreine für Maradona.

Nach der fragwürdigen *Fifa*-Sanktion von 1994 reiste Maradona nach Kuba, wo er Fidel Castro kennenlernte. Die beiden freundeten sich an, der *comandante* war für ihn wie ein zweiter Vater. 1997 tätowierte sich Maradona das Porträt von Che Guevara auf den rechten Arm, und 2000 kehrte er für eine Kokainentziehungskur nach Kuba zurück. Da konnte er vorübergehend von der Droge lassen; vom Whiskey und vom Feiern jedoch nicht. Unterdessen warf ihm die argentinische Presse vor, er sei Kommunist. „Ich bin ein Ultrakapitalist“, gab Maradona zur Antwort und ließ sich ein Bild von Fidel Castro auf sein linkes Bein tätowieren. Das Problem des Kapitalismus liege darin, dass der Reichtum nicht unter den Armen verteilt werde. Wiederholt sagte er, dass Reiche „wie ich“ mehr Steuern zahlen müssten.

Seine arme Herkunft leugnete er nie, und durch seine Zeit in Kuba begann er,



Foto: Schuster

die Ungerechtigkeit der Weltordnung auf eine neue Weise zu verstehen. Sein politisch engagiertester Auftritt war wohl derjenige von 2005. Damals fand der vierte Amerika-Gipfel statt, und George W. Bush reiste während der Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan mit einem noch nie da gewesenen Sicherheitsaufgebot nach Argentinien. Bush hatte ein Freihandelsabkommen zwischen den nord- und südamerikanischen Staaten vorgeschlagen, das zweifelsohne die Dominanz des neoliberalen Neokolonialismus verstärkt hätte. Maradona füllte gemeinsam mit Hugo

Chávez und Evo Morales ein Stadion mit Tausenden lateinamerikanischen Aktivist:innen, die „Wer nicht springt, der ist ein Engländer“ sangen. Schließlich wurde das Abkommen am Gipfel abgelehnt, und Bush reiste als Unterlegener ab. Diego konnte einen weiteren Sieg gegen den Imperialismus feiern.

Gott ist tot

Ein Gott zu sein, ist keine persönliche Entscheidung, sondern ein kollektives Phänomen. Maradona löste von der Antarktis bis Bangladesch, von Syrien bis Japan Be-

Macht des Establishments kritisieren. Weil Diego von bescheidener Herkunft war und die Scheinheiligkeit des Establishments anprangerte, schieden sich an ihm die Geister. Während ihm die Zuneigung der Massen stets eine Stütze war, verziehen ihm die Moralapostel mit ihren Ressentiments seinen Erfolg und seine mangelnde Ehrerbietung gegenüber dem Imperialismus nie.

In diesen Tagen der Trauer diskutieren Feministinnen in Argentinien über die Würdigungen Maradonas. Einige meinen, ihm zu huldigen, bedeute ein Lob des *machismo*. Andere wiederum sind der Ansicht, dass seine Mängel und Widersprüche ihn der breiten Bevölkerung näherbrachten und Diego auch ein Opfer des Patriarchats gewesen sei. Der weltbeste Fußballspieler zu sein, bedeutet in einer leistungs- und konsumorientierten Welt auch, der größte Partylöwe und standardmäßig auch der größte Macho zu sein.

Gott ist tot. Maradonas Göttlichkeit war nicht unbedingt christlich, sondern eine, die das Apollinische mit dem Dionysischen, die Poetik des Spiels mit dem hedonistischen Exzess vereinte. Der Beste aller Zeiten zu sein, ist etwas Besonderes, und Maradona zu sein, war bestimmt nicht einfach. Gott ist tot, aber Diego nicht. Wie es der Gesang in den Straßen ausdrückt – „*vive en el pueblo*“, „im Volk lebt er weiter“. ■

Der Argentinier Tomás Bartoletti arbeitet als Historiker an der ETH Zürich. Übersetzung aus dem Spanischen von Iris Leutert. Der Text wurde Anfang Dezember 2020 in der Schweizer Wochenzeitung WOZ erstveröffentlicht und ist mit freundlicher Genehmigung des Autors hier wiedergegeben.

ZWIESPÄLTIGES GEDENKEN

Die Meinungen aus dem feministischen Lager zu Diego Maradona gehen Hand in Hand mit der Widersprüchlichkeit seiner Person. Es gibt jene, die ihn als Idol ihrer Kindheit in den 1980ern feiern (damals waren Fußballerinnen noch nicht im öffentlichen Bewusstsein verankert). Er war der volksnahe Landsmann bescheidener Herkunft, der sich gegen den Imperialismus deklarierte. Weder seinen *machismo* noch sein Register an Missbräuchen und Gewalt gegen Frauen blenden sie aus, erklären es aber mit seinem Aufwachsen in einer patriarchalen Kultur. Sein professioneller Werdegang und seine Erfolge überwiegen für sie jedoch in der Erinnerung.

Auf der anderen Seite stehen jene Feministinnen, die sich gegen jedes ehrende Gedenken stellen, indem sie just argumentieren, dass Maradonas Privatleben nicht von seinem beruflichen Werdegang getrennt werden dürfe. Großen Widerhall hat die Aktion der

spanischen Fußballerin Paula Dapena ausgelöst, die sich während einer Gedenkminute aufs Spielfeld setzte, ihren Rücken den Kameras zugewandt. Die Sportlerin unterstrich, dass sie das Gedenken ihrer Kolleginnen respektiere, diese Haltung aber auch für ihre Handlung einfordere.

Die Meinungen von feministischer Seite für und gegen ein Gedenken an Maradona führten zu Hasskommentaren. Die argentinische Schauspielerinnen Thelma Fardin veröffentlichte in den sozialen Netzwerken ein Foto ihres Idols mit der Bemerkung: „Mein Gott. Jetzt wird bekrittelt, dass ich als Feministin sowas nicht posten darf. Leute, Feminismus ist Befreiung und nicht Euch gegenüber Rechenschaft geben zu müssen.“ Zweifellos hat der Abgang des Argentiniers zu einer Polarisierung im feministischen Lager geführt, wie nur wenige Personen vor ihm.

Ariadne López

UNTER DER MASKE DER PANDEMIE: DAS NEUE GESICHT DES WELTZOZIALFORUMS

20 Jahre nachdem das Weltsozialforum (WSF) im südbrasilianischen Porto Alegre als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos, dem Gipfel der Reichen, stattgefunden hat, sollte eigentlich Mexiko der Treffpunkt von hunderten sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen sein, um Alternativen zur bestehenden weltweiten multidimensionalen Krise zu diskutieren. Doch es kam anders. Der Pandemie, welche die einen als Ursache, die meisten aber als Katalysator dieser Krise ansahen, war es zuzuschreiben, dass die Delegationen aus allen Teilen der Welt nicht wie üblich über tausend größere und kleinere Veranstaltungen in der mexikanischen Hauptstadt abhalten konnten. So beschloss der aus ca. 50 Mitgliedern bestehende Internationale Rat des WSF kurzerhand, aus der Not eine Tugend zu machen und vom 23. bis 31. Jänner 2021 ein virtuelles Weltsozialforum stattfinden zu lassen. Ein Bericht aus dem Cyberspace

nister der Tschechischen Republik und Präsident der UN-Generalversammlung 2002-2004 forderten die internationale Zivilgesellschaft auf, sich weltweit zu mobilisieren. Zum ersten Mal auf dem Weltsozialforum zeigte sich die Friedensbewegung stark und konzentrierte sich auf Konfliktlösungsstrategien, statt sich nur von den Machthabern zu distanzieren, die sich jährlich beim Weltwirtschaftsforum in Davos versammeln.

Open space versus space for action

Auf diese Art und Weise war im WSF online (siehe www.wsf2021.net) nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch ein neuer Geist bemerkbar, der auf eine jahrelange Diskussion innerhalb des Internationalen Rates zurückzuführen ist. Da gab und gibt es einerseits jene Vertreter:innen von namhaften europäischen und brasilianischen NGOs christlicher Provenienz, die unter Berufung auf die „Charter von Porto Alegre“ partout verhindern wollen, dass das Weltsozialforum als politischer Akteur sui generis auftritt. Politische Erklärungen und Aufrufe zu weltweiten Mobilisierungen im

von Leo Gabriel

Am Samstag, den 23. Jänner um Punkt 12 Uhr begann in Ozeanien, auf der – von Europa aus betrachtet – anderen, oft vergessenen Seite des Globus ein virtueller „Eröffnungsmarsch“ um den Planeten. Aborigines und Kleinbauern auf vom Untergang bedrohten Inseln beklagten sich über das ausgedörrte Land, auf dem sie leben müssen. Große ausländische Unternehmen hatten die spärlichen Süßwasserreserven aufgekauft.

Dann bewegte sich der „Eröffnungsmarsch“ Zeitzone für Zeitzone mittels Zoom um den Erdball. Videos mischten sich mit Geschichten aus verschiedenen meist kleineren Orten in Indien, Sibirien, Ostafrika und Italien, gefolgt von Interviews mit namhaften Persönlichkeiten wie dem US-Kritiker Noam Chomsky, der ehemaligen Kulturministerin Malis Aminata Traore, dem Vizepräsidenten des Weltgewerkschaftsbundes ITUC und Ashish Khatori, einer der führenden Stimmen der Bewegung für den globalen Wandel in Indien. Die in ihrem Kampf gegen das Abtreibungsverbot erfolgreichen Frauen Argentiniens rundeten das Bild vor ca. 10.000 Computerschirmen ab, auf denen das Spektakel in 144 Ländern verfolgt wurde.

Schließlich endete der Marsch im seit 150 Jahren von den Vereinigten Staaten besetzten Hawaii. Zwei junge Frauen auf der Insel Kauai sprachen über ihren Widerstand gegen *Monsanto*, gefolgt von Ann Wright, die als Oberster der US-Armee aus Protest gegen den Irak-Krieg zurückgetreten war.

Facettenreiche Friedenspolitik

Der erste WSF-Tag war dem Thema Frieden und Militarisation gewidmet. „Universelle Abrüstung für eine soziale und ökologische Transformation“ war das Thema der ersten großen Podiumsdiskussion. Hier hielt Binalakshmi Nepram aus Nordindien eine ebenso emotional wie rational gehaltene Rede, in der sie die Aufmerksamkeit sowohl auf die alltäglichen lokalen Repressionen lenkte, die mit europäischen und US-Waffen durchgeführt werden, als auch auf die 26 aktuell geführten Kriege. Das auf Grund der Austeritätspolitik in den meisten Ländern des globalen Südens buchstäblich heruntergekommene Gesundheitswesen und die ungerechte Verteilung der Impfstoffe in der Pandemie erhielten die gleiche Aufmerksamkeit wie die über hundert Millionen neuen Arbeitslosen als Folge der auch in Zeiten der Krise von den meisten Regierungen im Interesse des Großkapitals betriebenen Wirtschaftspolitik. Ökologische Zerstörungen wurden ebenso beleuchtet wie die wachsende Rolle des Militärs, dessen zunehmende autoritäre Macht die Gefahr bewaffneter Konflikte heraufbeschwört.

Reiner Braun vom Internationalen Friedensbüro IPB, Owen Tudor, Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Jan Kavan, ehemaliger Außenmi-



Namen des WSF sind für sie ebenso verpönt wie die Teilnahme politischer (Links)Parteien und Organisationen des bewaffneten Widerstands wie der Zapatisten in Mexiko oder der PYD in den Kurdengebieten von Syrien.

Gegenüber diesen „Horizontalisten“ gewannen jedoch angesichts der um sich greifenden Krisen jene Stimmen immer mehr an Einfluss, die das WSF von einem „open space“ in einen „space for action“ verändern wollen. Einer relativ kleinen Gruppe von namhaften Denkern wie dem portugiesischen Soziologen Boaventura dos Santos, der belgischen Sozialwissenschaftlerin Francine Mestrum vom *Centre Tricontinental* und dem Gründer der Dritte-Welt-Agentur *Inter Press Service* Roberto Savio gelang es, viele der weltweit größten sozialen Bewegungen wie *Via Campesina*, *Friends of the Earth*, das *International Peace Bureau* etc. „zurückzuholen“ und andere, wie den Weltgewerkschaftsbund ITUC sowie die vom ehemaligen griechischen Wirtschaftsminister Yanis Varoufakis jüngst gegründete *International Progressive Organisation*, dazuzugewinnen (siehe www.foranews.org).

Change the system lautet die Devise

Am wichtigsten wird es allerdings sein, wie sich die sozialen Bewegungen in Mexiko dazu stellen werden, wo ja nach der Überwindung der Pandemie voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2022 ein „richtiges“ Weltsozialforum stattfinden soll. Bis dahin wird in Lateinamerika eine ganze Reihe von Wahlen stattfinden, wobei es – dem Beispiel Boliviens folgend – unter den neuen Rahmenbedingungen in den USA sogar einen linksgerichteten *backlash* geben könnte. Denn eines hat sich in den zahlreichen Webinars dieses WSF mit großer Deutlichkeit gezeigt: Die Forderung nach einem *system change*, also einer grundsätzlichen Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Systems, unter dem die großen Bevölkerungsmehrheiten insbesondere in den Ländern des globalen Südens zu leiden haben, wird inzwischen auch von den Mittelklassen geteilt. Der Traum von einem besseren Leben, das der *American way of life* angeblich mit sich bringen sollte, ist endgültig ausgeträumt.

Das spiegelte sich beim WSF 2021 auch in einer gemeinsamen „Erklärung der sozialen, friedens- und Umweltbewegungen“ wider, die trotz des Versuchs der Konservativen im Internationalen Rat, sie zu verhindern, in den letzten beiden Tagen von einer großen Anzahl von Organisationen verabschiedet werden konnte – siehe dazu den folgenden Link für jene, die als Person oder Organisation unterschreiben möchten: <https://bit.ly/3pBShJd>. ■

ERKLÄRUNG

der Versammlung der sozialen, Friedens- und Umweltbewegungen des WSF 2021

In der Vergangenheit haben Volksbewegungen oft systemische Veränderungen herbeigeführt, die das Leben von Millionen von marginalisierten Mehrheiten verbessert haben. Zum Beispiel haben die Arbeiterbewegung, die Frauenbewegung, die Anti-Sklavereibewegung, die Befreiungsbewegungen und die Bauernbewegung historische Rollen mit bleibenden Auswirkungen gespielt.

Auch heute müssen wir unsere Kräfte bündeln, um eine noch stärkere Bewegung zu schmieden, weil wir zusätzlich zu den alten Problemen mit noch größeren Herausforderungen konfrontiert sind. Die tiefen und vielschichtigen Krisen von heute sind von einer derart extremen Konzentration von Reichtum und Macht, Prekarität von Arbeit und Einkommen gekennzeichnet, dass der Menschheit und dem Planeten ein sozioökologischer Zusammenbruch droht.

Lösungen können nur durch die Koordination der verschiedenen regionalen und territorialen Handlungsebenen gefunden und umgesetzt werden: von der Basis bis zur globalen Ebene. Daher müssen die Veränderungen von unten kommen, getragen von den Menschen und ihren Organisationen. Dabei sind die verschiedenen Themenbereiche eng miteinander verbunden: Frieden kann nicht ohne soziale Gerechtigkeit erreicht werden und die Umwelt kann nicht ohne Frieden erhalten werden; aber auch die Wirtschaft kann nicht reformiert werden, ohne Umwelt, Frieden und soziale Gerechtigkeit gegen einseitige Profitinteressen zu verteidigen.

Deshalb engagieren wir uns für den Aufbau einer breit angelegten Bewegung für einen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Wandel mit Gleichberechtigung, den Rechten der Natur und der Demokratie als unseren Grundwerten. Wir greifen die Sorgen, Nöte und Ängste der einfachen Menschen in ihrem Alltag auf und wollen alles tun, um die Menschheit vor der Verwüstung durch Kriege und den ökologischen Kollaps zu bewahren.

Um dies zu erreichen, haben die am Weltsozialforum 2021 teilnehmenden Bewegungen beschlossen, für die nächste Zukunft eine globale Agenda gemeinsamer Aktionen aufzustellen, die mit Mobilisierungen Ende April und in den ersten Maiwochen beginnen und eine universelle Abrüstung für einen sozialen und ökologischen Übergang zu einer postkapitalistischen Gesellschaft vorantreiben und für folgenden Forderungen eintreten sollen:

1. Waffenstillstand in allen militärischen Konflikten und substantielle Kürzung aller Militärausgaben;
2. Versorgung und Schutz für alle während und nach der Pandemie sowie Entschädigung für die Bedürftigsten im Rahmen globaler Solidarität;
3. Ende der Austerität (Zusammenstreichen von Sozialversicherungen, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Wohlfahrt) sowie Schuldenerlass für alle Länder des globalen Südens;
4. Schluss mit der Vermarktung von Arbeit, Bildung, Kultur und Natur, die gemeinschaftliche Güter (*common goods*) sind;
5. Nein zum Schüren von nationalistischen Identitätsängsten und der Verbreitung rassistischer Hassreden, die mit sündenbockartigen Feindbildern das Szenario eines Neuen Kalten Krieges an die Wand malen! Ende der Sanktionen gegen Staaten zur Durchsetzung militärischer Ziele!
6. Für eine umweltorientierte Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker, insbesondere zugunsten von Ernährungssouveränität und Agrarökologie. Autonomie für die indigenen Gemeinschaften, Frauen und alle anderen Unterdrückten!
7. Demokratisierung der Räume für den kulturellen Ausdruck in Kunst und Wissenschaft sowie Förderung der traditionellen Medizin. Abschaffung der Patente an geistigem Eigentum;
8. Förderung des fairen Handels durch für beide Seiten vorteilhafte internationale Abkommen anstelle des Ausverkaufs im sogenannten „Freihandel“. Sturz der „Investitionsregime“, die sich in den Händen der reichen Länder befinden!
9. Einleitung eines sozialen und ökologischen Übergangs, um den Kleinbauern, Industriearbeitern und Gewerbetreibenden ein Leben in Würde zu ermöglichen. Förderung für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zwischen ländlicher und städtischer Wirtschaft im Rahmen einer weltumspannenden Solidarwirtschaft. Schaffung von Lebensgrundlagen mit geringem Energieverbrauch im Interesse von Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit;
10. Volle Solidarität mit den Aktivist:innen, die mit Repressionen konfrontiert sind, im Westen und im Osten, im Norden und im Süden!
(...) Verabschiedet auf der Versammlung für Sozial-, Friedens- und Umweltbewegungen auf dem WSF am 30. Jänner 2021. ■

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlich in Berlin publizierten Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL des Nachrichtenpool Lateinamerika (<https://www.npla.de>, E-mail: poonal@npla.de), des Lateinamerika-Portals amerika21.de (<https://amerika21.de>, E-mail: redaktion@amerika21.de) und anderen (jeweils angegebenen) Quellen

MEXIKO

Schrittweises Aus für Genmais und Glyphosat

Mit einem Anfang Jänner in Kraft getretenen Dekret hat Präsident López Obrador das schrittweise Aus für Genmais und *Glyphosat* in die Wege geleitet. Bis Ende Jänner 2024 sollen sowohl das Herbizid *Glyphosat* als auch genmanipulierter Mais von Mexikos Feldern verschwinden. Damit wird Mexiko nicht nur zu einem Vorreiter in Lateinamerika, sondern zieht auch mit Deutschland und der EU gleich, wo *Glyphosat* ebenfalls ab Anfang 2024 verboten sein soll.

Mit dem Verbot will Mexiko die Ernährungssicherheit des Landes stärken und die einheimischen Maissorten schützen. Das Land gilt als die Wiege des Mais, der vor allem von indigenen Kleinbäuer:innen auch heute noch in seiner ganzen Sortenvielfalt angebaut wird. Umweltorganisationen werten das Präsidialdekret als großen Sieg in ihrem mehr als zwanzig Jahre dauernden Kampf für eine umweltgiftfreie Landwirtschaft. Es sei ein wichtiger Schritt in Richtung einer ökologischen Landwirtschaft und zum Erhalt der Vielfalt einheimischer Maissorten, erklärte Greenpeace Mexiko.

Das Dekret bezieht sich nicht nur auf den Einsatz von *Glyphosat* und die Aussaat von Genmais. Es umfasst auch ein Importverbot für genetisch veränderten Mais. Genmais wird vor allem als Tierfutter aus den USA importiert, kommt aber auch bei der industriellen Herstellung von Tortillas und anderen Nahrungsmitteln zum Einsatz. Durch seine unkontrollierte Verbreitung kommt es zur Kontaminierung der einheimischen Maissorten.

Widerstand gegen das Dekret gab es vor allem von Vertreter:innen der industriellen Landwirtschaft und der agrochemischen Industrie. So hatte Mitte 2020 der

deutsche Agrarattaché in Mexiko Kritik an den Plänen des Landes zum schrittweisen Importstopp für *Glyphosat* geäußert. Das Herbizid wird durch den US-amerikanischen Saatguthersteller *Monsanto* produziert, der 2018 von der deutschen *Bayer AG*

übernommen wurde. In vielen Ländern verbotene Pestizide wie *Paraquat* und *Dicamba* sind in Mexiko weiterhin legal.

Knut Hildebrandt, Poonal

HAITI

Präsidentielle Dauerquerelen

Haitis Präsident Jovenel Moïse sorgt praktisch seit Beginn seiner Amtszeit für Aufruhr im ärmsten Land der westlichen Hemisphäre. Nach seinem skandalumwitterten Sieg 2016 mit einem aufgehobenen und mehreren verschobenen Wahlgängen konnte der Bananenunternehmer mit einem Jahr Verspätung im Februar 2017 sein Amt antreten.

Wesentlichste „Errungenschaft“ war die milliardenschwere Veruntreuung von Erlösen aus vergünstigten venezolanischen Erdöllieferungen im Rahmen des *PetroCaribe*-Programms, die eigentlich für Entwicklungsprojekte bestimmt waren. Moïse und sein Vorgänger Martelly dürften darin verwickelt gewesen sein, und als die Regierung 2018 ausgerechnet die Treibstoffpreise erhöhen wollte, brachen landesweite Unruhen unter dem Motto „Wo ist das *PetroCaribe*-Geld?“ los.

Seither rissen die Proteste und Rücktrittsaufforderungen nicht ab, was seitens der Regierung autoritäre Tendenzen beförderte. Einerseits gilt es als offenes Geheimnis, dass Moïse sich mit den zahlreichen kriminellen Banden verständigt hat, die für ein politisch einsetzbares Klima der Angst sorgen und dafür ihren Geschäften unbehelligt nachgehen können. Andererseits sagte er die im Herbst 2019 angesetzten regulären Wahlen mit Hinweis auf die massiven Straßenproteste ab und schaltete Anfang 2020 das Parlament praktisch aus. Seither regiert Moïse per Dekret und befand schließlich noch, dass seine Amtszeit erst 2022 ende, da sein Antritt ja auch

ein Jahr später stattfand (siehe oben). Massive Proteste waren die Folge.

Rund um den Februar-Termin eskalierte dann die Situation. Die Opposition nominierte Verfassungsrichter Mécènes zum Interimspräsidenten. Zuvor war ein ebenfalls für dieses Amt erwogener Richterkollege gemeinsam mit 22 Mitstreitern des versuchten Staatsstreichs und eines Mordkomplotts gegen Moïse beschuldigt und festgenommen worden. Auch Mécènes' Verhaftung könnte bevorstehen.

Angesichts dieser Krise gibt es erste Anzeichen dafür, dass die jahrelange Unterstützung für Moïse seitens der USA, UNO und OAS in Frage gestellt wird.

Jürgen Kreuzroither

EL SALVADOR

Politische Spannungen vor den Wahlen

Wegen des Angriffs mit Schusswaffen auf Teilnehmer einer Wahlkampfveranstaltung der linken Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) in El Salvador wurde Anklage erhoben. Der Vorfall mit zwei Todesopfern und fünf Verletzten verstärkte die politischen Spannungen im Vorfeld der Parlaments- und Kommunalwahlen am 28. Februar und die Kritik an Präsident Nayib Bukele.

Die tödliche Attacke ereignete sich am 7. Februar im Herzen San Salvadors, als die Opfer von einer Wahlveranstaltung des FMLN-Bürgermeisterkandidaten zurückkehrten. Die Generalstaatsanwaltschaft erhob Anklage wegen der Tötung der zwei FMLN-Mitglieder. Die Verdächtigen sind Diego Francisco Alvarado, ein Mitarbeiter der Abteilung für den Schutz wichtiger Persönlichkeiten der salvadorianischen Polizei (PPI), Roberto Carlos Coto de Paz, ein Sicherheitsmann des Gesundheitsministeriums, und der Motorradfahrer Héctor de Jesús Castaneda, ein Angestellter des Vize-Gesundheitsministers. Sie wurden noch am Tag der Tat festgenommen.

Der gewaltsame Tod der FMLN-Angehörigen hat das Land schwer erschüttert. Politische Morde dieser Art sind, trotz der hohen Zahl an Gewaltverbrechen, sehr selten. Das Parlament legte eine Schweigeminute für Juan de Dios Tejada Portillo und María Gloria Rogel de López ein.

Unmittelbar nach den Ereignissen unterstellte Bukele entgegen allen Erkenntnissen, der Angriff sei von Mitgliedern der

FMLN inszeniert worden, um vor den nahen Wahlen Sympathien zu gewinnen. Der Präsident verfolgt seit längerem eine Strategie der Polarisierung. Ihm wird vorgeworfen, durch seine Kommentare Hass und Konfrontation im Land zu fördern. Er ermutige seine Anhänger immer wieder, ihre Frustration über die weit verbreitete Gewalt und die Ungleichheit im Land auf die beiden wichtigsten politischen Parteien der Nachbürgerkriegszeit zu richten: die FMLN und die rechtsorientierte Partei *Arena (Alianza Republicana Nacionalista)*.

Für die Überlebenden des zwölf Jahre dauernden bewaffneten internen Konflikts, der vor fast drei Jahrzehnten endete, haben die Vorfälle schmerzhaft Erinnerungen aufgewühlt und Befürchtungen genährt, das Land gerate in eine neue Ära politischer Gewalt und Intoleranz, während alte Narben noch nicht verheilt und aufgearbeitet sind. Aus der Öffentlichkeit, von Nichtregierungsorganisationen und der Kirche, kommen Aufrufe an den Präsidenten, die politische Gewalt zu stoppen.

Katharina Hempfing, amerika21

BRASILIEN:

Generalstaatsanwalt ermittelt gegen Präsident Bolsonaro

Die Generalstaatsanwaltschaft von Brasilien (PGR) hat Ermittlungen gegen Präsident Jair Bolsonaro aufgenommen. Wie ihr Präsident Augusto Aras Anfang Februar mitteilte, wurden neun Ermittlungsverfahren eingeleitet, um das Verhalten der Regierung in der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu untersuchen. Bolsonaro und seinem Minister für Gesundheit, Eduardo Pazuello, werden Pflichtverletzung im Amt und unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen.

Die Behörde reagiert damit auf eine Anzeige der Kommunistischen Partei (PCdoB) beim Bundesgerichtshof (STF). Die Partei fordert, den Regierungschef und den Gesundheitsminister für die Zuspitzung der Corona-Pandemie in den Bundesstaaten Pará und Amazonas zur Verantwortung zu ziehen. In der Amazonas-Region war das Gesundheitssystem wegen Überlastung kollabiert. Unter anderem hatte es an Sauerstoff zur Beatmung der Corona-Patient:innen gefehlt, was zum Tod vieler Kranker führte. Vor der Zuspitzung der Krise hatten Ärzte früh gewarnt, doch die Regierung blieb lange untätig.

Bolsonaro und Pazuello haben, so die PCdoB, gegen ihre Amtspflicht verstoßen, „die gesundheitliche Grundversorgung im Kampf gegen das neue Corona-Virus sicherzustellen“. Die Regierung habe den Kollaps des Gesundheitssystems in Manaus, der Hauptstadt des Bundesstaates Amazonas, und damit viele Todesfälle provoziert.

Ferner wirft der Anwalt der Partei Bolsonaro das „Verbrechen des Völkermordes“ vor. Seine Regierung habe die „Verwendung von Medikamenten empfohlen, deren Wirksamkeit wissenschaftlich widerlegt ist“, heißt es im Begründungsschreiben an den Bundesgerichtshof mit Bezug auf den Wirkstoff Hydroxychloroquin.

Zuletzt hatte eine Gruppe früherer Generalstaatsanwälte den amtierenden Chef der PGR, Aras, aufgefordert, Bolsonaro wegen dessen ignoranten Verhaltens in der Pandemie-Bekämpfung anzuzeigen: Es gebe Belege dafür, dass der Staatschef durch seine Äußerungen und Unterlassungen ihre Ausbreitung gefördert habe. Laut Strafgesetzbuch sei dafür eine Haftstrafe von fünf bis 15 Jahren Gefängnis vorgesehen.

Bolsonaro hat sich immer wieder gegen Corona-Schutzmaßnahmen ausgesprochen und selbst dagegen verstoßen. Anfang Februar wurde bekannt, dass die Bundesregierung mehr als 37 Millionen Reals (rund sechs Millionen Euro), die zur Bekämpfung von Covid-19 umgeschichtet worden waren, nicht verwendet oder zurückgegeben hat. Vom Gesundheitsministerium ignoriert, wurde das Geld gesperrt und konnte nicht mehr verwendet werden, berichtete *TV Globo*.

Von Mario Schenk, amerika21

ECUADOR

Entscheidung erst im zweiten Wahlgang

Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 7. Februar in Ecuador ist ein zweiter Wahlgang um das Präsidentenamt sicher. Mit 32 Prozent der Stimmen liegt Andrés Arauz, Mitglied des linken Bündnisses *Unión por la Esperanza*, vorn, erreichte aber nicht die nötigen 40 Prozent der Stimmen, um eine Stichwahl zu vermeiden. Währenddessen konkurrieren Yaku Pérez, Abgeordneter der indigenen Partei *Unidad Plurinacional Pachakutik*,

und Guillermo Lasso von der Partei *Creando Oportunidades* mit jeweils gut 19 Prozent der Stimmen noch um den zweiten Platz und damit den Einzug in die Stichwahl.

Bereits als die Ergebnisse der Nachwahlbefragung herauskamen, verkündete der ehemalige Präsident Rafael Correa den „überwältigenden“ Sieg seiner Partei und seines Kandidaten Arauz. Wegen des sehr knappen Ergebnisses zwischen den Plätzen zwei und drei forderte der Kandidat der indigenen Bewegung Yaku Pérez eine Nachzählung der Stimmen, um Transparenz und Demokratie in diesem Wahlkampf zu gewährleisten. Inzwischen hat die Wahlbehörde CNE beschlossen, dass die Stimmen in 17 von 24 Provinzen des Landes neu ausgezählt werden müssen, um zu klären, wer neben Arauz in die Stichwahl am 11. April einzieht.

Andrés Arauz steht für die Kontinuität der *Revolución Ciudadana*, jener politischen Bewegung, die Rafael Correa zwischen 2007 und 2017 zum Präsidenten des Landes machte. So könnte Arauz den sogenannten Correismus an die Regierung zurückbringen.

Yaku Pérez vertritt die indigene Bevölkerung, die während der Streiks und Proteste im Oktober 2019 eine zentrale Rolle gespielt und sich damit gegen die Wirtschaftspolitik des Ex-Präsidenten Rafael Correa gewehrt hat. Pérez selbst bezeichnet sich als Anwalt des Wassers und der Umwelt. In seinem Regierungsvorschlag stellt er die Nutzung von alternativen Brennstoffen sowie Wind- und Solarenergie voran. Außerdem will er Initiativen fördern, die sich um Mangroven und Wasserquellen kümmern, Agrarökologie betreiben und Wassermanagementprojekte finanzieren.

Guillermo Lasso, der den ecuadorianischen Finanzsektor repräsentiert, ist konservativ und steht der fundamentalistischen katholischen Institution *Opus Dei* nahe. Es ist bereits das dritte Mal, dass Lasso bei den Wahlen antritt. In seinem Regierungsprogramm schlägt er vor, den Bergbau und die Ölförderung auszuweiten, da sie für ihn wichtige Achsen für das Wachstum der ecuadorianischen Wirtschaft sind. Wer im zweiten Wahlgang gegen Arauz antritt, steht noch nicht fest. Klar scheint aber, dass es einen Richtungsstreit zwischen zwei Lebensentwürfen geben wird: einem, der sich gegen den Rohstoffabbau wendet, und einem, der Kapitalismus und Bergbau verteidigt. ■



BUCHBESPRECHUNG

BRASILIENS TRUMP

Andreas Nöthen: Bulldozer Bolsonaro. Wie ein Populist Brasilien ruiniert
 Christoph Links Verlag; Berlin 2020;
 Taschenbuch, 240 Seiten; 18,50 Euro
 (eBook: 9,99 Euro)

Der Autor, 2019 nach dreijähriger Korrespondententätigkeit aus Rio de Janeiro heimgekehrt, hat somit vor Ort den Aufstieg und Amtsantritt seines titelgebenden Protagonisten erlebt. Soviel vorweg: Andrea Nöthen ist eine flüssig lesbare, konzise Darstellung des zeitgenössischen Politgeschehens dieses „südamerikanischen Riesen“ gelungen, das sich dem durchschnittlichen Medienkonsumenten hierzulande als reichlich erratisch darbietet. Ein weiteres Verdienst ist – jedenfalls für den Rezensenten – die bisher ausführlichste Beschreibung des privaten und beruflichen Werdegangs des aktuellen Präsidenten Brasiliens in deutscher Sprache.

Jair Bolsonaro's Großvater (noch mit einem „z“ im Familiennamen) ist mit der großen italienischen Auswanderungswelle Ende des 19. Jahrhunderts nach Brasilien gekommen. Jair selber ist als zweitgeborener Sohn einer achtköpfigen, sehr katholischen Familie in offenbar bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. Seiner physisch robusten Konstitution verdankt er den Spitznamen „Cavalho“ (Pferd). Das Interesse an der Militärlaufbahn scheint früh erwacht zu sein. Er galt lange Zeit als disziplinierter, bei den Vorgesetzten beliebter Rekrut, der es bis zum Hauptmann (*capitão*) brachte. Nach eigener Familiengründung wurde ihm zusehends der bescheidene Sold schmerzlich bewusst, was ihn einen spektakulären Schritt setzen ließ: Bolsonaro wurde mit einem 1986 im Magazin *Veja* – sozusagen dem brasilianischen Profil – veröffentlichten Artikel zum Problem landesweit bekannt. Die Vorgesetzten waren wenig amüsiert, doch außer einer Disziplinierung des Hauptmanns schaute nichts dabei heraus.

Bolsonaro interpretierte die Lektion auf seine Art: Im Jahr darauf berichtete *Veja* von geplanten Bombenattentaten durch junge Offiziere, um der Lohnforderung Nachdruck zu verleihen. Bolsonaro wurde rasch als Informant enttarnt. Dementis und



Gewaltdrohungen gegen die berichtende Journalistin – ein sich in der Gegenwart wiederholendes Motiv – konnten seine Entlassung nicht mehr aufhalten.

Anhänger:innen sehen in den Vorkommnissen den Beleg für den draufgängerischen Charakter ihres Idols, während es Hinweise gibt, dass er sich längst für eine profitablere Politikkarriere entschieden hatte. Die 60%ige Solderhöhung wurde übrigens nach Bolsonaros Abgang Wirklichkeit. Möglicherweise eine prägende Erfahrung, denn von nun an blieb das Laute, Radikale und Provozierende sein Markenzeichen.

Das anschließende Kapitel beschäftigt sich mit Bolsonaros recht glanzloser, fast drei Jahrzehnte währender Karriere als Politinterbänkler. Es folgt ein Abschnitt, der sozusagen die Gemengelage aus gesellschaftlicher Umsturzbereitschaft (als Folge von wirtschaftlichem Niedergang und endemischer Korruption) und neuartigem Wahlkampf (soziale Medien) erklärt, die es überhaupt möglich gemacht hat, dass der Außenseiter zum relevanten Wahlkandidaten werden konnte.

Das Schlusskapitel ist gleichzeitig der umfangreichste Teil und schildert Bolsonaros Präsidentschaft bis Mitte 2020. Es ist eine Aneinanderreihung von menschenverachtenden bis konfusen Aktionen eines überforderten Amtsinhabers, der mit Hilfe dreier seiner Söhne rhetorische Rundum-

schläge setzt und so unter anderem die internationale Isolierung seines Landes vorantreibt – soweit, so bekannt.

Jürgen Kreuzroither

MEXIKO VERSTEHEN

Timo Dorsch: Nekropolitik
 Mandelbaum Verlag, Wien, 2020,
 286 Seiten, 19,- Euro

Der systematische Mord ist Teil der Politik im Mexiko des 21. Jahrhunderts. Dafür wurde der Terminus Nekropolitik geprägt. Mexiko ist nach der Jahrtausendwende zu einem der gefährlichsten Länder weltweit geworden, zehntausende Tote sind nicht einfach Kollateralschaden einer Auseinandersetzung zwischen Staat und kriminellen Organisationen. Vielmehr dienen systematische Morde als Instrument der Einschüchterung zwecks Erreichen politischer und wirtschaftlicher Ziele. Für den Politikwissenschaftler Timo Dorsch ist Nekropolitik „keineswegs als explizites politisches Programm einer Partei oder gar als Staatsräson zu verstehen, sondern als Ausdruck einer Systematik, deren Ziel die kapitalistische Akkumulation ist und deren Mittel die Ausübung von Gewalt beinhaltet“.

Mehrere Drogenkartelle konkurrieren nicht nur um die Kontrolle von Transportkorridoren für ihre Ware, sondern beherrschen ganze Gemeinden und halbe Bundesstaaten, wo sie die staatliche Macht verdrängen oder über das Einsickern in staatliche Strukturen unter dem Mäntelchen der Legalität operieren. Dabei geht es, wie der Autor ausführt, längst nicht mehr nur um Kokain, Cannabis, Opiate und Designerdrogen, sondern um jede Art ertragreichen Wirtschaftens: vom Bergbau über den lukrativen Export von Avocados bis zur Schutzgelderpressung. Dabei sind sie so erfolgreich, dass Drogenbosse sogar Interviews im Fernsehen geben. Ihren Machtanspruch setzen sie durch spektakulär inszenierte Gewalt durch. Sie richtet sich gegen Bauern, die ihr fruchtbares Land nicht abzutreten bereit sind, Ladenbesitzer, die das Schutzgeld nicht zahlen wollen oder können, Funktionäre, die nicht verstanden haben, dass der Staat hier nichts zu melden hat. „Indem der Körper, dem Gewalt angetan wurde, im öffentlichen Raum hinterlassen wird, sollen nicht nur Terror und Angst unter der lokalen Bevölkerung ver-



breitet werden; damit einher geht die territoriale Inanspruchnahme durch den Täter“. Durch den getöteten Körper, so Dorsch, sagen die Mörder: „Hier regieren wir!“

Timo Dorsch erklärt das Ausufern der Gewalt mit dem Zusammenbruch des traditionellen politischen Systems in Mexiko, bei dem die alles beherrschende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) als Quasi-Einheitspartei alle Lebensbereiche beherrschte. Sieben Jahrzehnte lang funktionierte dieses System, bei dem soziale Wohltaten, Korruption und Gewalt in einem gewissen Gleichgewicht für das Funktionieren eines gut geölten Staatsapparats und der Gesellschaft sorgten. Dieses Gleichgewicht wurde zerstört, als zuerst in einzelnen Bundesstaaten und schließlich auf Bundesebene andere Parteien an die Macht kamen. Im Jahr 2000 übernahm mit Vicente Fox die marktliberale Partei der Nationalen Aktion (PAN) die Präsidentschaft. Ihm folgte 2006-2012 Parteikollege Felipe Calderón. Da die Machtstrukturen in vielen Bundesstaaten vom Regierungswechsel auf höchster Ebene zunächst unberührt blieben, spricht der Autor von einer Fragmentierung der Macht. Ursache der zunehmenden Gewalt sei „ein per se undemokratisches und ökonomisch ungleiches System, in dem mehrere Machtgruppen um die Durchsetzung ihrer partikularen Vorteile und Interessen ringen“. Calderón erklärte zu Beginn seiner Präsidentschaft dem organisierten Verbrechen den Krieg. Die Folge waren neue Rekordzahlen in der Mordstatistik. Makabrer Höhepunkt des Mordens war im September 2014 das Verschwindenlassen von 43 Lehramtsstudenten in der Gemeinde Ayotzinapa, die von der Polizei der kri-

minellen Gruppe *Guerreros Unidos* übergeben wurden, die sie angeblich ermordet und verbrannt habe. Bis heute ist nicht geklärt, wer das Verbrechen in Auftrag gegeben hat, welches Motiv dahinter steckt und wo die Überreste der Toten liegen.

Am straflosen Morden als Instrument der Politik änderte sich auch wenig, als anschließend wieder die PRI mit Enrique Peña Nieto den Präsidenten stellte und umfassende Strukturreformen versprach. Der Autor analysiert auch die ersten Jahre der Präsidentschaft von Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO, der seit 2018 regiert und als Hoffnungsträger einer demokratischen Linken gilt. AMLO kommt zwar besser weg als seine Vorgänger, weil er echte Sozialreformen angehe und die kriminellen Sicherheitsorgane neu aufgestellt hat, doch könne auch er sich den großkapitalistischen Interessen nicht entziehen und zeige gegenüber Kritik sehr wenig Toleranz.

Abschließend beschreibt Dorsch im Mikrokosmos des Bundesstaates Michoacán, wie das organisierte Verbrechen flächendeckend die Macht ergreifen und sich auch die legale Wirtschaft einverleiben konnte. Eine besondere Rolle spielen dabei die „Tempelritter“, eine aus dem Drogengeschäft kommende Mafia, die einen religiösen Auftrag vorschreibt. Ihre Herrschaft war aber so brutal, dass sich letzten Endes die Bevölkerung 2017 bewaffnete und ihre Unterdrücker in einem blutigen Aufstand vertreiben konnte. Immerhin, ein Lichtblick am Ende des Buches, der zeigt, dass sozialer Zusammenhalt auch die schlimmsten Tyrannen stürzen kann. Keine erbauliche Lektüre, aber für alle, die das heutige Mexiko verstehen wollen, dringend empfohlen.

Ralf Leonhard

TERROR OHNE GENOZID

Stefanie Wiehl: *Genozidale Gewalt? – Der peruanische Staatsterror 1980-1994*
transcript Verlag; Bielefeld 2020;
261 Seiten, 49,99 Euro

Der auf wissenschaftliche Literatur im deutschsprachigen Raum spezialisierte transcript Verlag hat sich dieser Dissertation im Fach Ibero-Amerikanische Geschichte angenommen. Somit ist klar, dass es sich nicht nur beim Thema, sondern

auch punkto Aufbau und Vokabular um keinen flüssig lesbaren Reader handelt.

Die Autorin beschäftigt sich wiederholt mit dem peruanischen „Bürgerkrieg“ der 1980er und 1990er Jahre. Diesmal widmet sie sich den staatlichen Gewaltakteuren und geht der Frage nach, ob und inwiefern deren Handeln dem Genozidbegriff der Vereinten Nationen entsprochen hat.

Nach dem obligaten Kapitel, in dem der theoretisch-methodische Rahmen abgesteckt wird, widmet sich Stefanie Wiehl zunächst dem Hintergrundgefüge des Konflikts. Es wird ein kurzer Abriss der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen rund um den genannten Zeitraum gezeichnet, die stark nach ethnisch-sprachlichen Kriterien gesplante Gesellschaft beschrieben und das Departement Ayacucho in den Anden als zentraler „Gewalttraum“ des Konflikts vorgestellt.



Danach geht es in medias res, indem die staatlichen Akteure ausführlich dargestellt werden. Das sind anfänglich die Polizei und dann vor allem das Militär, das nach Erfolglosigkeit ersterer zunehmend die Regie übernahm – unter teilweisem Abschluss staatlicher Kontrollorgane.

Das ausführlichste Kapitel ist schließlich den einzelnen Terrorpraktiken vor allem seitens des Militärs gewidmet. Frappant ist dabei die Erkenntnis, dass die Streitkräfte – wohl befördert durch verbreitete Vorurteile bezüglich der *quechua*-sprechenden HochlandbewohnerInnen (*terruco*) – lange Zeit ein falsches Bild ihres Gegners, des „Leuchtenden Pfads“ pflegten. Dieser war nämlich weit weniger in der indigenen Hochlandbevölkerung

weiter Seite 42 ⇨

⇒ von Seite 41: BUCH-BESPRECHUNGEN

verankert als angenommen. Folglich brachte der Staatsterror, der sich gegen die vermeintlichen zivilen Unterstützer:innen richtete, die Landbevölkerung in eine vielfach ausweglose Lage.

Das Schlusskapitel widmet sich dann der Antwort auf die Eingangsfrage. Die Autorin sieht sehr wohl einzelne Aktionen des Militärs, die genozidalen Charakter tragen, jedoch keinen allgemeinen Vernichtungsplan. Insofern ist von keinem Völkermordgeschehen nach UN-Definition auszugehen. Sie betont auch, dass sich der Großteil des Konflikts unter einer demokratischen Staatsverfassung abgespielt hat (bis zum „Selbstputsch“ Fujimoris 1992), dass der Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft eine (beschränkte) Kontrolle aufrechterhalten konnten und einzelne Gewalttaten auch gerichtlich verfolgt wurden. Schließlich regt Stefanie Wiehl eine stärker vergleichende Untersuchung namentlich der internen Konflikte in Argentinien, Chile, Guatemala und Peru unter der Ägide des Kalten Krieges an.

Eine anspruchsvolle Lektüre, die sich wohl in erster Linie an ein wissenschaftlich interessiertes Publikum richtet.

Jürgen Kreuzroither

SACKGASSE EXTRAKTIVISMUS

Maristella Svampa: Die Grenzen der Rohstoffausbeutung – Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika
Bielefeld University Press; Bielefeld 2020;
Taschenbuch, 153 Seiten; 17,50 Euro (als eBook im PDF-Format gratis runterzuladen)

Die argentinische Soziologin ist seit gut einem Jahrzehnt so etwas wie die theoretische Begleiterin des (Neo-)Extraktivismus und der von ihm ausgehenden Konflikte, mit Schwerpunkt Lateinamerika. Das 2018 vorgelegte Originalwerk ist seit Herbst 2020 auch in deutscher Sprache erhältlich. Wiewohl Frau Svampa sich auch als Schriftstellerin von bis dato drei Romanen betätigt hat, darf mensch sich von diesem Band keinen literarischen Genuss erwarten. Der Gewinn aus der Lektüre liegt für Lateinamerika-Interessierte vielmehr in der umfassenden Auseinandersetzung mit einem den Subkontinent

seit der Kolonialzeit prägenden Phänomen und seinen sozioökonomischen Folgen.

Ausgehend von der weltwirtschaftlichen Positionierung Lateinamerikas als Rohstofflieferant ist seit Jahrzehnten eine Zunahme der Konflikte mit der ansässigen Bevölkerung zu beobachten. In diesem Zusammenhang interessiert Svampa besonders der sogenannte Neo-Extraktivismus, der nach der Jahrtausendwende mit der breiten Hausse von Rohstoffpreisen und dem Aufkommen linker – in der Diktion der Autorin „progressiver“ – Regierungsmehrheiten einsetzte. Die ungekannnt hohen Exporteinnahmen wurden in Sozialprogramme und allgemeiner in die Rückeroberung von Staatskompetenzen investiert, die durch neoliberale Politik verlorengegangen waren. Svampa spricht in diesem Zusammenhang von der Ablösung des „Washingtoner Konsenses“ durch den „Rohstoffkonsens“.



In der Anfangszeit des Neo-Extraktivismus wurden große gesellschaftliche Erwartungen hinsichtlich des individuellen wirtschaftlichen Vorankommens geweckt. Tatsächlich gelang es, die Armutsrate deutlich zu senken. Der Staat setzte auf gesellschaftliche Inklusion durch Massenkonsum, was ihm umgekehrt Akzeptanz sicherte. Allerdings stellte sich entgegen anfänglichen Hoffnungen heraus, dass die materielle Ungleichheit nicht entscheidend und schon gar nicht nachhaltig gesenkt werden konnte. Letzteres liegt vor allem daran, dass das regressive Steuersystem nicht angetastet wurde, und auch der Landbesitz nahm noch groteskere Formen der Ungleichverteilung an.

Ein anderes Phänomen war während der Boomphase kaum in der Medienöffentlichkeit präsent: Mit der Expansion der Explorations- und Extraktionsprojekte wuchsen auch die Konflikte mit betroffenen Bevölkerungsteilen und insbesondere indigenen Gruppen.

Mit dem Ende der hohen Rohstoffpreise nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 setzte allgemeine Ernüchterung ein. Das zuvor wiedererweckte Ziel der „nachholenden Entwicklung“ erwies sich erneut als Illusion und der Preis dieser Wirtschaftsausrichtung (Konflikt um Lebensressourcen, nicht-inklusives Wachstum, Kriminalität ...) gelangte stärker ins öffentliche Bewusstsein.

Insgesamt sieht Svampa die indigenen Bewegungen als Pionierinnen des Widerstands gegen den „Rohstoffkonsens“, deren Kämpfe mit Fortdauer durch einen stärkeren Protagonismus von Frauen ergänzt wurden. Die Autorin propagiert als Ausweg eine „ökoterritoriale Wende“, eine andere Form des Wirtschaftens, die im Band allerdings nicht näher beschrieben, sondern nur anhand von Schlagworten wie Agrarökologie, Regionalität, *buen vivir*, Gemeingüter, Patriachatsablösung und Care-Ethik skizziert wird.

Eine anspruchsvolle Lektüre, die ein Phänomen theoretisch bearbeitet, dessen Kenntnis die (Konflikt-)Lagen im heutigen Lateinamerika verständlicher macht und das nicht zuletzt die weitreichenden Konsequenzen unseres (imperialen) Lebensstils einmal mehr offenlegt.

Jürgen Kreuzroither

FEMIZID EXPLIZIT

Patrícia Melo: Gestapelte Frauen
dt. Unionsverlag Zürich, 2021, 250 Seiten,
22,70 Euro

Nichts ist einfacher zu erlernen als Frauenhass. An Lehrern herrscht kein Mangel. Der Vater macht es vor. Der Staat macht es vor. Das Rechtssystem macht es vor. Der Markt. Die Kultur. Die Werbung. Frauenhass in verschiedenen Lebenswelten. Ein Roman über Femizide.

„Unvorstellbar, dass einer wie er, der Wittgenstein studiert hatte und Yoga praktizierte, einem auf einer Anwaltparty am Silvesterabend im Toilettenraum eine runterhaut.“ Das passiert in São Paulo. Die Protagonistin trennt sich daraufhin von

FÜR EINE ZAPATISTISCHE DELEGATION IN ÖSTERREICH

ihrem eifersüchtigen Lover, einem Starstaatsanwalt. Selbst Anwältin, wird sie kurz darauf von der Chefin ihrer Kanzlei, die an einer Studie über Femizide arbeitet, zu Recherchen nach Arce geschickt, einem brasilianischen Bundesstaat im amazonischen Grenzgebiet zu Bolivien und Peru. Während des Kautschukbooms Ende des 19. Jahrhunderts „erschlossen“, das heißt von den Kautschukbaronen besetzt, wurde die ursprüngliche Bevölkerung ermordet, vertrieben oder versklavt. Und das wirkt nach, in der Gesellschaft und der Gerichtsbarkeit.

Die Romanhandlung wird mit realen Gerichtsaufzeichnungen über Femizide vermischt. Indígenas kommen in der Hackordnung noch nach den Frauen und den Schwarzen, zusammen mit den Wildtieren hinter den Haustieren. Patrícia Melo gilt als schonungslose, explizite Autorin. Manchmal sind die Schilderungen so furchtbar, dass ich geneigt war, das Buch wegzulegen und die Rezension nicht zu schreiben. Es lohnt sich trotzdem. Denn dann gibt es wieder überraschend poetische Passagen. Und gegen Ende verdichtet sich alles zu einer veritablen Kriminalgeschichte, mit Ausflügen in die Welt der Indigenen, ihrer Rituale und halluzinogenen Hilfsmittel wie Ayahuasca.

Robert Lessmann

OFFENLEGUNG GEMÄSS §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber und Medieninhaber ist die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA). Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt umfassende und objektive Information über die soziale Wirklichkeit und politische Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik sowie die Förderung der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesem Kontinent und Österreich. Die Blattlinie entspricht diesen Zielen.

ZVR-Nr.: 278 710 314

Obmann: Ralf Leonhard

Obmann-Stv.: Leo Gabriel

Schriftführer: Wolfgang Schweiger
Schriftführer-Stv.: Brigitte Ghafouri-Schmidt

Kassier: Hermann Klosius

Kassier-Stv.: Laurin Blecha

Im Sommer dieses Jahres plant eine Delegation von 120 Zapatistas aus Mexiko, die meisten Frauen, begleitet von 40 Vertreter:innen des Indigenen Nationalkongresses und indigener Umweltorganisationen, Europa zu bereisen. Die Zapatistas wollen mit dem „Europa von unten“ zusammentreffen – also mit kapitalismuskritischen Menschen, Gruppen und Initiativen, die ebenfalls an einer anderen Welt mitbauen.

Derzeit formieren sich in ganz Europa Komitees, um diese wichtige Kontaktaufnahme zwischen Globalem Süden und Globalem Norden zu koordinieren. So auch in Österreich, wo eine breite Allianz von Organisationen und Personen im Entstehen ist. Gedacht wird bisher an eine Karawane, also eine recht spektakuläre gemeinsame Bewegung (vielleicht von Salzburg nach Wien?); an ein mehrtägiges Begegnungs-Festival in Wien, bei dem Diskussionen von Akteur:innen und Aktivist:innen möglichst vieler antikapitalistischer Initiativen aus möglichst vielen Bereichen zu möglichst vielen Themen – coronasicher, also vermutlich Open Air – möglich sein sollten; sowie an kleinere Gruppen, die in andere Bundesländer reisen und dort Aktivist:innen treffen; z.B. in Innsbruck, Salzburg, Linz, Graz, am Peršmanhof im Süden von Kärnten, im Burgenland, etc. Erfahrungen aus dem letzten Sommer, was Corona-sichere Veranstaltungen betrifft, fließen in diese Planung ein.

Die Koordinator:innen suchen nun

- ◆ Multiplikator:innen verschiedenster Provenienz, die Freude daran haben, die Geschichte/n der Zapatistas und die Ereignisse dieses Spektakels und die Erkenntnisse aus den Begegnungen weiter zu verbreiten;

- ◆ potente Organisationen, die Einladungen aussprechen und damit für Visa bürgen;

- ◆ und vor allem natürlich: Menschen und Organisationen, die mitveranstalten, mitorganisieren, mitdiskutieren. Denn ein Ergebnis der zapatistischen Reise sollte es auch sein, einen Annäherungs- und Begegnungsprozess von Aktivist:innen und Engagierten in Österreich, einen Austausch zwischen Daten- und Flüchtlingsaktivist:innen, Menschenrechts-, Kinder- und Klimaschützer:innen, Antirassist:innen,

Kämpfer:innen gegen die Armut und Feministinnen in Österreich zu bewirken.

Nicht zuletzt suchen wir Spender:innen und Sponsor:innen – institutionelle ebenso wie persönliche –, die etwas für die Reise-, Aufenthalts- und anderen Kosten der zapatistischen Delegation beitragen. Spenden jeder Höhe bitten wir auf dieses *Konto* zu überweisen:

Solidaritätskomitee Mexiko Salzburg
IBAN: AT81 2040 4000 4148 1813

BIC: SBGSAT2SXXX

Verwendungszweck: ZapaTourAustria

Haben Sie Lust, da mit dabei zu sein? Haben Sie Tipps, welche Organisationen oder engagierte Einzelpersonen wir noch ansprechen können? Bitte melden Sie sich bei <https://liste.kooperative.at/cgi-bin/mailman/listinfo/zapatour> oder schreiben Sie eine Email an zapatour@kinoki.at
Weiterführende Infos finden Sie hier: www.zapatouraustria.blogspot.com

Indigene Völker in Lateinamerika. Umwelt, Politik und Kultur

Vortragsreihe von Univ.-Prof. Dr. René Kuppe (Märztermine online)

Vertreter:innen der indigenen Bevölkerung wurden in den letzten Jahrzehnten zunehmend zu wichtigen gesellschaftspolitischen Akteur:innen: Sie gewannen als gut organisierte Gegner:innen transnationaler Ölgesellschaften und Bergbaukonzerne politische Relevanz, sie zeigten öffentlichkeitswirksam die anhaltende Zerstörung des Regenwaldes auf und spielten eine tragende Rolle bei neuen Verfassungen in mehreren Staaten. Indigene Völker haben neue Deutungen der Geschichte europäischer Kolonialexpansion entwickelt und ein Gegenkonzept zur wachstumsorientierten globalen Wirtschaftspolitik entworfen. Obwohl die zahlreichen indigenen Völker demografisch gesehen in den meisten Ländern Minderheiten sind, können die Besonderheiten öffentlichen Lebens und der Politik dieses Kontinents am besten durch Beispiele indigener Partizipation und indigenen Aktivismus verdeutlicht werden.

Weitere *Information und Anmeldung:* <https://www.vhs.at/de/e/lai/indigenevoelkerinla>; Preis: 6,- Euro pro Vortrag (mit Science-Card gratis)